

Inhaltsverzeichnis

WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt

WKU 1	Globalen Handelsproblemen begegnen – regionale Wirtschaftsakteure stärken (oder: „Never let a good crisis go to waste.“)	9
WKU 2	Sächsische Klima- und Energiepolitik sozialdemokratisch gestalten	11
WKU 3	Vergabeverfahren modernisieren – Wertgrenzen praxisnah anheben	14
WKU 4	Bürgerklimazentren in jeder Stadt	15
WKU 5	Genoss*innenschaften für alle!	17
WKU 6	Eine Katzenschutzverordnung für Sachsen!	19
WKU 7	Einen Neuen Tierschutz Beirat für Sachsen	21

AS - Arbeit und Soziales

AS 1	Mobile Arbeit fair gestalten	23
AS 2	Förderung von zugewanderten Frauen im Arbeitsmarkt	24
AS 3	Anpassung der Düsseldorfer Tabelle an die realen Lebensverhältnisse von Alleinerziehenden	26
AS 4	Änderung des § 4 Absatz 6 BEEG zur Wahrung der elterlichen Selbstbestimmung.	28
AS 5	Inflationsausgleich für Bezieher:innen der Grundrente	29
AS 6	40.000 EUR Schonvermögen für Rentner	30
AS 7	Doppelt belogen und betrogen: Ehemalige mosambikanische Vertragsarbeiter*innen endlich gerecht entlohnen!	31
AS 7 - ÄÄ1	Änderungsantrag zu AS 7	91

G - Gesundheit

G 1	Verbesserung der ambulanten Versorgung von Patient*innen mit Long Covid / ME/ CFS	34
G 2	Jugendpsychiatrische Erste-Hilfe-Stellen in jedem Landkreis	35
G 3	Förderung einer Informationskampagne und verpflichtenden Weiterbildung zu Long COVID und ME/CFS für niedergelassene Ärzt*innen	36
G 4	Stärkung der Betreuung von Kindern von suchtkranken Eltern in Sachsen	38
G 5	Entstigmatisierungsprogramm für psychische Erkrankungen an Schulen	39
G 6	Kostenübernahme von Brillen und Zahnersatz durch die Krankenkassen	41
G 7	Ausstattung von Bildungseinrichtungen mit Luftreinigungs- und Belüftungsanlagen	42

BJ - Bildung und Jugend

BJ 1	15-Minuten-Stadt für junge Menschen	44
BJ 2	Vereinfachte Praktikumsplätze für Minderjährige Geflüchtete	46
BJ 3	Internationale Rekrutierung von Fremdsprachenlehrkräften für Sachsen	48
BJ 4	sprache2 = programmiersprache xor fremdsprache, sprache3 = programmiersprache xor fremdsprache	49
BJ 5	Grundlegende Bildungsreform für sächsische Schulen	51
BJ 6	Erniedrigung des Kita-Schlüssels	54
BJ 5 - ÄÄ1	Änderungsantrag zu BJ 5	95

DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht

DGR 1	Sicherung der Mobilität ehrenamtlich Engagierter durch Wiedereinführung der vollen Ehrenamtsentschädigung von "Wir für Sachsen"	55
DGR 2	Schutz vor Gewalt in Schutzhäusern für gefährdete Personen	56
DGR 3	Justiz in Sachsen stärken – Mehr Personal, schnellere Verfahren, bessere Ausbildung	57
DGR 4	Fair heißt: Null Toleranz für Sexismus!	60
DGR 5	Catcalling als Straftatbestand anerkennen	61
DGR 6	Keine Gesundheitsdaten für automatisierte polizeiliche Datenanalysen	63
DGR 7	Vertrauen aufbauen, Versöhnung ermöglichen - Runde Tische in ganz Sachsen schaffen	65

KVW - Kommunales, Verkehr und Wohnen

KVW 1	Wohnungspolitik statt Wohnungspolitik	67
KVW 2	Sitzgemeindeanteile der Kulturraummittel flexibilisieren	72
KVW 3	Antrag für bezahlbare Führerscheine für alle – Mobilität darf kein Luxus sein	73
KVW 4	Der Weg ist das Ziel – der Führerschein der Zukunft für alle	75
KVW 5	Wenn Fuß auf dem Gas, muss Handy aus der Hand	78
KVW 6	Die Erstellung von INSEK/INGEKO* standardisieren und vollständig aus Landesmitteln finanzieren	80
KVW 7	Antrag zur Kulturerhaltung im Landkreis Zwickau – Sicherung der Zukunft des Theaters Plauen-Zwickau	81
KVW 8	Null-EURO Ticket für Rentner im ÖPNV	83

P - Parteileben

P 1	Zukunftsfähigkeit und Netzwerkstärkung der SPD-Ochsentour	84
P 2	Einführung einer Regionalquote zur Besetzung des Landesvorstandes der SPD Sachsen	87
P 3	Parteistrukturen im ländlichen Raum sichtbar und wirksam machen	89
P 4	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf Landesebene professionalisieren	90
P 2 - ÄA1	Änderungsantrag zu P 2	98

Ini - Initiativanträge

Ini 1 Sachsen braucht einen neuen Aufbruch	100
Ini 2 Die SPD als moderne Bündnispartei	110

Antrag WKU 1: Globalen Handelsproblemen begegnen – regionale Wirtschaftsakteure stärken (oder: „Never let a good crisis go to waste.“)

Laufende Nummer: 52

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	1

- 1 Die SPD Sachsen fordert die Mitglieder von SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, in der
- 2 Sächsischen Staatsregierung, SPD-Bundestagsfraktion und der S&D-Fraktion im
- 3 Europäischen Parlament auf, durch sozialdemokratische Wirtschaftspolitik:
- 4 • sächsische Unternehmen bei der Sicherstellung technologischer und insbesondere
- 5 digitaler Souveränität zu unterstützen und damit auch wirtschaftliche Chancen in
- 6 Zukunftsbereichen zu eröffnen,
- 7 • sächsische Unternehmen bei der Diversifizierung von fairen, nachhaltigen und
- 8 menschenrechtskonformen Lieferketten zu bestärken und neue Märkte zu
- 9 erschließen,
- 10 • alle nötigen Maßnahmen zur Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen
- 11 Energiequellen verstärkt anzugehen und dabei die Menschen vor Ort einzubinden,
- 12 • auf europäischer Ebene für geeinte, wertebasierte und gleichwohl wirksame
- 13 Handels- und Wettbewerbspolitik zu kämpfen.

Begründung

Unsere Welt befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Russland attackiert als neoimperialer Akteur Nachbarstaaten und schreckt offenbar auch vor Aktivitäten in Deutschland und Sachsen nicht zurück. China schickt sich durch teils staatlich subventionierte Produkte wie Solarzellen oder E-Autos an, wirtschaftliche Akteure in Europa vom Markt zu verdrängen und mittels seiner finanziellen Macht Knowhow aufzukaufen, parallel verschärft sich der Taiwan-Konflikt zusehends. Die USA sind seit dem Amtsantritt der neuen Administration unter Präsident Trump zu einem wirtschaftspolitisch unberechenbaren Akteur geworden, begleitet z. B. von einer erratisch anmutenden Zollpolitik. Diese führt nicht zuletzt auch dazu, dass bestimmte Waren kaum noch realistisch einen US-Marktzugang haben und wahrscheinlich auf EU-Märkten zu neuen Disruptionen führen können.

Weitere kleinere Störungen können Entwicklungen zusätzlich beeinträchtigen – seien es Naturkatastrophen in Liefer- oder Zielländern (Dürren, Überschwemmungen, Vulkanausbrüche), technische, natürlich oder politisch bedingte Störungen oder Blockaden von Handelswegen (Suez- oder Panama- Kanal, Rotes Meer, Straße von Taiwan) oder neue Krankheitswellen. Durch die globalen Interdependenzen verstärken sich lokale Effekte zu einem globalen Problem.

Eine wesentliche Aufgabe sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik muss es daher sein, unternehmerische und gesamtwirtschaftliche Resilienz zu fördern und bürokratische Hürden abzubauen, ohne langwierig erkämpfte Standards für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder den Umweltschutz zu schleifen. Dazu gehören u. a. forschungsstarke Unternehmen genauso wie ausgründungsstarke Hochschulen, eine stabile verkehrliche genauso wie funktionierende und integrierende soziale Infrastruktur, zielgerichtete und

unbürokratische Förderungen für Unternehmen genauso wie klare und konsequent durchgesetzte Forderungen an Unternehmen.

Diese Politik kann es uns ermöglichen resilient zu werden und Chancen aus Veränderungen und Krisen zu nutzen. Sachsen ist in Zukunftsfeldern und bei Schlüsseltechnologien wie Halbleitern, Batteriezellen/erneuerbaren Energien oder grünen Technologien bereits gut aufgestellt – diese Vorteile gilt es zu sichern und auszubauen.

Antrag WKU 2: Sächsische Klima- und Energiepolitik sozialdemokratisch gestalten

Laufende Nummer: 53

Antragsteller*in:	PG Klima & Energie der SPD Sachsen
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	1

- 1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im
2 Sächsischen Landtag sowie an den Staatsminister für Klima & Energie weiterleiten:
- 3 Das Gelingen einer ambitionierten und sozial gerechten Klima- und Energiepolitik ist
4 für den sozialen Frieden der Gesellschaft, die Zukunftsfähigkeit der sächsischen
5 Wirtschaft und auch für das Einhalten des globalen 1,5 Grad-Ziels unabdingbar. Durch
6 die Koalitionsverträge von Union und SPD in Bund und Land ist der politische Rahmen
7 abgesteckt, in dem Sachsen die Energiewende umsetzen wird.
- 8 Eine erfolgreiche sozialdemokratische Klima- und Energiepolitik bringt die
9 Erfordernisse der notwendigen Transformation mit dem Anspruch einer sozial gerechten
10 und ganzheitlichen Vorgehensweise zusammen:
- 11 • Das beschlossene **Sondervermögen Infrastruktur** des Bundes kann einen wichtigen
12 Beitrag leisten, um die Lasten der Transformation zu tragen. Die finanziellen
13 **Bedarfe für die Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 sollten priorisiert**
14 werden. Vordringlich ist die Förderung der kommunalen Wärmeplanung, damit die
15 Städte und Gemeinden bis 2027 belastbare Konzepte für eine klimaneutrale
16 Wärmeversorgung entwickeln und diese dann auch umsetzen können. Ferner soll sich
17 die Staatsregierung dafür einsetzen, dass die Mittel aus dem Sondervermögen und
18 dem Klimatransformationsfonds des Bundes auch für die **Klimaanpassung** eingesetzt
19 werden können. Durch kluge Investitionen in intelligenten Hochwasserschutz und
20 Wasserhaltung, Waldumbau oder urbane Hitzeschutzkonzepte können künftige Kosten
21 erheblich vermieden werden.
 - 22 • Im Bereich der Wärmeversorgung sind erhebliche Anstrengungen nötig, um einen
23 absehbaren **Preisschock für Verbraucher:innen** durch die Eingliederung des
24 Wärmesektors in das **CO2-Emissionshandels**-System EU-ETS 2 ab 2027 **abzufedern**. Es
25 hängt in erster Linie davon ab, ob eine schnelle Dekarbonisierung im Rahmen der
26 Kommunalen Wärmeplanung gelingt. Der Freistaat soll sich beim Bund und der EU
27 dafür einsetzen, dass der Klimasozialfonds der EU zur **Abfederung von sozialen**
28 **Härten** angemessen ausgestattet wird und dass der Bund eine entsprechende
29 Kompensation der Preisanstiege infolge des Emissionshandels, vor allem für
30 private Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen auf den Weg bringt, z.B.
31 durch ein Klimageld oder eine Berücksichtigung beim Wohngeld. Bei der Errichtung
32 eines Investitionsfonds für Wohnungsbau und Energieinfrastruktur soll auch der
33 (Gebäude)Wärmesektor einbezogen werden.
 - 34 • Für den Erfolg der Energiewende benötigen wir alle regenerativen Energiequellen.
35 Die **Geothermie** hat als Energieträger für Wärme, Strom und die industrielle
36 Nutzung ein **großes Potential in Sachsen**. Das gilt insbesondere für das Vogtland,
37 in dem eine relevante seismische Aktivität herrscht. Die Staatsregierung soll

- 38 mit ihren nachgeordneten Behörden die Potentiale prüfen und eine
39 **Geothermie-Strategie für Sachsen entwickeln**. Dabei ist die Einbindung von
40 Wissenschaft, kommunalen Akteur:innen und Wirtschaftsakteuren bereits im
41 Strategieprozess sicherzustellen. Pilotprojekte mit Forschungs- und
42 Demonstrations-Charakter sollen gezielt gefördert werden. Das SMWA sollte
43 hierbei eine federführende Rolle einnehmen.
- 44 • Die **Rahmenbedingungen für Windenergieausbau** wollen wir **entbürokratisieren** und
45 **flexibilisieren**. Am Vorziehen des Flächenziels wollen wir im Grundsatz
46 festhalten, jedoch ist zu prüfen, ob die Verteilung zwischen den
47 Planungsregionen solidarisch angepasst werden kann. In den Planungsverfahren
48 setzen wir uns für Entbürokratisierung ein: So soll die **Flexiklausel**, die es
49 Gemeinden erlaubt, eigenverantwortlich Windgebiete auszuweisen, **entfristet** und
50 für Windenergieanlagen die **nachbarschaftsrechtliche Abstandsflächenregelung**(wie
51 in Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg) **abgeschafft** werden.
 - 52 • Zur **Beschleunigung der Energiewende** sollen geeignete **Landesflächen im**
53 **Eigenbedarfgenutzt oder verpachtet** werden. Diese Dienstleistung ist auch den
54 Kommunen anzubieten. Es ist zu prüfen, ob ein Landesfonds aufgelegt werden kann,
55 der etwa Anteile des Generationenfonds in entsprechenden Vorhaben rentierlich
56 anlegt. Dieser Fonds könnte auch für die Sächsischen und Sachsen geöffnet werden,
57 damit diese die Möglichkeit haben, in ein klimaneutrales Sachsen von morgen zu
58 investieren.
 - 59 • Die **Energiewende** wird **nur gelingen, wenn** neben dem Ausbau von Erneuerbaren
60 Energien auch das **Stromnetz mitwächst** und die Einspeisung und Speicherung von
61 großen Strommengen zu bestimmten Zeiten gelingt. Die **Strompreise** für Unternehmen
62 aber auch die privaten Haushalte müssen **ein akzeptables Niveau erreichen**. Die
63 Staatsregierung und hierbei das SMWA sollen sich im Sinne des Freistaates sowie
64 seiner Bürger:innen und Unternehmen weiter dafür beim Bund einsetzen.
 - 65 • Die Energiewende lebt von ihrer **Akzeptanz**. Der Freistaat Sachsen benötigt eine
66 angepasste **Strategie für die Akzeptanz der Energiewende**, die
67 gesamtgesellschaftlich trägt und auch auf kommunaler Ebene überzeugt. Hierfür
68 muss der Freistaat im Verbund mit der kommunalen Ebene, der Wissenschaft und der
69 Zivilgesellschaft für die Energiewende eintreten. Es bedarf einer **klaren und**
70 **widerspruchsfreien Kommunikation auf allen staatlichen Ebenen**. Dazu gehört, auch
71 Gegennarrative und -kampagnen gegen Desinformation, Fake Science und
72 Verschwörungsmythen zu entwickeln und vor Ort frühzeitige und starke
73 Überzeugungsarbeit zu leisten. Entsprechende Akteure wie die SAENA sollten dafür
74 gestärkt oder die Einrichtung regionaler Energieagenturen geprüft werden.
 - 75 • Akzeptanz entsteht auch durch eine **angemessene wirtschaftliche Beteiligung**.
76 Deshalb wollen wir das bestehende sächsische
77 **Erneuerbarer-Energien-Ertragsbeteiligungsgesetz weiterentwickeln**. Künftig soll
78 zusätzlich zu den 0,2 Cent/kWh bei Wind und 0,1 Cent/kWh bei Solar für die
79 Gemeinden auch 0,1 Cent/kWh **verpflichtend an die Bürger:innen ausgeschüttet**,
80 beispielsweise in Form von Bürger:innen-Stromtarifen. Darüber hinaus **fördern wir**
81 **verstärkt Bürger:innen-Energiegenossenschaften**, etwa durch Beratung und
82 Netzwerkarbeit.
- 83 Als Sozialdemokrat:innen begreifen wir Klima- und Energiepolitik als **solidarische**

- 84 **Gemeinschaftsaufgabe:** Wir schaffen gesellschaftliche Akzeptanz durch Teilhabe, setzen
85 Wachstumsimpulse durch Investitionen in die Infrastruktur und sorgen durch einen
86 Lastenausgleich für soziale Gerechtigkeit. Auf diese Weise bringen wir die
87 Energiewende wieder auf die Erfolgspur und machen sie zu einem Erfolgsprojekt für
88 Sachsen und fürs Klima.

Antrag WKU 3: Vergabeverfahren modernisieren – Wertgrenzen praxisnah anheben

Laufende Nummer: 48

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	1

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen, die Landtagsfraktion aufzufordern, im Rahmen
- 2 der anstehenden Überarbeitung der landesrechtlichen Grundlagen der
- 3 Unterschwellenvergabe Direktvergaben künftig bis zu einem Auftragswert von 15.000
- 4 Euro zu ermöglichen.

Begründung

Kleine und mittlere Kommunen leiden unter übermäßiger Bürokratie, insbesondere bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Eine praxisgerechte Anhebung der Schwellenwerte würde Verwaltungsvorgänge beschleunigen, den Personalaufwand reduzieren und die lokale Wirtschaft stärken. Gleichzeitig können transparente Kriterien sicherstellen, dass Korruption oder Wettbewerbsverzerrung vermieden werden. Der Bund hat diesen Schritt bereits getan – das Land Sachsen sollte diesem Vorbild folgen.

Antrag WKU 4: Bürgerklimazentren in jeder Stadt

Laufende Nummer: 39

Antragsteller*in:	OV Bautzen
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	1

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:
- 2 Der Landesparteitag möge sich dafür aussprechen, dass vom Bund geförderte
- 3 Bürgerklimazentren eingerichtet werden, mit dem Ziel, den Klimaschutz auf kommunaler
- 4 Ebene schneller, effektiver und partizipativer umzusetzen.
- 5 Diese Zentren sollen insbesondere in kleinen Mittelstädten entstehen, die mit 30.000
- 6 bis 40.000 Einwohnern häufig zu klein sind, um eigenständig ein wirkungsvolles
- 7 Klimaschutzmanagement zu etablieren. Gleichwohl sind sie groß genug, um als regionale
- 8 Knotenpunkte für Klimaschutz und Bürgerbeteiligung zu wirken. Die Zahl solcher Städte
- 9 bleibt praktikabel (in Deutschland gibt es insgesamt 623 Mittelstädte mit 20.000 bis
- 10 99.999 Einwohnern), sodass eine bundesweite Förderung gut steuerbar wäre.
- 11 In jedem Zentrum soll mindestens eine hauptamtliche Stelle geschaffen und vom Bund
- 12 finanziert werden. Die zunehmende Komplexität von Klimaschutzmaßnahmen,
- 13 Fördermitteln, kommunalen Netzwerken und Bürgerbeteiligungsprozessen macht eine
- 14 professionelle, kontinuierliche Begleitung unabdingbar. Ehrenamtliche Strukturen
- 15 können diese Anforderungen nicht ausreichend erfüllen.
- 16 Die Mitarbeitenden der Bürgerklimazentren sollen sich untereinander vernetzen, um
- 17 voneinander zu lernen, bewährte Ansätze zu teilen, gemeinsame Standards zu entwickeln
- 18 und Doppelstrukturen sowie ineffektive Umwege zu vermeiden.
- 19 Derzeit existierende Klimamanager:innen sind von der freiwilligen Entscheidung und
- 20 finanziellen Lage der Kommunen abhängig. Diese Struktur ist weder flächendeckend noch
- 21 gerecht verteilt, oft ohne zentrale Steuerung oder Vernetzung. Gute Ansätze versanden
- 22 häufig im Verwaltungsalltag oder im Mangel an Ressourcen und strategischer
- 23 Einbindung. Ein bundesweites Netz von Bürgerklimazentren mit klarer Mandatierung und
- 24 finanzieller Absicherung würde diese Lücke schließen.
- 25 Mit dem Fokus auf kleine Mittelstädte wird zugleich der ländliche Raum gezielt
- 26 gestärkt. Diese Regionen tragen bisher oft überdurchschnittlich viele Lasten der
- 27 Transformation, erhalten aber unterproportional wenig strukturierte Unterstützung.
- 28 Bürgerklimazentren können hier als Ankerpunkte dienen – für Klimaschutz, regionale
- 29 Wertschöpfung und neue Formen demokratischer Teilhabe.

Begründung

Klimaschutz ist keine Option, sondern eine Voraussetzung für die Lebensqualität zukünftiger Generationen – auch in Deutschland. Wissenschaftlichen Modellierungen zufolge steuern wir aktuell auf eine globale Erwärmung von etwa 2,7 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu – in Deutschland durch regionale Effekte voraussichtlich deutlich mehr. Die daraus resultierenden sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Schäden wären immens. Schon jetzt ist absehbar, dass Klimaanpassung allein nicht ausreichen wird – und umso teurer wird, je länger wir mit wirksamem Klimaschutz zögern.

Bürgerbeteiligung hat sich als ein besonders wirkungsvoller Hebel für Klimaschutz erwiesen: Viele Menschen sind bereit, sich aktiv einzubringen, wenn sie ernst genommen, gut informiert und strukturiert begleitet werden. Doch genau hier fehlt es bislang an geeigneten, niedrighschwelligen Anlaufstellen.

Bürgerklimazentren füllen diese Lücke. Sie bündeln lokale Kompetenzen, koordinieren Beteiligung, beraten Politik, Schulen, Vereine und Unternehmen vor Ort und machen Klimaschutz sichtbar und gestaltbar. Sie sorgen für Akzeptanz und Innovation gleichermaßen.

Kurzum: Bürgerklimazentren verbinden kommunale Klimapolitik, gesellschaftliches Engagement und strukturelle Förderung und schaffen damit eine tragfähige Grundlage für eine sozial gerechte, demokratisch getragene Klimawende.

Antrag WKU 5: Genoss*innenschaften für alle!

Laufende Nummer: 16

Antragsteller*in:	UB Dresden
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	1

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und über den Bundesparteitag der*
2 *SPD an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:*

3

4 Für uns ist die Demokratisierung der Wirtschaft ein zentraler Bestandteil unseres
5 sozialistischen Selbstverständnisses. Eine Demokratie, in der ein hoher Anteil der
6 Macht in der Hand einiger weniger liegt, ist langfristig nicht funktionsfähig und
7 unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung sorgt durch ihre inhärente
8 Kapitalakkumulation für genau diese Machtkonzentration.

9

10 Die Unternehmensform der Genossenschaft kann im besten Fall dafür sorgen, dass der
11 Besitz an Produktionsmitteln nicht in den Händen einzelner Kapitalist*innen, sondern
12 gemeinschaftlich in den Händen der „Beschäftigten“ (die in diesem Fall auch
13 Eigentümer*innen sind) der Betriebe liegen.

14

15 In Deutschland existieren bereits einige Wirtschaftszweige, in denen
16 Genossenschaftsmodelle üblich sind, wie Banken oder Wohnungsunternehmen. Diese sind
17 aber oftmals nur mangelhaft demokratisch organisiert, die Mitbestimmungsrechte
18 beschränken sich zum Teil auf Briefwahlen zu Vertreter*innenversammlungen alle paar
19 Jahre. Damit geht der besondere Charakter der Genoss*innenschaft gegenüber anderen
20 Eigentumsmodellen wie der Aktiengesellschaft mehr oder weniger verloren. Unsere
21 Idealvorstellung der Genoss*innenschaft ist die einer aktiven demokratischen
22 Selbstverwaltung, in der sich alle Beteiligten als gleichberechtigte Inhaber*innen
23 verstehen.

24

25 Wir fordern von staatlicher Seite nicht nur eine verstärkte steuerliche Förderung des
26 Genoss*innenschaftsmodells, sondern auch die Einführung, Bewerbung und Beratung zu
27 neuen Modellen des Genoss*innenschaftsmodells, wie Energie-, Industrie- oder IT-
28 Genoss*innenschaften.

29 Zu diesem Zweck fordern wir die Einführung von Genoss*innenschaftsberatungen, in der
30 Menschen mit dem Willen zu einer Unternehmung aktiv auf die Möglichkeiten der
31 Genoss*innenschaft hingewiesen werden. Auch Unternehmen, die oftmals akut
32 nachfolgegefährdet sind (z.B. kleine Handwerksbetriebe im ländlichen Raum) sollen
33 aktiv auf die Möglichkeit der Überführung oder Umwandlung in eine Genoss*innenschaft
34 (auch in Kooperation mehrerer betroffener Betriebe) hingewiesen werden.

35

36 Unser langfristiges Ziel ist die Überführung aller Unternehmen in Deutschland in

37 **basidemokratische Hand.**

Antrag WKU 6: Eine Katzenschutzverordnung für Sachsen!

Laufende Nummer: 22

Antragsteller*in:	Leipzig OV Nordwest
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	1

- 1 *Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD Fraktion im Landtag und unsere*
- 2 *Mitglieder in der Staatsregierung weiterleiten*
- 3 *Wir fordern eine politische Regelung zur Verringerung des (Straßen) Katzenleids in*
- 4 *Form einer landesweiten Katzenschutzverordnung!*

Begründung

Um was geht es ?

Sachsen ist wieder einmal bundesweit Schlusslicht in Sachen Katzenschutz! 15 Bundesländer haben bisher eine Regelung im Sinne des §13b TierSchG umgesetzt oder entschieden. Hamburg als vorletztes Bundesland im Januar 2025.

Wir setzen uns klar für eine Regelung für ganz Sachsen ein!

Die Ziele sind:

- weniger Katzenelend,
- Überlastungen der Tierheime und Tierschützer im Ehrenamt vermeiden,
- Schutz unserer Wildtiere, insbesondere Wildvögel, Amphibien, Kleinwildtiere aber auch Wildkatzenbestände

Wie soll das passieren:

Die Initiative Sächsische Katzenverordnung und viele Tierschützer und Tierschutzorganisationen sowie Betreiber von Tierheimen und Stationen zum Schutz von Wildtieren und besonders Wildvögeln streben eine landesweite Regelung zur Eindämmung und Kontrolle der Katzen-Vermehrungsrate an. Die Grundlage hierfür kann der §13b des Tierschutzgesetzes sein.

Damit könnten Kennzeichnung, Registrierung und Kastration aller Hauskatzen zur Pflicht werden, die ohne Aufsicht in den Freigang dürfen.

Weiter werden damit Regeln geschaffen für das Einfangen, Kastrieren und Registrieren der Streunerkatzen.

Tiere die bereits mit einer Tätowierung markiert sind, müssen ausdrücklich nicht neu markiert werden aber für alle anderen Katzen und Kater schlagen wir Chippflicht und Registrierung vor.

Alle Bemühungen, eine tierschutzgerechte Regelung für Sachsen umzusetzen, scheiterten bislang an politischen Gremien des sächsischen Landtages obwohl sich Sachverständige und auch die aktiven Tierschutzvereine eindeutig dafür aussprechen.

Nur weil wir die Probleme nicht sehen, wie in südeuropäischen Ländern, sind sie nicht weg. Kranke und verletzte Tiere verkriechen sich und verenden elendig.

Junge unkastrierte Streuner Kater streifen durch die Reviere und verletzen sich schwer in Kämpfen um Fortpflanzung.

Katzenkastration ist gelebter Tierschutz !

Lassen Sie uns gemeinsam eine Regelung für Sachsen schaffen!

Antrag WKU 7: Einen Neuen Tierschutz Beirat für Sachsen

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	Leipzig OV Nordwest
Sachgebiet:	WKU - Wirtschaft, Klima und Umwelt
Antragsblock:	1

- 1 *Der Parteitag möge beschließen und an die SPD Fraktion im Landtag und unsere*
- 2 *Regierungsmitglieder weiterleiten.*
- 3 Sachsen braucht einen neuen Tierschutz Beirat des Landes mit einer der heutigen Zeit
- 4 angemessenen Besetzung, mit Berücksichtigung von wirklichen Tierschutz Themen und er
- 5 braucht eine bessere Einbindung in seiner beratenden Funktion für die
- 6 Staatsregierung.

Begründung

Der sächsische Tierschutz Beirat (TSB) wurde Anfangs der neunziger Jahre von meinem Onkel Hans Geisler als damaligen Minister für Soziales geschaffen und in seiner Besetzung in nunmehr über 30 Jahren nie angepasst.

Sachsen hat aus welchem Grund auch immer das Thema Tierschutz auf 3 Ministerien verteilt, alles was kuschelig ist als Haustiere bei Soziales, alles was als Nutztiere gelten kann bei Landwirtschaft und alles was gefährlich ist, Zähne benutzt oder giftig ist bei Inneres.

Diese Regelung führt dazu, dass Tierschutz nie übergreifend sondern immer nur in Einzelfällen betrachtet wird.

Der TSB ist angesiedelt bei Soziales, aber bildet irgendwie teilweise alle 3 Ministerien ab, siehe: [Der Sächsische Landesbeirat für Tierschutz - Tierschutz und Tiergesundheit - sachsen.de](#)

Beim Lesen der Besetzung fällt auf, dass sich dort nur Profiteure wiederfinden, denn beispielsweise die Tierschutzvereine sind die Betreiber der großen Tierheime und spiegeln nicht die Meinungen und Bemühungen der unzähligen kleinen Tierschutzvereine wieder.

Die Tierschutzbeiräte der Kommunen oder Landkreise haben ebenfalls keinen Platz um ihre kommunale Sicht dort einzubringen.

Weiter kommen Themen wie mit Tieren verbundene ökologische Landwirtschaft, oder Themen wie Tiere und Wasserschutz oder Tiere im Umweltschutz (Beweidung) oder Tiere im Klimaschutz dort nicht vor.

Es ist Zeit den sächsischen Tierschutz Beirat in die heutige Zeit zu bringen.

Und zweiter Punkt, die Sichtbarkeit und der Nutzen eines solchen Beirates im Sinne des Tierschutzes müssen deutlich besser werden. Keine der bisherigen Staatsregierungen hat den Beirat wirklich in seiner beratenden Funktion oder als Ideengeber benutzt, keine Gesetzentwürfe sind im Beirat besprochen und verbessert wurden und keine spürbaren Verbesserungen im Freistaat Sachsen der heute noch die schlechtesten Gesetze zum Tierschutz aller Bundesländer hat sind entstanden und wurden umgesetzt.

Als Beispiel soll die Beschreibung eines der letzten Termine des Landes TSB dienen.

Die Ministerien führten mit dem TSB eine Exkursion auf einen "Vorzeigebauernhof" durch. Dort wurden dem TSB Kuhhybriden vorgeführt welche in der Lage sind deutlich über 20 000 Liter Milch pro Jahr zu geben.

Wahrlich eine tolle Methode um Tierschutz im Freistaat zu demonstrieren.

So darf es nicht weitergehen, stimmen Sie einer Veränderung des sächsischen Tierschutz Beirat zu um wirkliche Verbesserungen in dem Bereich anzuschieben. Die Chance ist heute da.

Antrag AS 1: Mobile Arbeit fair gestalten

Laufende Nummer: 36

Antragsteller*in:	SPD Frauen Sachsen
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	2

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im*
- 2 *Sächsischen Landtag sowie den Gewerkschaftsrat der SPD Sachsen weiterleiten:*
- 3 Mobiles Arbeiten erlaubt Flexibilität, es birgt jedoch auch erhebliche Risiken für
- 4 die physische und psychische Gesundheit. Mobiles Arbeiten: Chance für die bessere
- 5 Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Risiko zugleich. Besonders Frauen, die
- 6 zusätzlich Care-Arbeit verrichten, droht hier eine psychische Überlastung.
- 7 Die Frage ist, wie mobiles Arbeiten richtig und fair gestaltet werden kann. Die
- 8 Aufwendungen dafür müssen zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen fair
- 9 verteilt werden. Wir fordern Maßnahmen wie eine effektive Arbeitszeiterfassung und
- 10 Gesundheitsschulungen. Der:Die Arbeitgeber:in muss sich an Kosten, die
- 11 Arbeitnehmer:innen durch mobiles Arbeiten entstehen, fair beteiligen. Für beide
- 12 Forderungen müssen gesetzliche und tarifliche Regelungen gefunden werden.

Begründung

Wer zuhause oder mobil arbeitet, muss vor Gesundheitsrisiken geschützt werden. Das beginnt mit dem entgrenzten Arbeiten rund um die Uhr und der ständigen Erreichbarkeit. Hinzu kommt die in der Regel ergonomisch schlechte Einrichtung des heimischen Büros. Physischen und psychischen Erkrankungen vorzubeugen ist aber nicht allein Sache der Arbeitnehmer:innen, sondern unterliegt der Fürsorgepflicht der Arbeitgeber:in. Dazu gehören Maßnahmen wie Schulungen, mit denen sich besonders Frauen schützen können. Desk-Sharing und mobiles Arbeiten bedeuten zudem zuhause steigende Kosten für Möbel, Strom, Wasser oder Verpflegung, während für den:die Arbeitgeber:in die Kosten sinken. Diese Kosten gehören gerecht verteilt. Betriebliche Willkür sollte dabei zwingend mit gesetzlichen und tariflichen Regelungen unterbunden werden.

Antrag AS 2: Förderung von zugewanderten Frauen im Arbeitsmarkt

Laufende Nummer: 19

Antragsteller*in:	UB Dresden
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	2

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag der*
2 *SPD weiterleiten:*

3

4 Im allgemeinen Arbeitsmarkt sind zugewanderte Frauen mit ausländischer
5 Staatsangehörigkeit unterrepräsentiert. Besonders bei geflüchteten Personen
6 unterscheidet sich die Erwerbstätigenquote zwischen Männern und Frauen nach dem Zuzug
7 maßgeblich:

8

9 Die Erwerbstätigenquote von Frauen, die 2015 nach Deutschland geflüchtet sind, liegt
10 zehn Jahre nach ihrer Ankunft über 50 Prozentpunkte unter der der geflüchteten Männer
11 (86 % vs. 33 %) und 40 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der weiblichen
12 Bevölkerung (72 % vs. 33 %). Dafür gibt es mehrere Gründe. Ein großer Teil der neu
13 zugewanderten Frauen lebt in benachteiligten sozialen Lagen und ist regelmäßig
14 migrations- sowie genderspezifischen Stressoren ausgesetzt, wie z. B.
15 Sprachproblemen, unterschiedlichen Rollenverständnissen, Anpassungsanforderungen an
16 die mitgebrachte und die neue deutsche Kultur, Fremdenfeindlichkeit und
17 Diskriminierungserfahrungen. Zudem ist die Lebenssituation von Migrantinnen oft durch
18 eine überfordernde Mehrfachbelastung innerhalb der Familie geprägt.

19

20 Daher ist es unabdingbar, dass gering qualifizierte Frauen mit eigener
21 Migrationserfahrung und erhöhtem Unterstützungsbedarf auf dem Weg in Qualifizierung,
22 Ausbildung und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gezielt gefördert werden.
23 Dies wirkt einer möglichen (weiteren) Verfestigung der Abhängigkeit von
24 Unterstützungsleistungen entgegen.

25

26 Der Bundesparteitag möge beschließen und an die SPD Fraktion im Deutschen Bundestag
27 sowie die sozialdemokratischen Mitglieder in der Bundesregierung weiterleiten:

28

29 Die dauerhaft ausfinanzierten Unterstützungsleistungen sowie Projekte zur gezielten
30 lebenslagenorientierten Ansprache und Beratung der Frauen sowie eine kontinuierliche,
31 vertrauensvolle und individuelle Begleitung müssen gewährleistet sein. Solche
32 Projekte sollten umfassen:

- 33 1. Ansprache und Informationsvermittlung zu relevanten Leistungen des regulären
34 Hilfesystems
- 35 2. Empowerment-Aktivitäten

36 3. Beratung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

37 4. Vernetzung mit Betrieben

38 5. Individuelle Begleitung

39

40 Weiterhin muss die Kinderbetreuung während der Inanspruchnahme der
41 Unterstützungsleistungen gewährleistet sein. Die Schwerpunkte der Förderung liegen
42 auf Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration. Eine nahtlose und vergleichsweise
43 langfristige Begleitung der Teilnehmerinnen – sowohl während der Maßnahme als auch
44 nach Beginn einer Ausbildung oder Beschäftigung – erhöht die Chancen einer
45 erfolgreichen Teilnahme sowie einer nachhaltigen Integration in Ausbildung und
46 Arbeit.

Begründung

Es gibt bereits Projekte wie das ESF-Plus-Bundesprogramm *MY TURN*, die an diesen Punkten ansetzen. Allerdings ist die Förderung solcher Projekte zeitlich begrenzt und nicht überall (in jedem Bundesland oder für jede Frau aufgrund begrenzter Kapazitäten) zugänglich. Um die Integration von neu zugewanderten Frauen in den Arbeitsmarkt sicherzustellen, ist es daher unabdingbar, dass wir als SPD uns auf Landes- sowie Bundesebene dafür einsetzen, solche Projekte langfristig zu finanzieren und auszuweiten.

Antrag AS 3: Anpassung der Düsseldorfer Tabelle an die realen Lebensverhältnisse von Alleinerziehenden

Laufende Nummer: 34

Antragsteller*in:	UB Vogtland
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	2

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag
2 weiterleiten: Die SPD setzt sich auf Bundesebene dafür ein, die Düsseldorfer Tabelle
3 – als zentrale Grundlage zur Bemessung des Kindesunterhalts – grundlegend zu
4 reformieren und an die tatsächlichen Lebensrealitäten von betreuenden Elternteilen
5 anzupassen.

6 Wir fordern eine Reform der Düsseldorfer Tabelle mit folgenden Zielen:

- 7 1. Einführung eines bedarfsorientierten Modells, das die tatsächlichen
8 Kostenbelastungen und Erwerbschancen in den jeweiligen Altersphasen
9 berücksichtigt.
- 10 2. Abkehr von der linearen Steigerung des Kindesunterhalts mit dem Alter zugunsten
11 einer dynamischen Anpassung, bei der insbesondere die ersten Lebensjahre
12 finanziell stärker gewichtet werden.
- 13 3. Eine regelmäßige wissenschaftliche Evaluation der Lebenshaltungskosten und
14 Betreuungssituation von Alleinerziehenden zur fortlaufenden Anpassung des
15 Modells.

Begründung

Die Düsseldorfer Tabelle, ursprünglich 1962 eingeführt, folgt bis heute einem veralteten Paradigma: Sie geht davon aus, dass mit dem Alter des Kindes auch die zu zahlenden Unterhaltsbeiträge linear steigen müssen – ungeachtet der tatsächlichen Belastung des betreuenden Elternteils. Diese Annahme entspricht nicht mehr der sozioökonomischen Wirklichkeit im Jahr 2025.

Zahlreiche Studien und Erhebungen belegen, dass insbesondere in den ersten Lebensjahren eines Kindes (0–5 Jahre) die **höchsten finanziellen Belastungen** sowie die **geringsten Erwerbschancen** für den betreuenden Elternteil bestehen – in der Regel die Mutter.

Folgende Punkte verdeutlichen die tatsächliche Kostenverteilung und Erwerbsrealität:

- **Hohe Ausgaben im Säuglings- und Kleinkindalter:** Windeln, Spezialnahrung, regelmäßig neue Kleidung durch schnelles Wachstum, Kinderwagen, Pflegeprodukte, Elternbeiträge für Krippe oder Kita und deren Doppelausstattung für Kleidung und Materialien, steigende Müllkosten durch Windelentsorgung u.v.m.
- **Einkommensverluste durch Elternzeit und Teilzeit:** Der betreuende Elternteil hat in dieser Phase kaum Chancen auf eine Vollzeitberufstätigkeit – und damit auf ausreichende ökonomische Selbstständigkeit.
- **Kostenverlagerung im Schulalter (6–11 Jahre):** Mit zunehmendem Alter sinken viele dieser Ausgaben. Gleichzeitig steigt die Möglichkeit, wieder mehr Stunden zu arbeiten, da Betreuungsangebote stabiler werden.
- **Selbstständigkeit im Jugendalter (12–18 Jahre):** In dieser Altersgruppe entfallen zusätzliche

Betreuungskosten (z. B. Hort), und der betreuende Elternteil kann vielfach wieder in eine reguläre Vollzeitstelle zurückkehren.

Sozialpolitische Konsequenz:

Die aktuelle Staffelung der Düsseldorfer Tabelle führt zu einer systematischen Benachteiligung der Alleinerziehenden – vor allem in den Lebensphasen, in denen sie die stärkste finanzielle Belastung tragen und gleichzeitig die geringsten Möglichkeiten zur Einkommensgenerierung haben. Diese Praxis ist nicht nur **sozial ungerecht**, sondern auch **familien- und gleichstellungspolitisch rückwärtsgewandt**.

Stattdessen ist eine **bedarfsorientierte Umkehr** der Staffelung geboten, die die tatsächlichen Lebensrealitäten berücksichtigt. Der Unterhaltsbetrag muss sich an den **realen Bedarfen des Kindes UND der ökonomischen Lage des betreuenden Elternteils** orientieren – nicht an überkommenen Modellen aus den 1960er Jahren.

Es ist an der Zeit, dass wir als Sozialdemokrat*innen die Realität von Alleinerziehenden konsequent in den Fokus rücken. Die gerechte Verteilung von Sorgearbeit und ökonomischen Lasten ist eine Grundvoraussetzung für tatsächliche Gleichstellung. Die Reform der Düsseldorfer Tabelle ist dabei ein notwendiger Schritt in Richtung sozialer Gerechtigkeit und moderner Familienpolitik.

Antrag AS 4: Änderung des § 4 Absatz 6 BEEG zur Wahrung der elterlichen Selbstbestimmung.

Laufende Nummer: 45

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	2

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten, dass §
- 2 4 Absatz 6 des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) gestrichen wird. Diese
- 3 Regelung beschränkt derzeit den parallelen Bezug von Basiselterngeld durch beide
- 4 Elternteile auf lediglich einen der ersten zwölf Lebensmonate des Kindes.

Begründung

Das Elterngeld ist eine zentrale familienpolitische Leistung, die Eltern dabei unterstützt, sich in den ersten Lebensmonaten intensiv der Betreuung ihres Kindes widmen zu können. Die zum 1. April 2024 eingeführte Regelung greift jedoch tief in die Selbstbestimmung von Familien ein. Sie verhindert eine partnerschaftliche Aufteilung der Erziehungszeit, indem sie den gleichzeitigen Bezug einschränkt. Dies trifft insbesondere Väter, die in den ersten Monaten gemeinsam mit der Mutter das Kind betreuen möchten. Häufig decken sich diese Monate mit dem Mutterschutz, wodurch nur ein Monat voll als Basiselterngeld angerechnet werden kann. Das führt zu unnötiger Bürokratie und erschwert die Lebensplanung junger Familien. Wir setzen uns für eine flexible Gestaltung des Elterngeldbezugs ein, die den Bedürfnissen moderner Familien gerecht wird und Gleichstellung fördert.

Antrag AS 5: Inflationsausgleich für Bezieher:innen der Grundrente

Laufende Nummer: 10

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	2

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im*
2 *Sächsischen Landtag weiterleiten:*
- 3 Die Grundrente wurde 2021 auf Bundesebene für Menschen mit kleiner Rente eingeführt,
4 die mindestens 33 Jahre Beiträge gezahlt haben. Sie ist gedacht für Menschen mit
5 kleinem Einkommen in den Arbeitsjahren, wobei die Beitragsleistung mindestens 30
6 Prozent des Durchschnittsverdienstes entsprochen haben muss, und soll verhindern,
7 dass jemand nach jahrelanger harter Arbeit in die Altersarmut abrutscht. Zudem soll
8 sie das Vertrauen der Bevölkerung in die gesetzliche Rentenversicherung stärken.
- 9 In Sachsen beziehen über 100.000 Menschen den Grundrentenzuschlag, der bei etwas über
10 70 Euro liegt. Insbesondere Frauen profitieren von der Grundrente. Neben der
11 Altersrente wird der Grundrentenzuschlag auch für Hinterbliebenen- oder
12 Erwerbsminderungsrenten gewährt. Trotz des gewährten Grundrentenzuschlags liegt die
13 Durchschnittsrente der Grundrentenbezieher:innen sehr niedrig. Inflation und
14 gestiegene Lebenshaltungskosten haben diese Situation in den letzten Jahren weiter
15 verschlimmert.
- 16 Damit die Rente im Alter zum Leben ausreicht und sich die Menschen darauf verlassen
17 können, dass sie auch in dieser Lebensphase abgesichert sind, fordern wir einen
18 jährlich ausgezahlten steuerfreien Inflationsausgleich in Höhe von 1000 Euro für die
19 100.000 Bezieher:innen der Grundrente in Sachsen, wobei die Höhe des
20 Inflationsausgleichs in den nächsten Jahren dynamisch angepasst werden sollte. Die
21 SPD setzt sich weiterhin dafür ein, dass der Grundrentenzuschlag auf Bundesebene
22 erhöht wird.
- 23 Die Zahlung eines solchen Inflationsausgleichs benötigt ca. 100 Millionen Euro pro
24 Jahr an Landesmitteln und sollte solange Jahr für Jahr erfolgen, bis auf Bundesebene
25 eine ausreichende Anpassung des Grundrentenzuschlags vorgenommen wurde. Für die
26 Verwaltung und Auszahlung des Inflationsausgleichs ist die Landesdirektion Sachsen
27 zuständig. Die Auszahlung erfolgt auf Antrag unter Vorlage einer Kopie des
28 Rentenbescheids mit einem Grundrentenzuschlag.

Antrag AS 6: 40.000 EUR Schonvermögen für Rentner

Laufende Nummer: 11

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	2

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:*
- 2 Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, dass jedem Rentner (in Bezug auf
- 3 Grundsicherung) in Sachsen ein unantastbares Schonvermögen von 40.000 EUR (in Worten:
- 4 vierzigtausend Euro) zusteht.

Begründung

Das Schonvermögen pro Person beträgt 10 TEUR. Guthaben über diesen Betrag muss aufgebraucht werden, ehe Sozialleistungen für Pflege und Heimunterbringung gezahlt werden. Kleinere Leistungen, z.B. Geschenke an Kinder oder Enkel müssen wohl überlegt sein. Eine Vererbung von Kapital an jüngere Generationen wird zur Illusion.

Im Niedriglohnland Sachsen betragen Spareinlagen im Durchschnitt 15.559 EUR.

Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/203152/umfrage/spareinlagen-pro-kopf-nach-bundeslaendern/>

Ein höheres Schonvermögen hat Vorteile, z.B.

- gefühlte Vermeidung, dass der Bürger sein letztes Hemd hergeben muss, ehe die Solidargemeinschaft handelt,
- vererbtes Kapital schafft Grundlagen für Wohneigentum und Wohlstand der jüngeren Generation,
- mehr Generationengerechtigkeit, Entschärfung vom Generationenkonflikt (die Jungen müssen viel zu viel für die Alten zahlen).

Antrag AS 7: Doppelt belogen und betrogen: Ehemalige mosambikanische Vertragsarbeiter*innen endlich gerecht entlohnen!

Laufende Nummer: 6

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales
Antragsblock:	2

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und über den SPD-Bundesparteitag*
2 *an die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag weiterleiten:*

3 Die mosambikanische Geschichte geht auf viele Jahrhunderte zurück. Erst als Sultans-
4 Staat zur Kolonie Portugals bis zu einem Ende der Kolonialherrschaft und der Gründung
5 eines sozialistischen Landes. Der Name Mosambiks geht auf die Entdeckung der
6 Portugiesen zurück, welche auf den Sultan Mussa Al Biq trafen. Durch ein
7 Missverständnis mit dem Namen des Herrschers dachten die Portugiesen, dies sei der
8 Name des Landes.

9 Nach über 500 Jahren Kolonialgeschichte versuchten am 16. Juni 1960 Hafearbeitende
10 für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen [1], denn das faschistische Portugal unter
11 der Herrschaft Salazars sah die Mosambikaner*innen als eigen an. 1962 gründete sich
12 die Frente de Libertação de Moçambique (FRELIMO), welche früher eine
13 Rebellenorganisation war und heute Staatspartei in Mosambik ist, im Nachbarland
14 Tansania, nachdem 600 Menschen durch die Proteste gestorben sind [1]. Die FRELIMO
15 wurde dabei insbesondere durch die DDR und die Sowjetunion militärisch unterstützt.
16 Am 25. April 1974 begann die Nelkenrevolution in Portugal, wobei alle portugiesischen
17 Kolonien, einschließlich Mosambik, unabhängig wurden. Am 25. Juni 1975 übernahm
18 FRELIMO entsprechend die Amtsgeschäfte der ehemaligen Kolonie und gründete den Staat,
19 welcher sozialistisch wurde.

20 Am 24. Februar 1979 wurde zwischen der DDR und der sozialistischen Volksrepublik
21 Mosambik ein Staatsabkommen unterschrieben [2]. Dieser vereinbarte Staatsvertrag
22 regelte die wirtschaftlichen und militärische Beziehungen untereinander.

23 Zentrale Rolle haben dabei aber allerdings die zukünftigen Vertragsarbeitenden
24 gespielt. Durch die Lieferungen von Waffen sollte Mosambik die Schulden, welche bei
25 der DDR gemacht wurden, begleichen. Noch im selben Jahr wurden die ersten
26 Vertragsarbeitenden in die DDR gebracht. Diese sollten laut der mosambikanischen
27 Regierung in eine produktive Ausbildung gehen, um diese später im eigenen Staat als
28 Fachkräfte für die Produktionsindustrien beschäftigen zu können. Allerdings kam es
29 nicht dazu. In der DDR wurden diese Arbeitskräfte für die Produktion in VEBs an
30 Maschinen angelernt. Dazu kam, dass 25 % monatlich des Lohns von 1979 bis zum
31 Jahresende 1985 als Lohnpflichttransferleistung [2] einbehalten wurden.

32 Ab 1986 bis 1990 wurden 60 % des Lohnes einbehalten. Diese sollten laut DDR-Regierung
33 für die mosambikanischen Vertragsarbeitenden im Land verfügbar sein.

34 Allerdings wurden damit die Schulden getilgt. Die Erhöhung der Einbehaltung ist
35 gestiegen, weil Mosambik aufgrund der Bürgerkriege gegen Portugal und RENAMO keine

36 Steinkohle mehr für die DDR verkaufen konnte. Die DDR nutzte die Steinkohle als
37 Schuldentilgung, indem sie diese billig aufkaufte und teurer auf dem internationalen
38 Markt verkaufte, um daraus die Devisen zu erhalten.

39 Durch den Mauerfall mussten allerdings rund 16.000 Vertragsarbeitende aus Mosambik
40 zurück, aufgrund des neuen Aufenthaltsgesetzes aus der Bundesrepublik Deutschland. Um
41 einen Aufenthaltstitel hier zu erhalten, waren die Voraussetzungen, dass man
42 mindestens acht Jahre in der DDR gelebt hat, einen festen Arbeitsvertrag besitzt und
43 Kenntnisse der deutschen Sprache aufwies. Rund 1000 Mosambikaner*innen blieben in den
44 neuen Bundesländern, da diese in den Betrieben weiterhin gebraucht wurden. 1991 kamen
45 einige ehemalige Vertragsarbeitende zurück, da sie bereits in Deutschland Beziehungen
46 geknüpft und Familien gegründet hatten. Den nach Mosambik Zurückgekehrten wurde
47 schnell klar, dass sie betrogen wurden. Die Sozialversicherungspässe wurden ihnen
48 entzogen und eigentlich rechtmäßig zustehende Lohnpflichttransferleistungen von der
49 DDR und der mosambikanischen Regierung einbehalten. Schnell wurden diese eine
50 marginalisierte Gruppe im eigenen Land.

51 Seit 1990 bis heute demonstrieren diese jeden Mittwoch in der Hauptstadt Maputo für
52 die Zahlung der bis heute einbehaltenen Lohnpflichttransferleistungen. 1990 zahlte
53 die Bundesrepublik ca. 75 Millionen DM an die mosambikanische Regierung, um die
54 Lohnzahlungen auszuführen. Allerdings wurde dieses Geld für andere Zwecke genutzt.
55 Auch den hier noch lebenden Vertragsarbeitenden wurde kein einziger Cent gezahlt. Von
56 2004 bis 2006 gab es Scheinzahlungen der mosambikanischen Regierung. In dieser Zeit
57 befand sich Mosambik in einer starken Inflation, welche die Folge hatte, dass es in
58 dieser Zeit auch eine Währungsreform gab. Meist beliefen sich die Zahlungen auf ca.
59 200 Medicaïs, was heute nur etwa 2,87 € entspricht [3]. Demzufolge klar unter dem,
60 was den Vertragsarbeitenden zusteht. Bis heute warten diese auf eine gerechte
61 Entlohnung, um endlich mit diesem Thema abzuschließen. 2019 fand anlässlich des 40.
62 Jahrestages der Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen der DDR und Mosambik die
63 Magdeburger

64 Konferenz statt. Zu dieser wurde die damalige Bundesregierung, ehemalige SED-
65 Funktionär*innen und die ehemaligen Vertragsarbeitenden eingeladen [4]. Auch im
66 letzten Jahr vertrat die SED-Opferbeauftragte der Bundesregierung zusammen mit
67 Adelino Messuvria [5] die ehemaligen Vertragsarbeitenden im Menschenrechtsausschuss
68 des Deutschen Bundestages [6].

69 Adelino Messuvria betonte, dass aufgrund der geringen Lebenserwartung in Mosambik
70 viele Betroffene in seinem Alter bereits verstorben sind. Allerdings sollen diese
71 Zahlungen direkt an die nachfolgende Generation ausgezahlt werden, da diese ebenfalls
72 marginalisiert werden. Laut ihm sollten die ehemaligen Vertragsarbeitenden alle rund
73 ca. 10.000 € bekommen, da dies eine angemessene Summe sei, mit der jede*r ehemalige
74 Arbeitende zufrieden sei. Die SED-Opferbeauftragte [7] spricht sich für eine ähnliche
75 Summe aus. Diese beläuft sich auf ca. 7.000 €.

76 **Deshalb fordern wir:**

- 77 • Doppelt belogen und betrogen, **Mosambikaner*innen steht das Geld zu!** Die von der
78 DDR-Staatsführung einbehaltenen Lohnpflichttransferleistungen müssen von der
79 Bundesregierung als Rechtsnachfolger endlich ausgezahlt werden. Die Höhe der
80 Zahlungen soll mit der*dem amtierenden SED-Opferbeauftragten, dem
81 „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“-Projektes des Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrums der

82 Evangelische Kirchen Mitteldeutschlands (Madjermanes: Trabalhadores Moçambicanos
83 contratados na RDA [8]), der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag
84 vereinbart werden. Ideal nach der Forderung des Projektes „Vertragsarbeit
85 Mosambik-DDR“ **sollen sich diese Zahlungen auf 10.000 € belaufen.** Für die
86 Aufarbeitung sind bereits die jeweiligen SED-Opferbeauftragten der Länder [9]
87 und Vereine/Organisationen [10] tätig. Deswegen schließen wir uns dieser
88 Forderung an! Es ist auch wichtig sicherzustellen, dass das Geld auch
89 tatsächlich bei den Betroffenen ankommt und nicht in den Konten von
90 Mosambikanischen Staatsbeamten landet (siehe 1990-1992) [10]

- 91 • Dass dieses Thema richtig aufgearbeitet wird, da aus der Sicht der ehemaligen
92 Vertragsarbeitenden Deutschland aufgrund der fehlenden Aufarbeitung eine
93 Teilschuld trägt.

94

95 **Fußnoten:**

96 [1] https://de.wikipedia.org/wiki/Massaker_von_Mueda? Visão História. Nr. 12.
97 Lissabon Juni 2011, S. 36.

98 [2]

99 <https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wpcontent/uploads/2020/12/Transferordnung.pdf>

100 [3] 2005 gab es eine Währungsreform aufgrund der hohen Inflation. Dabei wurden bspw.
101 die 20000er Scheine zu 200ern. Damals entsprach ein 1 Medical somit 0,022 Euro.
102 Umgerechnet wären dies in Euro zur damaligen Zeit: 4,40 €

103 [4] <https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/konferenz/>

104 [5] Adelino Messuvia ist einer der beiden Sprecher*innen des Projektes
105 „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“. Er selbst war einer der vielen vertragsarbeitenden
106 Mosambikaner*innen in der DDR. Er lebt heute in Suhl.

107 [6]

108 [https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wp-content/uploads/2023/10/230919-KKM-](https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wp-content/uploads/2023/10/230919-KKM-RB_106_S12-14_Endlich-Anerkennung_Hans-Joachim-Doering.pdf)
109 [RB_106_S12-14_Endlich-Anerkennung_Hans-Joachim-Doering.pdf](https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wp-content/uploads/2023/10/230919-KKM-RB_106_S12-14_Endlich-Anerkennung_Hans-Joachim-Doering.pdf)

110 [7] <https://www.bundestag.de/sed-opferbeauftragte>

111 [8] Portugiesischer Name des Projektes „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“

112 [9] Nur in den ostdeutschen Bundesländern

113 [10] Beispiele sind hier die Evangelische Kirchen in Mitteldeutschland, Technikmuseum
114 Magdeburg usw.

115 [https://www.spiegel.de/geschichte/ddrvertragsarbeiter-aus-mosambik-ausgegrenzt-](https://www.spiegel.de/geschichte/ddrvertragsarbeiter-aus-mosambik-ausgegrenzt-geprellt-vergessen-a-fb81c960-6da3-4e92-8678-89ad62ae482d)
116 [geprellt-vergessen-a-fb81c960-6da3-4e92-8678-89ad62ae482d](https://www.spiegel.de/geschichte/ddrvertragsarbeiter-aus-mosambik-ausgegrenzt-geprellt-vergessen-a-fb81c960-6da3-4e92-8678-89ad62ae482d)

Antrag G 1: Verbesserung der ambulanten Versorgung von Patient*innen mit Long Covid / ME/CFS

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	UB Dresden
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	3

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im*
- 2 *Sächsischen Landtag weiterleiten:*
- 3
- 4 Die SPD setzt sich dafür ein, dass die ambulante Versorgung von Patient*innen mit
- 5 Long Covid / ME/CFS (myalgische Enzephalitis / chronisches Fatigue Syndrom) in
- 6 Sachsen verbessert wird.

Begründung

- Dies geschieht z.B. über eine spezialisierte Ambulanz unter dem Dach des Amtes für Gesundheit und Prävention der Stadt Dresden. Es soll mehrere Standorten geben sowie die Option regelhafter Hausbesuche, um eine wohnortnahe bzw. häusliche Versorgung zu gewährleisten, da insbesondere dieser Patientengruppe keine weiten Wege zurücklegen kann.
- An diesen Ambulanzen arbeiten entsprechend weitergebildete Fachärzt*innen aus den Bereichen der Neurologie, Kardiologie, Inneren Medizin, Schmerzmedizin etc. eng vernetzt zusammen. Ebenso stehen Sozialarbeiter*innen zur Verfügung, um bei Beratung und Beantragung von z.B. Erwerbsunfähigkeitsrenten, Pflegegrad etc. zu unterstützen.
- Alternativ sind auch Ansätze in Anlehnung an die Integrierte Versorgung denkbar.
- In Folge der Covid 19-Pandemie / Endemie sind die Fallzahlen von Long Covid als postvirale Erkrankung mit verschiedenen Symptombereichen deutlich gestiegen. In seiner schwersten Form tritt Long Covid auch als ME/CFS auf. In Folge nicht mehr bestehender Präventionsmaßnahmen und geringer Impfquote werden diese weiter steigen (Quelle: z.B. Karl Lauterbach, Runder Tisch vom 17.09.2023).
- Grundsätzlich können alle Organsysteme betroffen sein. Die Betroffenen sind, je nach Schweregrad, nicht mehr in der Lage, ihre Berufe auszuüben, am Familien- oder Sozialleben zu partizipieren. Sie leiden unter Licht- und Geräuschempfindlichkeit, zeitverzögerter Belastungsintoleranz / PEM (postexertionaler Malaise), welche zu massiven körperlichen und kognitiven Einbrüchen (sog. Crashes) führt.
- Bei der schwersten Ausprägung von ME/CFS sind die Betroffenen bettgebunden und müssen gegen sämtliche Reize von außen abgeschirmt werden. Hinzu kommen v.a. neuronale Schmerzen sowie oft POTS (posturale Tachykardie Symptom, also massive Kreislaufdysregulationen), brain fog / starke kognitive Einschränkungen, Mastzellaktivierungssyndrome etc.
- Derzeit existieren keine ursachenbezogenen Therapieansätze. Behandlung erfolgt nur auf Symptomebene und im off label-Bereich (d.h. mangels Alternativen werden Medikamente symptombezogen außerhalb ihres eigentlichen Zulassungsbereiches eingesetzt, was auch ein Regressrisiko für die Behandler*innen darstellt).

Antrag G 2: Jugendpsychiatrische Erste-Hilfe-Stellen in jedem Landkreis

Laufende Nummer: 28

Antragsteller*in:	KV Zwickau
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	3

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:*
- 2 Psychische Erkrankungen bei Jugendlichen nehmen alarmierend zu. Laut einer Studie der
3 Techniker Krankenkasse (2023) leidet jede*r dritte junge Mensch (32 %) unter
4 psychischen Belastungen wie Depressionen oder Angststörungen. Gleichzeitig gibt es in
5 Deutschland gravierende Versorgungsengpässe:
- 6 Laut Bundesministerium für Gesundheit (BMG, 2023) beträgt die Wartezeit auf einen
7 Therapieplatz bis zu sechs Monate. Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie (DGPPN,
8 2023) warnt, dass es keine geeigneten Notfallstellen für Jugendliche in akuten
9 psychischen Krisen gibt. In Notfällen landen Betroffene meist in allgemeinen
10 Notaufnahmen, die auf psychische Krisen nicht ausgelegt sind.
- 11 Das führt dazu, dass Jugendliche mit akuten Krisen keine schnelle Hilfe erhalten und
12 oft erst in einer psychiatrischen Klinik aufgenommen werden, wenn es zu spät ist.
- 13 Wir fordern die Einrichtung von "Jugendpsychiatrischen Erste-Hilfe-Stellen" in jedem
14 Landkreis. Diese sollen:
- 15 • Niedrigschwellig erreichbar sein – ohne Überweisung oder Wartezeiten.
16 • tägliche verfügbar sein mit Fachkräften aus Jugendpsychologie und Sozialarbeit.
17 • Akutversorgung bieten, ähnlich wie Notaufnahmen, aber für psychische Krisen.
18 • Kostenfrei und anonym sein, um Hemmschwellen abzubauen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag G 3: Förderung einer Informationskampagne und verpflichtenden Weiterbildung zu Long COVID und ME/CFS für niedergelassene Ärzt*innen

Laufende Nummer: 42

Antragsteller*in:	AG ASG
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	3

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3 1. Informationskampagne:

4 Das sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen
5 Zusammenhalt wird aufgefordert, eine umfassende Informationskampagne für
6 niedergelassene Ärzt*innen zu initiieren. Ziel der Kampagne ist es, die Ärzt*innen
7 über die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu Long COVID und ME/CFS zu
8 informieren und ihnen praxisnahe Handlungsempfehlungen an die Hand zu geben.

9

10 2. Verpflichtende Weiterbildung:

11 Das sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen
12 Zusammenhalt wird aufgefordert sich bei der Selbstverwaltung (Kassenärztliche
13 Vereinigung Sachsen und Ärztekammer Sachsen) dafür einzusetzen, dass verpflichtende
14 Weiterbildungsmaßnahmen zu Long COVID und ME/CFS eingeführt werden. Diese
15 Weiterbildungen sollen mindestens folgende Inhalte umfassen:

- 16 - Erkennung und Diagnostik der Krankheitsbilder
- 17 - Interdisziplinäre Behandlungsansätze
- 18 - Umgang mit den psychosozialen Auswirkungen der Erkrankungen

19

20 3. Förderung interdisziplinärer Zusammenarbeit:

21 Es wird angeregt, dass die Weiterbildung auch den Austausch zwischen verschiedenen
22 Fachgruppen wie Neurolog*innen, Internist*innen, Schmerztherapeut*innen und
23 Psycholog*innen fördert, um eine ganzheitliche Versorgung der Patient*innen zu
24 gewährleisten.

25

26 4. Evaluation und Weiterentwicklung:

27 Die Wirksamkeit der Informationskampagne und Weiterbildungsmaßnahmen sollen
28 regelmäßig evaluiert und bei Bedarf weiterentwickelt werden, um den aktuellen
29 wissenschaftlichen Erkenntnissen gerecht zu werden.

30

31 Kostenabschätzung:

32 Die Umsetzung der Informationskampagne und der Weiterbildungsmaßnahmen erfordert

33 zusätzliche finanzielle Mittel, die durch das Staatsministerium bereitgestellt werden
34 sollen. Eine genaue Kostenabschätzung sollte durch eine Expert*innenkommission
35 erfolgen.

36

37 Zeithorizont / Umsetzungsvorschläge:

38 Kurzfristig (innerhalb von 1 Jahr):

39 - Start der Informationskampagne und Entwicklung der Weiterbildungsprogramme.

40 Mittelfristig (innerhalb von 3 Jahren):

41 - Einführung der verpflichtenden Weiterbildungsmaßnahmen und erste Evaluation der
42 Ergebnisse.

43

44 Quellen / Verweise:

- 45 • [NICE-Leitlinien zu ME/CFS](<https://nice.org.uk/guidance/ng206>)
- 46 • [Ergebnisse einer paneuropäischen Umfrage zu ME/CFS](
47 <https://www.mecfs.de/ergebnisse-einer-paneuropaeischen-umfrage-zu-me-cfs/>)
- 48 • [Bericht der WHO zu Long COVID](
49 <https://www.who.int/publications/i/item/clinical-management-of-covid-19>)

50

51 Diese Anlage soll die Dringlichkeit der Maßnahmen unterstreichen und konkrete
52 Handlungsvorschläge für eine verbesserte Versorgung von Patient*innen mit Long COVID
53 und ME/CFS in Sachsen liefern.

Begründung

Long COVID und Myalgische Enzephalomyelitis/Chronisches Fatigue-Syndrom (ME/CFS) sind schwerwiegende Erkrankungen, die in der medizinischen Versorgung oft unzureichend berücksichtigt werden. Beide Krankheitsbilder sind durch komplexe und oft lebensverändernde Symptome gekennzeichnet, darunter extreme Erschöpfung, kognitive Einschränkungen und Schmerzen, die die Lebensqualität der Betroffenen erheblich beeinträchtigen. Besonders ME/CFS ist in Deutschland stark unterdiagnostiziert, und viele Patient*innen erleben eine jahrelange Odyssee, bevor sie eine korrekte Diagnose erhalten.

Die niedergelassenen Ärzt*innen, insbesondere Haus-, Allgemein- und Kinderärzt*innen, spielen eine zentrale Rolle bei der Erstversorgung und Diagnosestellung. Dennoch fehlt es häufig an spezifischem Wissen und Weiterbildungsmöglichkeiten, um diese komplexen Krankheitsbilder zu erkennen und angemessen zu behandeln. Eine gezielte Informationskampagne sowie verpflichtende Weiterbildungsmaßnahmen sind daher essenziell, um die Versorgung der Betroffenen zu verbessern und die Belastung für das Gesundheitssystem zu reduzieren.

Antrag G 4: Stärkung der Betreuung von Kindern von suchtkranken Eltern in Sachsen

Laufende Nummer: 24

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	3

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im
2 Sächsischen Landtag weiterleiten, dass die Betreuung sowie Behandlung der Kinder von
3 Eltern, die die Diagnose einer Substanzstörung erfüllen, gestärkt wird. (Zum Beispiel
4 durch das Fetale Alkoholspektrumstörungen (FASD) werden durch Alkoholkonsum in der
5 Schwangerschaft und mit einer Häufigkeit von 2% die häufigste Ursache für eine
6 angeborene lebenslange Behinderung verursacht; durch den Konsum von Chrsyl Meth
7 können Beeinträchtigungen oder Behinderungen des Neugeborenen entstehen.)Es muss
8 auch berücksichtigt werden, dass schon in der Schwangerschaft die Einbindung der
9 Mütter in ein umfassendes Betreuungssystem gewährleistet sein muss. Die Betreuung
10 sowie Behandlung dieser Kinder muss von der unmittelbaren Nachsorge im Anschluss an
11 die Geburt bis ins Erwachsenenalter garantiert sein. Die unmittelbare Nachsorge nach
12 der Geburt kann nur geschehen durch die zweckgebundene finanzielle und personelle
13 Ausstattung der sächsischen Kliniken im Bereich der intensivmedizinischen und
14 neonatalen Versorgung. Es müssen Vernetzungs- und Koordinierungsstellen zwischen den
15 Kliniken, den Kommunen, den Kinder- und Jugendhilfe-Einrichtungen, den Jugendämtern
16 und den psychosozialen Beratungsstellen, sowie den Spezialambulanzen für
17 Substanzstörungen, in Sachsen geschaffen werden.

Begründung

Nach dem der Deutsche Bundestag am 29. Januar 2025 eine Beschlussempfehlung und einen Bericht zum Antrag vom 02.07.2024 (s. Drucksachen 20/14786 und 20/12019) angenommen hat, ist eine Umsetzung im Freistaat notwendig.

Antrag G 5: Entstigmatisierungsprogramm für psychische Erkrankungen an Schulen

Laufende Nummer: 29

Antragsteller*in:	KV Zwickau
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	3

- 1 Psychische Erkrankungen sind unter Jugendlichen oft ein Tabu-Thema. Laut einer Studie
2 der DAK (2023) geben 44 % der Jugendlichen an, sich nicht zu trauen, über psychische
3 Probleme zu sprechen. Die Gründe:
- 4 • Unwissenheit: Viele erkennen Symptome nicht oder nehmen sie nicht ernst.
 - 5 • Angst vor Stigmatisierung: Psychische Erkrankungen werden oft als „Schwäche“
6 angesehen.
 - 7 • Mangelnde Aufklärung: In Lehrplänen spielt psychische Gesundheit kaum eine
8 Rolle.
- 9 Laut der DGPPN (2023) erhalten 70 % der Jugendlichen mit Depressionen keine
10 rechtzeitige Hilfe, weil sie sich nicht trauen, Unterstützung zu suchen.
- 11 Wir fordern ein Schulprogramm zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen, das
12 folgende Maßnahmen beinhaltet:
- 13 • Workshops & Infoveranstaltungen für Schüler*innen, um über psychische
14 Erkrankungen aufzuklären.
 - 15 • „Mental Health“-Tage als feste Veranstaltung an Schulen.
 - 16 • Auch soll eine Zusammenarbeit mit dem bereits bestehenden Projekt „Mind Matters“
17 angestrebt werden. Erfahrungsberichte von Betroffenen, um Stigmata abzubauen.
 - 18 • Psychologische Erste-Hilfe-Kurse für Lehrkräfte, um frühzeitig Krisen zu
19 erkennen.
- 20 Um unsere Forderungen umsetzen zu können, können folgende Punkte in Betracht gezogen
21 werden:
- 22 1. Kooperation mit Kultus- und Gesundheitsministerien, um die psychische Gesundheit
23 im Schulalltag zu integrieren.
 - 24 2. Fortbildungen für Lehrkräfte etablieren. Diese Fortbildungen sollen folgende
25 Inhalte haben:
 - 26 a. Sensibilisierung für Mobbing und psychische Probleme
 - 27 b. Fachgerechter Umgang und Unterstützung von Schüler*innen mit psychischen
28 Problemen
 - 29 c. Schüler*innen altersgerecht über psychische Probleme aufklären
30 koordiniertes und stressfreies Lehren
 - 31 3. Einbindung von Betroffenen als „Mental-Health-Botschafter*innen“.
 - 32 4. Finanzierung für die Gesundheit der Jugend durch Landes- und Bundesmittel
33 sicherstellen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag G 6: Kostenübernahme von Brillen und Zahnersatz durch die Krankenkassen

Laufende Nummer: 14

Antragsteller*in:	UB Dresden
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	3

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag*
2 *sowie die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:*

3

4 Die hohen Kosten für Zahnbehandlungen und Brillen stellen für viele Menschen eine
5 große finanzielle Belastung dar. Um Gesundheit und Wohlbefinden zu fördern, fordern
6 wir, dass die gesetzlichen Krankenkassen Kosten für Zahnbehandlung und
7 Brillen vollständig übernehmen.

8

9 Derzeit werden diese Leistungen von Krankenkassen nur teilweise oder gar nicht
10 erstattet, was dazu führt, dass viele Menschen sich diese wichtigen medizinischen
11 Hilfsmittel nicht leisten können. Insbesondere für Menschen mit niedrigem Einkommen
12 oder einer chronischen Krankheit kann dies zu einer großen
13 finanziellen Belastung führen.

14

15 Die Korrektur eines beeinträchtigten Sehvermögens ist für viele Menschen von
16 entscheidender Bedeutung für gesellschaftliche Teilhabe. Wer sich das nicht leisten
17 kann, ist aufgeschmissen beim Lesen von ÖPNV-Fahrplänen, Verfassen von
18 Abschlussarbeiten, Bewerbungsschreiben und vielem anderen Auch der Ersatz oder die
19 Korrektur und Rekonstruktion von Zähnen, Zahnfehlstellungen und Gebiss ist für viele
20 Menschen ein zentrales Element, um selbstbewusst in sozialen Kontexten aufzutreten.
21 Ist er nicht erschwinglich, ziehen sich Betroffene nicht zuletzt durch Scham zurück
22 und fehlen mit ihren individuellen Talenten.

23

24 Deswegen ist vollständige Kostenübernahme nicht nur für die betroffenen Personen,
25 sondern auch für die Gesellschaft insgesamt von großem Nutzen. Denn eine bessere
26 Gesundheitsversorgung führt zu höherer Lebensqualität und Produktivität, was sich
27 letztlich auch auf die Wirtschaft positiv und die Bereicherung der Gesellschaft als
28 Ganzes.

29

30 Deshalb fordern wir die Bundestagsfraktion der SPD auf, sich dafür einzusetzen, dass
31 die Krankenkassen die vollständigen Kosten für Zahnbehandlungen und Brillen
32 übernehmen. Diese Leistungen sind für die Gesundheit und das Wohlbefinden unserer
33 Mitmenschen von entscheidender Bedeutung und sollten für alle zugänglich
34 sein, unabhängig von ihrem Einkommen oder ihrer sozialen Stellung.

Antrag G 7: Ausstattung von Bildungseinrichtungen mit Luftreinigungs- und Belüftungsanlagen

Laufende Nummer: 15

Antragsteller*in:	UB Dresden
Sachgebiet:	G - Gesundheit
Antragsblock:	3

1 *Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:*

2

Die SPD setzt sich dafür ein, zu prüfen, wie alle noch nicht sanierten

3

Bildungseinrichtungen (Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen) gemäß ASR-A3.6 mit

4

den jeweiligen Raumgrößen angemessenen Luftreinigungs- und Belüftungssystemen

5

ausgestattet werden können.

6

Da grundsätzliche Um- und Neubaumaßnahmen einen Zeitrahmen von Jahren bis

7

Jahrzehnten haben, ist jedoch zu prüfen, inwieweit eine kurzfristigere Lösung in Form

8

von mobilen bzw. an den Wänden montierbaren Luftfiltern umsetzbar ist. Die

9

Belüftungsregelungen für Arbeitsstätten (ASR-A3.6) gilt bereits für Um- und

10

Neubauten, bezieht sich bislang jedoch nicht auf die Raumtemperatur der Innenräume.

11

Bei dauerhafter Zuluft über Raumlufttechnischen Anlagen (RLT-Anlagen) wird im Sommer

12

heiße Außenluft eingeblasen, was die Räume weiter aufheizt, wobei im Winter die kalte

13

Außenluft eingeblasen wird, obwohl geheizt wird.

14

Die Regelungen sind so zu ändern, dass in Einrichtungen mit RLT-Anlagen die Zuluft

15

über zusätzliche Lüftungsanlagen so ausgerichtet werden muss, dass keine zusätzliche

16

Aufheizung der Räume im Sommer geschieht und die Personen vor Überhitzung geschützt

17

werden und im Winter bei aktiver Heizung, keine kalte Außenluft eingeblasen wird, was

18

zusätzliche Kosten und negative Klimaeffekte nach sich zieht.

Antrag BJ 1: 15-Minuten-Stadt für junge Menschen

Laufende Nummer: 27

Antragsteller*in:	KV Zwickau
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend
Antragsblock:	4

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:*

2 Viele Jugendliche haben kaum Zugang zu Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten, weil
3 diese zu weit weg sind. Laut einer OECD-Studie (2022) beeinflusst der Zugang zu
4 Freizeitangeboten direkt Bildungs- und Berufschancen. Besonders ländliche Regionen
5 sind benachteiligt:

- 6 • 43 % der Jugendzentren in Sachsen wurden in den letzten 20 Jahren geschlossen.
- 7 • ÖPNV-Angebote für Jugendliche sind oft unzureichend.
- 8 • Soziale Ungleichheit steigt, wenn Kinder in Städten mehr Möglichkeiten haben als
9 auf dem Land.

10 Wir fordern daher das **Konzept der "15-Minuten-Stadt für junge Menschen"**, das
11 sicherstellt, dass:

- 12 • alle Kinder und Jugendlichen in max. 15 Minuten ein Jugendzentrum, einen
13 Sportplatz oder ein Kulturangebot erreichen können.
- 14 • mehr Jugendzentren in ländlichen Regionen geschaffen werden.
- 15 • ÖPNV-Angebote speziell für junge Menschen ausgebaut werden (z. B. Shuttle-
16 Busse).

17 Umsetzung

- 18 1. Kommunale Förderprogramme für Jugendinfrastruktur auflegen.
- 19 2. ÖPNV-Angebote gezielt für junge Menschen verbessern.
- 20 3. Nutzung leerstehender Gebäude für Jugendzentren fördern.

Begründung

Gemeinde Gersdorf im Landkreis Zwickau:

Einwohnerzahl: ca. 3.700

Verfügbarkeit von Einrichtungen: Gersdorf verfügt über ein Freibad als kommerzielle Freizeiteinrichtung, welches aber aufgrund von Hochwasserschäden schon vier Jahre geschlossen ist. Weitere Angebote wie Kinos, Fitnessstudios oder Jugendclubs sind nicht vorhanden.

Fahrzeiten zu nächstgelegenen Einrichtungen:

- Kino: Das nächstgelegene Kino befindet sich in Zwickau, etwa 15 km entfernt. Mit dem Auto beträgt die Fahrzeit ca. 20 Minuten; mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Bus) etwa 45 Minuten.
- Fitnessstudio: Ein Fitnessstudio in Hohenstein-Ernstthal ist ca. 10 km entfernt. Mit dem Auto dauert die Fahrt etwa 15 Minuten; mit dem Bus ca. 35 Minuten.
- Jugendclub: Ein Jugendclub befindet sich in Oelsnitz/Erzgeb., ca. 12 km entfernt. Die Fahrzeit mit dem Auto beträgt rund 18 Minuten; mit öffentlichen Verkehrsmitteln ca. 40 Minuten.

Stadt Limbach-Oberfrohna im Chemnitzer Umland:

Einwohnerzahl: ca. 24.000

Verfügbarkeit von Einrichtungen: Die Stadt verfügt über einige Kultur- und Sporteinrichtungen. Allerdings sind spezialisierte Angebote, wie größere Jugendzentren oder spezialisierte Sportvereine, oft nur in Chemnitz verfügbar.

Fahrzeiten zu spezialisierteren Einrichtungen in Chemnitz:

- Großes Jugendzentrum: Ein größeres Jugendzentrum in Chemnitz ist ca. 15 km entfernt. Mit dem Auto beträgt die Fahrzeit etwa 20 Minuten; mit dem Bus ca. 40 Minuten.
- Spezialisierter Sportverein (z.B. Fechten): Ein solcher Verein befindet sich in Chemnitz, etwa 16 km entfernt. Die Fahrzeit mit dem Auto beträgt rund 22 Minuten; mit öffentlichen Verkehrsmitteln ca. 45 Minuten.
- Kulturzentrum: Das nächste Kulturzentrum befindet sich in Zwickau, ca. 18 km entfernt. Mit dem Auto dauert die Fahrt etwa 25 Minuten; mit dem Bus ca. 50 Minuten.
- Schwimmbad: Ein Hallenbad in Glauchau ist etwa 12 km entfernt. Die Fahrzeit mit dem Auto beträgt rund 15 Minuten; mit öffentlichen Verkehrsmitteln ca. 35 Minuten.

Gemeinde Callenberg im Landkreis Zwickau:

Einwohnerzahl: ca. 5.500

Verfügbarkeit von Einrichtungen: In Callenberg gibt es begrenzte Kultur- und Sporteinrichtungen. Für vielfältigere Angebote müssen die Bewohner in umliegende Städte fahren.

Fahrzeiten zu nächstgelegenen Einrichtungen:

- Kulturzentrum: Das nächste Kulturzentrum befindet sich in Zwickau, ca. 18 km entfernt. Mit dem Auto dauert die Fahrt etwa 25 Minuten; mit dem Bus ca. 50 Minuten.
- Schwimmbad: Ein Hallenbad in Glauchau ist etwa 12 km entfernt. Die Fahrzeit mit dem Auto beträgt rund 15 Minuten; mit öffentlichen Verkehrsmitteln ca. 35 Minuten.

Antrag BJ 2: Vereinfachte Praktikumsplätze für Minderjährige Geflüchtete

Laufende Nummer: 30

Antragsteller*in:	KV Zwickau
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend
Antragsblock:	4

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag*
2 *weiterleiten:*

3 Allein im Jahr 2024 wurden 13.340 Asylanträge von geflüchteten Minderjährigen
4 gestellt. Hinter dieser Zahl stehen Kinder und Jugendliche, die oft traumatische
5 Erfahrungen hinter sich haben. Sie kommen verletzt, verängstigt und ohne Perspektive
6 nach Deutschland, in der Hoffnung auf Sicherheit und eine bessere Zukunft. Doch ihr
7 schwerer Weg endet hier nicht. Statt Schutz und Geborgenheit zu finden, stoßen viele
8 auf neue Herausforderungen: In den Unterkünften werden sie von Gleichaltrigen
9 gemobbt, weil sie keine Eltern haben, und in den Schulen sind sie Anfeindungen und
10 Ausgrenzung durch rassistische Mitschüler ausgesetzt.

11 Statt eine Debatte über stigmatisierende Abschiebungen zu führen, sollten wir uns
12 darauf konzentrieren, wie wir diesen Kindern eine echte Chance auf Integration bieten
13 können. Es geht nicht nur darum, ihnen ein Dach über dem Kopf zu geben, sondern ihnen
14 eine Perspektive für die Zukunft zu ermöglichen. Jeder in Deutschland sollte sich
15 bewusst machen, welchen Beitrag er leisten kann, um Integration zu erleichtern und
16 die Entstehung isolierter Parallelgesellschaften zu verhindern. Denn eine
17 funktionierende Gesellschaft basiert auf Zusammenhalt, und dieser beginnt bei den
18 Schwächsten.

19 Ein zentraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft ist die Arbeit. Sie ist weit
20 mehr als nur eine Einkommensquelle, sie strukturiert unseren Alltag, gibt uns
21 Identität und schafft soziale Bindungen. Wir verbringen im Schnitt acht Stunden am
22 Tag, 40 Stunden pro Woche und rund 50 Jahre unseres Lebens damit. Am Arbeitsplatz
23 entstehen lebenslange Freundschaften, wertvolle Netzwerke und für manche sogar die
24 große Liebe. Arbeit ist also nicht nur wirtschaftlich bedeutend, sondern auch ein
25 essenzieller Teil des sozialen Lebens.

26 Doch für geflüchtete Minderjährige ist der Weg dorthin besonders steinig. Bevor sie
27 überhaupt an eine berufliche Zukunft denken können, stehen sie vor zahlreichen
28 Hürden: Sie müssen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, eine völlig neue Sprache
29 lernen und ihre Bildungsabschlüsse anerkennen lassen, falls sie überhaupt die
30 Möglichkeit hatten, eine Schule in ihrem Herkunftsland zu besuchen. In vielen Fällen
31 müssen sie ihre Schulbildung in Deutschland von Grund auf nachholen, oft unter
32 schwierigen Bedingungen. Während deutsche Kinder in einem stabilen Umfeld aufwachsen,
33 sehen sich geflüchtete Jugendliche häufig mit Unsicherheit, Bürokratie und
34 gesellschaftlicher Ablehnung konfrontiert.

35 Integration ist keine einseitige Aufgabe, sie kann nur gelingen, wenn wir als
36 Gesellschaft gemeinsam daran arbeiten. Bildung, soziale Teilhabe und berufliche
37 Perspektiven sind der Schlüssel, um diesen jungen Menschen eine echte Zukunft zu

- 38 ermöglichen. Statt ihnen Steine in den Weg zu legen, sollten wir Brücken bauen.
- 39 Wir fordern daher die Vereinfachung der Bewerbungsbedingungen für minderjährige
- 40 Geflüchtete sowie die Vergabe von Praktikumsplätzen bereits mit Deutschkenntnissen
- 41 auf B1-Niveau und einer Aufenthaltserlaubnis. Zudem sollte berücksichtigt werden,
- 42 dass Zeugnisse und andere Abschlüsse möglicherweise noch nachgewiesen werden müssen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag BJ 3: Internationale Rekrutierung von Fremdsprachenlehrkräften für Sachsen

Laufende Nummer: 46

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend
Antragsblock:	4

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen, dass durch die Landtagsfraktion für den
- 2 Freistaat Sachsen Programme zur gezielten Anwerbung von Fremdsprachenlehrkräften aus
- 3 dem Ausland initiiert und gefördert werden. Dazu zählen auch Kooperationsprojekte mit
- 4 Sprachschulen weltweit sowie mit internationalen Hochschulen, die interessierte
- 5 Lehramtsstudierende für befristete Bildungsangebote gewinnen könnten.

Begründung

Der Fachkräftemangel im Bildungswesen ist besonders im Bereich Fremdsprachen spürbar. Statt auf langwierige inländische Ausbildungswege zu warten, können ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer sowie qualifizierte Studierende aus dem Ausland kurzfristig helfen, bestehende Lücken zu schließen. Gleichzeitig wird interkulturelle Kompetenz gestärkt und der Unterricht vielfältiger gestaltet. Erfahrungen aus den 1970er Jahren zeigen, dass temporäre Anwerbeprogramme erfolgreich sein können. Durch begleitende Fortbildungen und Integrationsangebote kann der Einsatz für alle Seiten gewinnbringend gestaltet werden.

Antrag BJ 4: sprache2 = programmiersprache xor fremdsprache, sprache3 = programmiersprache xor fremdsprache

Laufende Nummer: 17

Antragsteller*in:	UB Dresden
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend
Antragsblock:	4

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:*

2

3 Während es im Jahr 1500 vielleicht hilfreich war, Sprachen wie Latein oder
4 Altgriechisch zu sprechen, dienen diese Sprachen heute nur noch Medizinstudierenden,
5 um sich die Namen von Knochen und Muskeln besser merken zu können. Auch moderne
6 Fremdsprachen wie Spanisch oder Französisch, die von vielen Schüler:innen auch nach
7 sieben Jahren Lernen kaum alltagstauglich beherrscht werden, haben durch die weite
8 Verbreitung des Englischen und gut funktionierenden Übersetzungs-Apps an Bedeutung
9 verloren.

10

11 Immer wichtiger wird im Informationszeitalter dagegen der Umgang und das tiefe
12 Verständnis von Software bis auf die Ebene der Programmiersprachen.
13 Programmiersprachen sind künstliche bzw. formale Sprachen. Ähnlich wie natürliche
14 Sprachen besitzen diese eine eigene Semantik und eine spezielle Syntax. Solche
15 Sprachen wirklich zu meistern, kann je nach ihrer Komplexität Jahre des Trainings
16 benötigen. Ähnlich wie bei anderen Sprachen gilt auch hier: Je früher mit dem
17 Erlernen angefangen wird, desto einfacher fällt es, die Grundsätze zu erlernen.
18 Außerdem hilft ein tiefes Wissen über den Aufbau und die Anwendung einer
19 Programmiersprache dabei, schnell eine weitere zu erlernen. Ein modernes Schulsystem
20 sollte also unbedingt das Erlernen einer Programmiersprache aktiv fördern und nicht
21 vollständig in Ganztagsangebote oder den viel zu selten angebotenen
22 Informatikunterricht auslagern.

23

24 Im Informationszeitalter sind wir alltäglich umgeben von Software: am Handgelenk, in
25 der Hosentasche, am Arbeitsplatz, in der Wohnung, ...
26 Wenn jedoch etwas nicht mehr funktioniert, sind die meisten von uns schnell
27 aufgeschmissen. Wer im 21. Jahrhundert Programmiersprachen beherrscht, kann sich
28 nicht nur selbst helfen, sondern ist in der Lage Abhängigkeiten von großen Konzernen
29 zu überwinden: Software ist das Produktionsmittel des Informationszeitalter, welches
30 vergesellschaftet werden muss, indem die Kompetenzen allen zur Verfügung gestellt
31 werden. Gemeinschaftlich entstehen große OpenSource-Projekte, von denen alle
32 profitieren.

33

34 Daher wollen wir, dass in sächsischen Schulen neben dem klassischen Angebot, als
35 zweite Fremdsprache eine natürliche Fremdsprache zu erlernen, auch die
36 Auswahlmöglichkeit „Künstliche und Formale Sprachen für Programmierung“ angeboten

- 37 wird. In diesem Fach sollen dabei eine oder mehrere Programmiersprachen sowie die
38 zugehörigen Hintergrundkonzepte und formale Sprachtheorie erlernt werden.
39 Schüler:innen die als zweite Fremdsprache eine natürliche Fremdsprache erlernen,
40 sollen zudem die Möglichkeit haben als dritte Fremdsprache „Künstliche und Formale
41 Sprachen für Programmierung“ zu belegen.
42 Ziel ist, diese Wahlmöglichkeit an allen Schulen anzubieten.

Antrag BJ 5: Grundlegende Bildungsreform für sächsische Schulen

Laufende Nummer: 25

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend
Antragsblock:	4

- 1 Die SPD-Landtagsfraktion Sachsen möge sich dafür einsetzen, dass eine grundlegende
2 Bildungsreform an sächsischen Schulen unter Einbeziehung von Fachkräften aus
3 Wissenschaft und Praxis mit folgenden Schwerpunkten erfolgt.
- 4 1. Gezielte Förderung von Sprachverständnis/Sprachkompetenz und
5 Assoziationsvermögen (in diesem Zusammenhang wichtig: frühkindliche
6 Bildung/Kitas ☐ Sprache: das Tor zur Welt/Demokratie ☐ Integrations- und
7 Inklusionsanspruch von allen benachteiligten Bevölkerungsgruppen ☐ Migration ☐
8 Integration)
- 9 • Verknüpfung der frühkindlichen vorschulischen und schulischen Bildung als
10 präventive Maßnahme insbesondere bei der Sprachförderung durch ein
11 verpflichtendes kostenloses Vorschuljahr
- 12 2. Rahmenlehrpläne / neue Fächer:
- 13 • Konzentration auf wirklich nachhaltige Grundlagenvermittlung in
14 Mathe/Physik und weitere Hauptfächer anstelle von überhöhter Konzentration
15 auf MINT
 - 16 • Umgang mit Sozialen Medien (Erkennen/Unterscheiden von Fakenews und Fakten,
17 Zurechtkommen mit der Komplexität und dem fortlaufenden Wandel der
18 digitalen Welt/Gesellschaft, der Schutz vor Diskriminierung, Mobbing,
19 Rassismus, Antisemitismus; Förderung von Resilienz)
 - 20 • Stärkung des Umgangs mit digitalen Instrumenten
 - 21 • Schulung lebens- und berufsnaher Fähigkeiten (berufsbildende Maßnahmen in
22 signifikantem Umfang, Alltagsrecht, Bürgerverpflichtungen)
 - 23 • Psychologie, Persönlichkeitsentwicklung, Selbstermächtigung, Konflikt- und
24 Problemstrategien, Diskurskultur
 - 25 • Caregroup (alle Bedarfe im organisatorischen und sozialen Bereich der
26 Schüler:innen steht im Mittelpunkt)
- 27 3. Demokratiefördernde Didaktik
- 28 4. Verknüpfung von Schulsozialarbeit und Wissensvermittlung
29 Lehrplan/Unterrichtszeit
- 30 5. Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Lehrkräften fördern / ermöglichen
- 31 • Etablierung/Fortschreibung eines gemeinsamen Bildungsauftrages von Eltern
32 und Schule, um bestmögliche Bildungsmöglichkeiten für die Schülerinnen und
33 Schüler zu schaffen
 - 34 • Erziehungsanspruch der Schule neben dem Elternhaus im Sinne der
35 Bildungschancengerechtigkeit
 - 36 • Gegenmaßnahmen der Schulen neben dem Elternhaus im Sinne der

37 Bildungschancengerechtigkeit

38 6. Konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Schulabschlussabschlussquote, da
39 zehntausende von Jugendlichen die Schulzeit ohne Schulabschluss beenden und
40 damit ohne Perspektive auf einen Ausbildungsplatz/Arbeitsplatz ins
41 Erwachsenenleben starten.

Begründung

Unser staatliches Bildungssystem entstand nach preußischem Vorbild im 19. Jahrhundert und basiert auf Bildungsprinzipien der Selektion und Eliteschaffung, von einer vorwiegend homogenen zu einer Einwanderungsgesellschaft. Die gesellschaftliche Struktur hat sich seither grundlegend geändert, von autokratischen Systemen zur heutigen Demokratie und von einer vorwiegend homogenen Gesellschaft zu einer Einwanderungsgesellschaft.

Die erfolgten Anpassungen reichen nicht aus, um die Herausforderungen und Aufgaben unserer jetzigen Gesellschaft gerecht zu werden. Sprachkompetenz, Grundlagenwissen, gesichertes und anwendbares Allgemeinwissen, kritisches Hinterfragen, Kompetenzen zum selbstständigen Lernen und zur nachhaltigen Wissenserschließung, Demokratieverständnis, Teilhabe, Persönlichkeitsbildung zum selbstermächtigten Handeln sowie lebens- und berufsnahe Fähigkeiten usw. stimmen häufig nicht mit den Anforderungen des späteren Erwachsenenlebens und der Gesellschaft überein.

Auch die schulische Bildung muss entwicklungspsychologischen Anforderungen gerecht werden, die den späteren Erwachsenen die selbstständige Existenzsicherung ermöglicht und die Fähigkeit zu sozialverträglichem Verhalten lehrt z. B. Selbstermächtigung und Selbstversorgung, Berufsfindung, Eingehen sozialer Bindungen. Dafür sind Schulen und Elternhäuser als Erziehungspartnerschaft essentiell gefordert. Der Auftrag der schulischen Bildung und die Priorisierung der Inhalte muss sich entsprechend der gesellschaftlichen Anforderungen zum Wohl der Kinder und der künftigen demokratischen Gesellschaft neu ordnen.

Der Auftrag der schulischen Bildung und die Priorisierung der Inhalte muss sich entsprechend der gesellschaftlichen Anforderungen zum Wohl der Kinder und einer stabilen demokratischen Gesellschaft neu ordnen.

Die Überlegungen zu den notwendigen Maßnahmen einer grundlegenden Bildungsreform bewegen sich hauptsächlich in dem Spannungsfeld einer sich demographische und politisch veränderten gesellschaftlichen Lage in Deutschland. Diese Darlegung sollen als Anregungen und Impulse verstanden werden in dem Bewusstsein, dass die Umsetzung in Lehrpläne und Projekte komplex und zeitaufwendig ist. Auch soll Respekt und Anerkennung gegenüber allen, die bisher schon Lehrinhalte und Lehrpläne kontinuierlich überarbeiten, die um mögliche Veränderungen ringen und die Lehrkräfte ausbilden zum Ausdruck gebracht werden.

Im Zuge der politischen Entwicklung, insbesondere die Hinwendung zu rechtspopulistischen Parteien wie der AfD gerade auch bei Jungwähler:innen und Schüler:innen steht das Thema Bildung in einem zentralen Zusammenhang.

Der Lebensraum ‚Schule‘ spielt neben dem Elternhaus und der Peergroup eine entscheidende Rolle bei der politischen Meinungsbildung. Schulen sind nicht nur reine Wissensvermittlungsorte, sondern auch Einrichtungen, die den Staat in institutioneller Form repräsentieren. Wie Schule erlebt wird, was in Schulen auf welche Art und Weise vermittelt wird, welche Themen und Fächer schwerpunktmäßig bearbeitet und verknüpft werden, hat damit Einfluss auf die soziale Kompetenz und auf die politische Bildung und Einstellung von Schülerinnen und Schülern.

Infolgedessen bietet der Lebensraum Schule viele Chancen, sozialverträgliches Verhalten und Demokratie zu fördern und zu stärken, gleichzeitig aber auch Risiken, sozialunverträgliches Verhalten und demokratiefeindliche Tendenzen zuzulassen und damit zu etablieren.

Als sehr positiv, außergewöhnlich und als große Ressource wird in diesem Zusammenhang das flächendeckende Vorhandensein von Schulsozialarbeit bewertet. Dies birgt eine große Chance und gleichzeitig die Ausgangsbasis, um die Vorschläge und Impulse zur Reformierung der Bildung zu unterstützen.

Es wird als dringend notwendig erachtet, dass für den schulischen und vorschulischen Bereich mehr finanzielle Mittel zur Durchsetzung der Maßnahmen zur Bildungsreform zur Verfügung gestellt werden müssen. Sachsens Schulen brauchen bei den bestehenden gesellschaftlichen Herausforderungen und Aufgaben Migration/Integration, Fachkräftemangel, Schulabschlüsse, Sicherung der Rentenkassen, Verlust von Vertrauen in die Demokratie und demokratische Institutionen und Parteien usw.) mehr geschulte (und gut bezahlte [?] siehe Vergleich andere Bundesländer) Pädagog:innen, entsprechende Rahmenlehrpläne mit flankierenden und fächerübergreifenden Projekten / Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe. Darüber hinaus müssen diese Projekte und Maßnahmen tatsächlich auch Bestandteil der Rahmenlehrpläne sein und Eingang in die Unterrichtszeit finden.

Antrag BJ 6: Erniedrigung des Kita-Schlüssels

Laufende Nummer: 40

Antragsteller*in:	OV Bautzen
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend
Antragsblock:	4

- 1 Der Landesparteitag möge sich dafür aussprechen, dass der Betreuungsschlüssel in
- 2 sächsischen Kindertageseinrichtungen deutlich verbessert wird. Konkret fordern wir:
- 3 • Für Kinder unter drei Jahren soll der Betreuungsschlüssel auf maximal 1:3,0
- 4 abgesenkt werden.
- 5 • Für Kinder im Kindergartenalter (ab drei Jahren) soll der Betreuungsschlüssel auf
- 6 maximal 1:7,5 abgesenkt werden.
- 7 • Für Kinder im Hort soll der Betreuungsschlüssel auf maximal 1:15 abgesenkt werden.
- 8 Die Landesregierung wird aufgefordert, hierfür die notwendigen finanziellen und
- 9 strukturellen Voraussetzungen zu schaffen, um die Qualität frühkindlicher Bildung und
- 10 Betreuung in Sachsen nachhaltig zu verbessern.

Begründung

Der derzeitige Betreuungsschlüssel in Sachsen liegt mit 1:5,2 bei Kindern unter drei Jahren und 1:11,5 bei Kindern im Kindergartenalter deutlich über den von der Bertelsmann-Stiftung empfohlenen Werten (1:3, 1:7,5 bzw. 1:15). Für Hortkinder liegt der derzeitige Schlüssel bei 1:22. Diese Diskrepanz stellt nicht nur ein strukturelles Defizit dar, sondern wirkt sich unmittelbar negativ auf die Qualität der frühkindlichen Bildung, auf die Arbeitsbedingungen des pädagogischen Personals und auf die kindliche Entwicklung aus.

Ein Vergleich mit dem Bundesland Niedersachsen, das bereits bessere Schlüssel von 1:3, 1:7,6, bzw. 1:15 vorweisen kann, zeigt, dass eine Verbesserung auch in Sachsen möglich und dringend geboten ist. Gerade in den ersten Lebensjahren werden zentrale Grundlagen für emotionale, soziale und kognitive Entwicklung gelegt. Eine verlässliche, individuelle Zuwendung durch pädagogische Fachkräfte ist dafür unerlässlich.

Auch würde die Verringerung des Schlüssels den derzeit drohenden Fachkräfteüberschuss durch den starken Geburtenrückgang abmildern und weitere drohende Kündigungen verhindern.

Darüber hinaus ist ein guter Betreuungsschlüssel auch eine Frage der gesellschaftlichen Wertschätzung von Familien und frühkindlicher Bildung. Wer echte Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit von Anfang an ermöglichen will, muss in frühkindliche Bildung investieren – nicht zuletzt auch, um den Fachkräftemangel langfristig zu bekämpfen und den Beruf der Erzieher*in attraktiver zu machen.

Die Verbesserung des Betreuungsschlüssels ist somit eine zentrale bildungs-, familien- und sozialpolitische Zukunftsaufgabe für Sachsen.

Antrag DGR 1: Sicherung der Mobilität ehrenamtlich Engagierter durch Wiedereinführung der vollen Ehrenamtsentschädigung von "Wir für Sachsen"

Laufende Nummer: 41

Antragsteller*in:	OV Neukirchen/Würschnitztal
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	5

- 1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:
- 2 Die SPD Sachsen setzt sich gegenüber der Sächsischen Staatsregierung mit Nachdruck
- 3 dafür ein, dass die ursprünglich gewährte Ehrenamtsentschädigung in Höhe von 40 Euro
- 4 pro Monat im Rahmen des Programms "Wir für Sachsen" durch die Bürgerstiftung Dresden
- 5 wieder eingeführt wird.

Begründung

Ehrenamtliches Engagement ist ein tragender Pfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts- insbesondere im ländlichen Raum und strukturschwachen Regionen wie dem Erzgebirge.

Viele Tätige, etwa in sozialen Projekten, Jugendarbeit oder in der Unterstützung älterer Menschen, sind auf die finanzielle Unterstützung durch die Bürgerstiftung Dresden angewiesen, um Fahrtkosten mit dem öffentlichen Nahverkehr oder andere Aufwendungen für ihr Ehrenamt zu decken.

Die drastische Kürzung der Ehrenamtsentschädigung von 40 Euro auf nun noch 19 Euro pro Monat führt in der Praxis dazu, dass vielen Engagierten die Ausübung ihres Ehrenamtes nicht mehr möglich ist- schlicht, weil sie sich die Fahrt zum Ort des Engagements nicht mehr leisten können. Erste Rückmeldungen zeigen, dass Ehrenamtliche ihre Tätigkeit bereits aufgegeben haben oder dies planen.

Diese Entwicklung ist nicht nur ein direkter Angriff auf das Ehrenamt, sondern gefährdet auch das soziale Miteinander in unseren Kommunen. Die Ehrenamtlichen, die vielerorts letzte Ansprechpartner für Kinder, Familien, Pflegebedürftige und ältere Menschen sind, fallen weg. Davon profitieren antidemokratische Kräfte wie die AfD, die ein Vakuum ausnutzen, das durch den Rückzug engagierter Demokrat*innen entsteht.

Dringlichkeit:

Der Rückgang ehrenamtlichen Engagements hat bereits begonnen. Um das Ehrenamt in Sachsen nicht weiter zu schwächen und demokratische Strukturen zu erhalten, ist eine sofortige politische Intervention notwendig. Die Wiederherstellung der ursprünglichen Entschädigung ist ein klares Signal der Wertschätzung und Unterstützung für alle, die sich für unser demokratisches Gemeinwesen einsetzen.

Antrag DGR 2: Schutz vor Gewalt in Schutzhäusern für gefährdete Personen

Laufende Nummer: 23

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	5

- 1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- 2 Die Landtagsfraktion wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass Schutzhäuser für
- 3 gefährdete Personen in Sachsen barrierefrei erreichbar und nutzbar sind. Des Weiteren
- 4 sollen Präventionsprogramme initiiert und gestartet werden, um Menschen mit
- 5 Behinderung vor Übergriffigkeiten, sexueller Gewalt, Gewalt in Werkstätten und
- 6 Einrichtungen für Menschen mit Behinderung zu schützen.

Begründung

Die Bundesrepublik Deutschland wurden im Staatenbericht zur Umsetzung der UNBRK hierzu gerügt.

Antrag DGR 3: Justiz in Sachsen stärken – Mehr Personal, schnellere Verfahren, bessere Ausbildung

Laufende Nummer: 26

Antragsteller*in:	AG ASJ
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	5

1 Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Landtagsfraktion
2 bzw. die Landesregierung weiterleiten:

3 **Die Justiz in Sachsen braucht mehr Personal – für eine leistungsfähige, moderne und**
4 **bürgernahe Rechtspflege.**

5 **1. Personelle Aufstockung:** Die Landesregierung wird aufgefordert, in den kommenden
6 Haushaltsjahren eine den Herausforderungen entsprechende personelle Verstärkung
7 der sächsischen Justiz im mittleren, gehobenen und höheren Dienst vorzunehmen. Denn der
8 Generationenwechsel vollzieht sich **in allen Laufbahnen des**
9 Justizdienstes. Der mittlere und gehobene Dienst ist für die Erfüllung des
10 Rechtsgewährungsanspruchs von ebenso wesentlicher Bedeutung wie das richterliche
11 oder staatsanwaltschaftliche Personal.

- 12 • der Staatsanwaltschaften,
- 13 • der Gerichtsbarkeiten, insbesondere die Verwaltungsgerichtsbarkeit,
- 14 • den Sozialen Diensten der Justiz (Bewährungs- und Gerichtshilfe) und
- 15 • des Justizvollzugs

16 **2. Sachgerechte Besoldung:** Kompetentes, leistungsfähiges Personal erfordert eine
17 angemessene Besoldung. Die Landesregierung ist daher aufgefordert,
18 • die Anhebung der Eingangs-/Endämter im mittleren Dienst zu prüfen und
19 • für den richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Bereitschaftsdienst eine
20 Zulage vorzusehen.

21 **3. Zielgerichtete Ausbildungsreform:** Um dem bestehenden Fachkräftemangel
22 entgegenzuwirken und den Einstieg in den Justizdienst zu erleichtern, muss die
23 Ausbildung für den gesamten Justizdienst in Sachsen weiterentwickelt werden.
24 Ziel ist es, talentierten Nachwuchs frühzeitig für die Justiz zu gewinnen. Die
25 Landesregierung wird daher aufgefordert, Folgendes zu veranlassen:

- 26 • Evaluierung der gegenwärtigen Ausbildungsbedingungen im mittleren und
27 gehobenen Justizdienst,
- 28 • stärkere Praxisorientierung im rechtswissenschaftlichen Studium und in den
29 Ausbildungsberufen,
- 30 • Prüfung, in Sachsen neben Leipzig eine weitere juristische Fakultät
31 einzurichten, ggf. die ehemalige Fakultät in Dresden erneut zu beleben,
- 32 • bessere Begleitung im Referendariat,
- 33 • beschleunigte Einstellungsmöglichkeiten nach dem zweiten Staatsexamen sowie
34 • attraktive Arbeitsbedingungen und moderne Ausstattung.

- 35 **4. Schnellere Verfahren, spürbare Konsequenzen:** Eine gut ausgestattete Justiz ist
36 essenziell, um insbesondere im Strafrecht zügig über Vergehen und Straftaten zu
37 verhandeln und zu urteilen. Nur wenn Strafen zeitnah folgen, wirken sie
38 präventiv und stärken das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat.
- 39 **5. Effizientere Verwaltungsgerichtsbarkeit:** Im Verwaltungsrecht – besonders bei
40 asyl- und ausländerrechtlichen Verfahren – sind die Verfahrensdauern erheblich
41 zu reduzieren. Dies gilt auch im Hinblick auf die Herausforderungen, welche die
42 Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems mit sich bringen werden.
43 Hierfür braucht es ebenfalls mehr Personal, aber auch strukturelle und digitale
44 Verbesserungen, um Rückstaus abzubauen und Entscheidungen zügig herbeizuführen.
45 Zu prüfen ist daher, ob eine fachliche Konzentration von ausländerrechtlichen
46 und asylrechtlichen Verfahren an einem Gerichtsstandort – nach rheinlandpfälzer
47 Vorbild – zielführend sein könnte.

Begründung

Die sächsische Justiz steht unter enormem Druck. Verfahren dauern oft zu lange, Urteile lassen auf sich warten, und der Personalmangel zieht sich durch alle Ebenen – von der Staatsanwaltschaft über die Gerichte bis hin zum Justizvollzug. Dies ist eine Folge des demografischen Wandels beim Personal, der sich in den nächsten Jahren noch verstärken wird. Das gilt nicht nur für Richter und Staatsanwälte: Nicht verkannt werden darf, dass alle Laufbahnen der Justiz - einfacher, mittlerer, gehobener und höherer Dienst - erforderlich sind, um einen reibungslosen Ablauf der Verfahren bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten und in den Justizvollzugsanstalten sicherzustellen. Ohne eine rechtzeitige und sachgerechte Verstärkung der personellen und strukturellen Ressourcen droht angesichts der Ruhestandseintritte bei gleichzeitiger Aufgabenzunahme ein Voranschreiten des Vertrauensverlusts in die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats.

Im Bereich des mittleren Justizdienstes werden an den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowohl Beamtinnen und Beamte als auch Tarifbeschäftigte eingesetzt. Die bevorstehende Ruhestandswelle und die Arbeitsmarktlage haben zu einer Konkurrenzsituation in der Personalsuche geführt. Um in diesem Wettbewerb – insbesondere unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des BAG zur tarifgerechten Eingruppierung der Beschäftigten sowie der gestiegenen Anforderungen an die gestiegenen Aufgaben infolge der Implementierung der eAkte – mithalten zu können, ist die Anhebung der Eingangs-/Endämter im mittleren Dienst zwingend zu erwägen.

Der EuGH hat Kriterien zur Abgrenzung zwischen Arbeits- und Ruhezeit aufgestellt. Hiervon ausgehend ist zu prüfen, ob die Fälle der richterlichen und staatsanwaltlichen Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit zu bewerten sind. In Bayern erhalten Staatsanwältinnen und Staatsanwälte seit dem Urteil des VG Augsburg (Az. 93 Au 2 K 22.1324) für den sog. Jour-Dienst eine Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten. Eine starke Justiz bietet Sicherheit, Rechtsklarheit und Verlässlichkeit – zentrale Grundlagen für unser demokratisches Zusammenleben. Es ist unsere Verantwortung, die Justiz des Freistaates Sachsen für die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft fit zu machen. Dazu bedarf es in der sich verschärfenden Konkurrenz der Länder um Personal geeigneter Maßnahmen, um den Standort Sachsen attraktiver zu machen.

Die SPD verkennt nicht, dass die Staatsregierung im Anschluss an einen „Asylgipfel“ des SMJus am 10. März 2025 bereits Schritte beschlossen hat, die Verfahren im Asyl- und Ausländerrecht zu beschleunigen. Das ist richtig so, denn es beseitigt die großen Unsicherheiten, die für die Betroffenen wie für die Öffentlichkeit durch jahrelange Verfahren entstehen und ermöglicht zielführende Maßnahmen der

Integration für alle, die integriert werden sollen und wollen. Es schafft auch Rechtsklarheit für diejenigen, die keinen Aufenthaltstitel erhalten. Die Bildung von Kammern für Ausländer- und Asylrecht, die personelle Verstärkung und die Nutzung einer zentralen Datenbank sind vernünftige und rechtsstaatliche Mittel, um die Verfahren zu beschleunigen.

Zusätzlich sollte die Konzentration von ausländer- und asylrechtlichen Verfahren an einem verwaltungsgerichtlichen Standort geprüft werden. Es gibt ein Best-Practice-Vorbild: Bundesweit ist Rheinland-Pfalz mit einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von drei Monaten führend. Dies ist darauf zurückzuführen, dass am Verwaltungsgericht Trier gesonderte Kammern für ausländer- und asylrechtliche Verfahren gebildet wurden, was zu einer hohen Spezialisierung der dortigen Bediensteten führt.

Am Beispiel des Ausländer- und Asylrechts wird aber nur deutlich, welche Defizite in der personellen und sachlichen Ausstattung der Justiz bestehen und welcher dringender Handlungsbedarf besteht, will man das Vertrauen in den Rechtsstaat erhalten.

Antrag DGR 4: Fair heißt: Null Toleranz für Sexismus!

Laufende Nummer: 37

Antragsteller*in:	SPD Frauen Sachsen
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	5

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im*
2 *Sächsischen Landtag sowie den Gewerkschaftsrat der SPD Sachsen weiterleiten:*
- 3 Sexuelle Übergriffe sind kein Kavaliersdelikt. Diskriminierung am Arbeitsplatz darf
4 kein Normalfall bleiben. Es ist unsere Aufgabe, Betroffene vor sexualisierter Gewalt
5 und sexueller Belästigung zu schützen und im Falle von Übergriffen zur Seite zu
6 stehen. Solche Vorfälle häufen sich insbesondere am Arbeitsplatz. Wir fordern klare
7 Regelungen, beispielsweise in Form von Betriebsvereinbarungen, und ein einheitliches
8 Vorgehen, unabhängig davon, ob die Täter:innen Kolleg:innen oder Chef:innen sind. Die
9 SPD-Fraktion wird dazu aufgefordert, über das Thema mit Arbeitgeber- und
10 Arbeitnehmervertreter:innen ins Gespräch zu kommen und gemeinsam an Lösungen zu
11 arbeiten. Zudem soll sie sich für eine landesweite Kampagne gegen Sexismus am
12 Arbeitsplatz einsetzen. Vorbild kann hierfür das ostsächsische Projekt „Frauen
13 bauen“ sein.

Begründung

Sexuelle Übergriffe, vom schlüpfrigen Kommentar bis zur Vergewaltigung, sind immer noch Alltag in Betrieben. Wenige Übergriffe werden angezeigt, die Dunkelziffer ist hoch, und Täter:innen werden selten bestraft. Dabei sind Unternehmen gesetzlich verpflichtet, dagegen vorzugehen (§12 ff, AGG) – nur wird das bisher viel zu selten auch umgesetzt. Viele Betroffene trauen sich nicht, gegen Übergriffe und Diskriminierung anzugehen. Sie müssen endlich gestärkt und die Täter:innen konsequent verfolgt und bestraft werden. Wichtig ist dafür, dass die Betroffenen auf ein Umfeld im Unternehmen treffen, welches ihnen eine zuverlässige Vertrauensbasis gibt und ihnen mit Fairness und Empathie begegnet. Sie müssen wahr- und ernstgenommen werden. Nur so werden Vorfälle zur Sprache gebracht. Für den Umgang mit Vorfällen muss es eine verständliche Betriebsvereinbarung geben. Eine solche Betriebsvereinbarung sensibilisiert im Betrieb und dient mit ihren klaren Regelungen auch der Prävention. Zudem muss öffentlich dafür sensibilisiert werden.

Antrag DGR 5: Catcalling als Straftatbestand anerkennen

Laufende Nummer: 38

Antragsteller*in:	SPD Frauen Sachsen
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	5

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den Bundesparteitag der*
2 *SPD sowie die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag weiterleiten:*

3 Sexualisierte Sprüche, obszöne Gesten oder andere Formen sexueller Belästigung ohne
4 Körperkontakt im öffentlichen Raum - sogenanntes „Catcalling“ - sind kein „nicht-so-
5 gemeinter-Scherz“, sondern mindestens eine Respektlosigkeit und viele Menschen
6 verspüren dadurch Scham oder Angst. Denn den Sprüchen können Taten folgen. Betroffen
7 sind fast ausschließlich weiblich gelesene Personen und Menschen aus der LGBTQ+-
8 Community.

9 Um den respektvollen und angstfreien Umgang zu schützen und solche Taten künftig auch
10 als sozial inakzeptabel zu bewerten, wird ein neuer Tatbestand der verbalen und
11 nonverbalen sexuellen Belästigung als neuer Absatz 1 in § 184j StGB geschaffen,
12 dessen Wortlaut sich an den Gesetzentwurf des Landes Niedersachsen vom 24.10.2024 (BR
13 Drs 519/24) anlehnen soll.

Begründung

Nach bisheriger Rechtslage und bundesgerichtlicher Entscheidung (Beschluss vom 2. November 2017 – 2 StR 415/17) unterfällt ein solches Verhalten weder der Strafbarkeit gemäß § 185 StGB noch (bei entsprechendem Alter der betroffenen Person) noch § 176a Absatz 1 Nummer 3 StGB (§ 176 Absatz 4 Nummer 4 Variante 4 StGB a.F.). Auch den Ordnungswidrigkeitstatbeständen der §§ 118 und 119 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) unterfällt die nichtkörperliche sexuelle Belästigung in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle nicht. Dies liefert die Betroffenen solchen Taten nahezu schutzlos aus.

Angelehnt an den Gesetzentwurf des Landes Niedersachsen vom 24. Oktober 2024 (BR Drs 519/24) soll mit diesem neuen Straftatbestand die im deutschen Strafrecht bestehende Strafbarkeitslücke geschlossen werden. Der Wortlaut des Gesetzentwurfs lautet wie folgt:

„Wer eine andere Person in sexuell bestimmter Weise verbal oder nonverbal erheblich belästigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wenn nicht die Tat in anderen Vorschriften dieses Abschnitts mit schwererer Strafe bedroht ist.“

Sexuell belästigende Äußerungen und damit vergleichbare nonverbale Verhaltensweisen sollen nunmehr auch dann unter Strafe gestellt werden, wenn die objektiven und subjektiven Voraussetzungen eines Ehrschutzdelikts (§§ 185ff. StGB) nicht erfüllt sind.

Als Sozialdemokrat:innen wissen wir zugleich, dass Straftatbestände allein nicht die Lösung sind und auch wenn wir jede noch so alltägliche Form des Sexismus entschieden bekämpfen wollen, muss die Funktion

des Strafrechts als schärfstes Schwert des Staates Berücksichtigung finden, daher soll für die konkrete Ausgestaltung der genannte Gesetzentwurf die Anlehnung sein (<https://dserver.bundestag.de/brd/2024/0519-24.pdf>).

Antrag DGR 6: Keine Gesundheitsdaten für automatisierte polizeiliche Datenanalysen

Laufende Nummer: 49

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	5

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD-Mitglieder im Sächsischen
- 2 Landtag, der Sächsischen Staatsregierung und im Deutschen Bundestag weiterleiten:
- 3 1. Die Sächsische SPD widersetzt sich auf allen verfügbaren Ebenen der Nutzung von
- 4 Gesundheitsdaten insbesondere aus der elektronischen Patientenakte (ePA) im
- 5 Rahmen präventiver und repressiver polizeilicher Maßnahmen und Ermittlungen.
- 6 2. Sollte eine Nutzung von Gesundheitsdaten für o. g. Analysen nicht gesetzlich
- 7 absolut verboten sein (auch nicht mit Richtervorbehalt), fordern wir die
- 8 Sächsische SPD und alle ihre Vertreterinnen und Vertreter auf allen Ebenen auf,
- 9 öffentlich gegen eine Nutzung der ePA zu werben, bis ein absolutes gesetzliches
- 10 Verbot in Kraft getreten ist.

Begründung

Gesundheitsdaten sind besondere Kategorien personenbezogener Daten. Ihre Verarbeitung ist gemäß Artikel 9 Absatz 1 DSGVO grundsätzlich verboten, es sei denn, es liegt eine Befugnis nach Artikel 9 Absatz 2 DSGVO vor. Hier kommt entweder eine gesetzliche Befugnis, der Behandlungsvertrag oder die Einwilligung der Betroffenen in Betracht.

Rechtlich nicht erlaubt ist eine Auswertung dieser Daten für polizeiliche Maßnahmen. Jedoch erleben wir bereits jetzt Forderungen, von z.B. CDU- Generalsekretär Carsten Linnemann nach einem Register für psychisch kranke Menschen zur Rasterfandung nach Extremisten. Auch der Bundesrat weist explizit darauf hin, dass "in der jüngsten Vergangenheit oftmals Personen mit psychischen Auffälligkeiten als Täter von Gewalttaten in Erscheinung getreten sind. Um solche schweren Straftaten besser erkennen und erfassen zu können, müssen personenbezogene Verhaltensmuster und Risiken rechtzeitig festgestellt, analysiert und bewertet werden". Ein solches Register würde jedoch der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde zufolge die Stigmatisierung psychischer Erkrankungen befördern und die Chancen auf wirksame Behandlungen senken. Außerdem wäre es möglich, in Bund und Ländern mit dieser Softwareprognosen über Menschen zu erstellen, die auf nicht nachvollziehbaren Algorithmen basieren.

Die bereits in mehreren Bundesländern im Einsatz befindliche Analysesoftware Vera des US- Anbieters Palantir wird darüber hinaus in den USA aktuell zur Migrationsabwehr genutzt. In mehreren Fällen hat die Software offenbar bereits zur Abschiebung von Personen ohne erkennbare Vorstrafe oder Gefährdungspotenzial geführt.

Aktuelle Presseberichte des Fachportals www.golem.de vom 24.03.2025:

<https://www.golem.de/news/bundesratsbeschluss-analysesoftware-der-polizei-soll-gesundheitsdaten-auswerten-2503-194605.html>

und von Netzpolitik.org vom 17.04.2025:

<https://netzpolitik.org/2025/us-analysesoftware-palantir-macht-polizei-und-militaer->

[politisch/](#)

Antrag DGR 7: Vertrauen aufbauen, Versöhnung ermöglichen - Runde Tische in ganz Sachsen schaffen

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	KV Meißen
Sachgebiet:	DGR - Demokratie, Gleichstellung und Recht
Antragsblock:	5

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 Wir fordern unsere Mitglieder in der Sächsischen Staatsregierung auf, in Umsetzung
3 des Koalitionsvertrages in ganz Sachsen Runde Tische zu initiieren. Diese Runden
4 Tische sollen zum einen ein aktives Beteiligungsinstrument sein, mit dem sich
5 Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ideen und Vorschlägen an die Staatsregierung wenden
6 und andererseits Initiativen und Vorhaben der Staatsregierung und der Koalition mit
7 den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort diskutiert werden können.

8 Zum anderen können auch die Runden Tische zu Orten der Versöhnung werden, an denen
9 hochstrittige Themen wie das staatliche Handeln in Corona-Zeiten oder Krieg und
10 Frieden so besprochen werden können, dass ein gegenseitiges Verständnis entstehen
11 kann. Runde Tische leben vom Zuhören und reden.

12 Die Runden Tische sollen in regelmäßigen aber größeren Abständen in allen Landkreisen
13 und kreisfreien Städten stattfinden. Es muss dabei darauf geachtet werden, dass vor
14 allem „einfache“ Bürgerinnen und Bürger, z.B. über Telefonbuchverfahren, und weniger
15 Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen, Vereinen und Verbänden eingeladen
16 werden.

17 Wir wollen Vertrauen wieder aufbauen, zur Versöhnung beitragen und wieder dazu
18 kommen, dass trotz oder wegen der großen Meinungsunterschiede in unserem Land wieder
19 miteinander gesprochen wird.

Begründung

Die Stimmung in unserem Land ist schlecht. Immer mehr Menschen wenden sich von demokratischen Parteien ab und populistischen oder extremen Parteien zu. Viele haben das Gefühl, es wurde in den letzten Jahren nicht Politik für sie sondern für andere gemacht. Nicht wenige sind von der Komplexität der politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen überfordert und nicht alle politischen Entscheidungen der letzten Jahre waren für die Mehrheit nachvollziehbar. Der Vertrauensverlust ist massiv.

Die letzten Wahlen haben gezeigt, dass immer mehr Menschen in Sachsen bereit sind, ihre eigenen Freiheitsrechte und Interessen einschränken zu lassen, in dem sie eine Partei wählen, die demokratische Mitbestimmung, Vielfalt und Fortschritt zurückdrehen wollen.

Gerade in Sachsen braucht es wieder Gesprächsebenen zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern, um Vertrauen wieder aufzubauen und zur Versöhnung beizutragen. Sich lediglich hinter seiner „richtigen“ Haltung zu „verstecken“ und lediglich gegen die politischen Ansätze der populistischen und extremen Parteien zu demonstrieren, erreicht bei den Wählerinnen und Wählern keine Veränderung. Wir müssen uns den Wählerinnen und Wählern zuwenden. Dazu muss wieder eine Gesprächsebene gefunden werden.

Runde Tische knüpfen an der Tradition der friedlichen Revolution an und damit an demokratischen Ermächtigung in der Wendezeit. Es braucht das gesellschaftliche Erfolgserlebnis in Sachsen, dass eine andere Art der Kommunikation und die aktive Beteiligung an politischen Entscheidungen Vertrauen in politisches Handeln und in demokratische Institutionen bringen kann.

Antrag KVV 1: Wohnungspolitik statt Wohnungsmarktpolitik

Laufende Nummer: 54

Antragsteller*in:	AG Jusos Sachsen
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	6

1 Der LPT der SPD Sachsen möge beschließen:

2

3 In der kapitalistischen Gesellschaft ist Wohnen zur Ware geworden. Anstatt als
4 grundlegendes Menschenrecht behandelt zu werden, unterliegt Wohnen den Zwängen der
5 Verwertungslogik. Das führt vor allem in Großstädten zu einer dramatischen
6 Verteuerung der Mieten. Diese Entwicklung ist auch in den sächsischen Großstädten,
7 insbesondere Leipzig und Dresden, deutlich zu spüren.

8 Leipzig, als Stadt mit der höchsten Mieter*innenquote in Europa, verzeichnete in den
9 letzten Jahren eine massive Preissteigerung bei den Angebotsmieten, also bei
10 Neuvermietungen. Dresden steht vor ähnlichen Herausforderungen. Diese Städte sind
11 geprägt vom Zuzug vieler Menschen, insbesondere Studierender, die häufig lange nach
12 bezahlbarem Wohnraum suchen müssen. Das bisherige Überangebot an Wohnungen, das die
13 Preise lange Zeit in Schach hielt, ist verschwunden, und die Mieten steigen scheinbar
14 unaufhaltsam weiter.

15 In Städten wie Berlin, München oder Stuttgart führten ähnliche Entwicklungen zu
16 sozialen Verwerfungen, die sich in Gentrifizierung und Verdrängung ausdrücken. Auch
17 das beobachten wir in Städten in Sachsen.

18 Zusätzlich sorgt ein angespannter Wohnungsmarkt für mehr Menschen, die in die
19 Wohnungslosigkeit oder gar Obdachlosigkeit fallen. Gerade Familien in prekären
20 Verhältnissen und Jugendliche, die ohnehin schon prekär leben und ggf. aus ihrem
21 Elternhaus ausziehen sind besonders davon betroffen. Um eine ähnliche Entwicklung
22 hier zu stoppen, müssen wir uns von der marktgesteuerten Wohnungsmarktpolitik
23 abwenden und eine Politik verfolgen, die das Menschenrecht auf Wohnen in den
24 Mittelpunkt stellt.

25 Ein Blick nach Wien zeigt, dass eine andere Politik möglich ist. Das Rote Wien (Zeit
26 von 1919 bis 1934 als die Sozialdemokratie mit absoluter Mehrheit regierte) zeigt,
27 dass das konsequente Investieren in kommunalen Wohnraum auch 100 Jahre später noch
28 effektiv ist. Die Stadt Wien beweist durch ihre kommunale Wohnungsverwaltung „Wiener
29 Wohnen“, dass bezahlbarer Wohnraum für alle gewährleistet werden kann. Infolge dieser
30 Politik zählt Wien zu den lebenswertesten Städten der Welt.

31 Außerdem wollen wir eine Wohnungspolitik die die Bedürfnisse der Menschen in den
32 Vordergrund rückt. Unser Ziel ist, dass jede*r die Möglichkeit hat, dort zu wohnen,
33 wo es am besten zum eigenen Leben passt. Und das entscheiden die Menschen am besten
34 selbst. Der Zugang zu Infrastruktur muss überall gesichert sein.

35 Der Explosion der Mietpreise wollen wir eine radikale, linke Wohnungspolitik
36 entgegenstellen, bevor es zu spät ist. Wir blicken in viele andere Städte, wo
37 ähnliche Antworten auf ähnliche Probleme gefunden werden wollen. In Berlin setzte

38 sich 2021 der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ zwar durch, wurde
39 aber von der SPD in Regierungsverantwortung vollständig ignoriert. Wir sind deshalb
40 umso entschlossener, die Preisentwicklung in unseren Großstädten aufzuhalten.

41 Forderungen:

42 1. Einführung einer kommunalen Wohnungsverwaltung nach Wiener Vorbild in allen
43 sächsischen Städten ab 100.000 Einwohner*innen:

44 • Der Freistaat Sachsen soll Städte ab 100.000 Einwohner*innen verpflichten, eine
45 kommunale Dienststelle ähnlich der „Wiener Wohnen“ einzurichten. Diese
46 Institution soll dafür sorgen, dass alle Bürger*innen Zugang zu kostengünstigem
47 Wohnraum haben, unabhängig von ihrem Einkommen. Diese Dienststellen dienen
48 gleichzeitig auch als Anlaufstelle für Menschen, denen ein Wohnungsverlust
49 droht.

50 2. Rückführung von 50 % der Wohnungen in Städten ab 50.000 Einwohner*innen
51 bis 2035 in kommunale Hand:

52 • Um langfristig bezahlbaren Wohnraum zu sichern, soll bis 2035 mindestens die
53 Hälfte des Wohnungsbestandes in Städten ab 50.000 Einwohner*innen in kommunales
54 Eigentum überführt werden. Dies kann durch den Erwerb, die Rückabwicklung von
55 Privatisierungen oder Enteignungen von leerstehenden oder spekulativ gehaltenen
56 Immobilien erfolgen. Hierfür muss der Freistaat die Kommunen entsprechend
57 großzügig finanziell unterstützen.

58 3. Zerschlagung von rechtsradikalen Immobilienbesitzer*innen

59 • Ein besonderer Fokus soll dabei auf der Rekommunalisierung von Immobilien
60 liegen, die sich in rechtsradikalen Netzwerken befinden. Dadurch soll
61 gewährleistet werden, dass sich keine faschistischen Netzwerke in unseren
62 Kommunen niederlassen und zu starken Einfluss auf diese gelangen, wie es bspw.
63 in Jamel in Mecklenburg-Vorpommern der Fall ist.

64 4. Förderung von Neubau und Sanierung unter Berücksichtigung sozialer und
65 ökologischer Standards:

66 • Der Freistaat Sachsen soll Förderprogramme auflegen, die den sozialen
67 Wohnungsbau und die Sanierung von Bestandsgebäuden nach ökologischen Standards
68 unterstützen. Dabei ist sicherzustellen, dass sowohl die Energieeffizienz als
69 auch die Bezahlbarkeit der Wohnungen im Fokus stehen. Die kommunalen
70 Wohnungsverwaltungen sollen hierbei eine zentrale Rolle einnehmen.

71 5. Milieuschutz gewährleisten:

72 • Der Freistaat Sachsen soll die Zusammensetzung der gebietsansässigen
73 Wohnbevölkerung schützen, indem höhere Hürden für Vermieter:innen gesetzt
74 werden, die aufgrund von Sanierung, Anbau von Balkonen oder Grundrissänderungen
75 des Wohngrundstückes den Mietpreis erhöhen wollen.

76 6. Stärkung der genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungswirtschaft:

77 • Sachsen muss die Gründung und den Ausbau von Wohnungsgenossenschaften und
78 ähnlichen gemeinwohlorientierten Institutionen aktiv unterstützen. Dafür sollen
79 u.a. steuerliche Erleichterungen und direkte finanzielle Hilfen bereitgestellt
80 werden. Ziel ist es, dass bis 2035 mindestens 30 % des gesamten
81 Wohnungsbestandes in Sachsen genossenschaftlich oder gemeinnützig verwaltet

82 werden. Zudem soll sich Sachsen auf Bundesebene für die Wiedereinführung einer
83 richtigen Wohnungsgemeinnützigkeit einsetzen.

84 7. Housing First durchsetzen

85 • Zu Wohnen als Grundrecht gehört auch die konsequente Bekämpfung von
86 Obdachlosigkeit. 2022 waren über 262.000 Menschen in Deutschland wohnungslos.
87 Dem muss entgegengetreten werden, indem wohnungslose Menschen mittels der
88 Dienststellen zur Vermittlung von Wohnungen eine Wohnung vermittelt bekommen.

89 8. Einbindung des Ordnungsamtes

90 • Um zu gewährleisten, dass obdachlose Menschen die nötige Hilfe bekommen, soll
91 das Ordnungsamt die nötige Hilfe leisten, dass obdachlose Menschen ein Termin
92 für eine Wohnungsvermittlung bekommen. Aus diesen Gründen muss das Ordnungsamt
93 darin geschult werden um einen respektvollen Umgang mit obdachlosen, sowie
94 suchtkranken Menschen an den Tag zu bringen.

95 9. Strategische Bodenpolitik zur Sicherung kommunalen Eigentums:

96 • Es ist eine strategische Bodenpolitik notwendig, die darauf abzielt, städtische
97 Grundstücke in kommunaler Hand zu halten oder dorthin zurückzuführen.
98 Bauprojekte sollen erst genehmigt werden, wenn die betreffenden Grundstücke in
99 kommunalem Besitz sind, um Spekulationen und überhöhte Bodenpreise zu
100 verhindern. Vorbilder wie die strategische Bodenpolitik der Stadt Ulm sollen
101 dabei als Leitfaden dienen.

102 Des Weiteren wollen wir mit Blick auf die Wohnungsnot vieler Menschen in Großstädten
103 dem Wohnungsnotstand entgegenzutreten. Während die SPD im Bund ihr Wahlversprechen mit
104 den 400.000 Neubauwohnungen nicht halten wird, wird die Notlage immer größer. In
105 Dresden werden bis 2028 über 4.500 Neubauwohnungen pro Jahr benötigt. Dabei würde die
106 Nutzung der knapp über 13.000 leerstehenden Wohnungen helfen, aber das Problem nicht
107 lösen. Ähnlich sieht das Problem in Leipzig aus. Konsequenzen aus dem Mangel an
108 Wohnraum sind unter anderem steigende Mietpreise und drohende Wohnungslosigkeit. Aus
109 diesem Grund müssen wir neue Ansätze nutzen, um die Wohnungspolitik effizienter zu
110 gestalten.

111 Forderungen:

112 1. Modulares Bauen in den Vordergrund rücken und fördern

113 • Modulares Bauen ist eine effiziente Möglichkeit, um Wohnungen zu gestalten,
114 indem Bauelemente von Wohnungen in Fabriken hergestellt und zusammen mit den
115 anderen Elementen vor Ort zusammenmontiert werden. Dadurch können wir schnell
116 der Wohnungsnot entgegenzutreten.

117 2. Aufstockung und Nachverdichtung von nicht bewohnten Wohnungen und Gebäuden. sowie 118 Sanierung von unbewohnten Wohnungen

119 • Durch Aufstockung und Nachverdichtung schafft man neuen Wohnraum, indem man
120 neuen Wohnraum erweitert. Da dies häufig mit der Sanierung von bspw.
121 Altbauwohnungen einhergeht, kann man das mit der Sanierung und Reaktivierung von
122 leerstehenden Wohnungen verbinden.

123 3. Lockerung des Denkmalschutzes

124 • Viele unbewohnte Gebäude können schlecht saniert werden, da es zu Problemen mit

125 dem Denkmalschutz kommt. Um aber zu gewährleisten, dass der Wohnraum genutzt
126 werden kann, muss der Denkmalschutz gelockert werden.

127 4. Förderung von Co-Housing Formen

128 • Co-Housing Modelle sorgen dafür, dass sich mehrere Familien
129 Wohnungsinfrastruktur wie bspw. Küchen und Gemeinschaftsräume teilen. Diese
130 Wohnungsform ist ressourceneffizient und bietet ggf. alleinstehenden und/oder
131 älteren Personen ein soziales Umfeld im eigenen Zuhause.

132 5. Durchsetzung eines bundesweiten Mietendeckels.

133 • Mit dem gekippten Mietendeckel in Berlin ist klar. Ein Mietendeckel ist möglich,
134 aber nur auf Bundesebene umsetzbar. Wir fordern die Durchsetzung eines
135 Mietendeckels für ganz Deutschland, damit Wohnen für jede*n keine Frage des
136 Geldes ist. Es dürfen keine Gewinne mit den Notlagen von Menschen gemacht
137 werden. Darum fordern wir eine Wohnungspolitik statt einer Wohnungsmarktpolitik

138 Darüber hinaus wollen wir als Jusos gewährleisten, dass die eigene Wohnung mehr als
139 ein Schlafplatz ist. Wir wollen eine gute Verkehrsverbindung gewährleisten, welche
140 jeder*m eine Anbindung an Supermarkt, Gesundheitsversorgung und Behörde bietet, aber
141 auch die Möglichkeit sich in ein soziales Gefüge zu integrieren. Die Anbindung zu
142 Freizeiteinrichtungen und Kultur ist ebenso zentral.

143 Forderungen:

144 1. ÖPNV-Netz in Städten ab 50.000 Einwohner bis 2035 stärken

145 • Ein engmaschiges ÖPNV-Netz nach dem Vorbild Zürichs, in allen sächsischen
146 Städten ab 50.000 Städten, mit einer 10-Minuten-Taktung einer Linie in allen
147 Stadtteilen, die in die Kernstadt führt.

148 2. Anbindung in jeder Gemeinde gewährleisten

149 • Umsetzung von flächendeckender Infrastruktural, sodass jede Gemeinde in Sachsen
150 eine Anbindung zu öffentlichen Verkehrsmitteln hat, die im 30-Minuten-Takt eine
151 Person bis zum nächsten Supermarkt, Krankenhaus und zur nächsten Apotheke und
152 Schule befördern können.

153 4. Anbindung zwischen kleineren und größeren Städten ausbauen

154 • Direktverbindungen im 30-Minuten-Takt in jeder Stadt ab 10.000 Einwohner, welche
155 eine Stadt mit mindestens 50.000 Einwohner*innen bedienen.

156 5. Digitalisierung der Infrastruktur

157 • Um die Machbarkeit zu gewährleisten, muss die nötige Technologie zur
158 Digitalisierung sowie des autonomen Fahrens von bspw. Bussen evaluiert und wenn
159 möglich implementiert werden.

160 Nur durch eine konsequente Abkehr von der Marktlogik hin zu einer sozial gerechten
161 Wohnungspolitik kann das Menschenrecht auf Wohnen in Sachsen gesichert werden. Die
162 Einführung kommunaler Wohnungsverwaltungen, die Rückführung von Wohnraum in
163 öffentliche Hand sowie die Förderung gemeinnütziger und genossenschaftlicher
164 Strukturen sind notwendige Schritte, um den aktuellen Entwicklungen in Sachsens
165 Städten entgegenzuwirken.

166 Zusätzlich wollen wir ermöglichen, dass alle ihren Supermarkt sowie alle wichtigen
167 Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen von ihrer Wohnung schnell und sicher erreichen

168 können. Denn der Wohnort darf niemanden exkludieren und keine gesellschaftliche
169 Benachteiligung zur Folge haben. Wir Jusos Sachsen fordern daher eine Landespolitik,
170 die das Wohnen nicht dem Markt überlässt, sondern aktiv gestaltet und den Wohnraum
171 als gemeinschaftliches Gut versteht.

Antrag KVV 2: Sitzgemeindeanteile der Kulturraummittel flexibilisieren

Laufende Nummer: 50

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	6

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen, die Landtagsfraktion aufzufordern, das
- 2 Sächsische Kulturraumgesetz dahingehend anzupassen, dass erforderliche
- 3 Sitzgemeindeanteile zukünftig auch durch die Zuwendungsempfänger der Kulturraummittel
- 4 selbst erbracht werden können.

Begründung

Aktuell erleben wir in mehreren Kommunen, dass etablierte und notwendige Strukturen vor allem in ländlichen Räumen die Förderung aus dem Kulturraum nicht annehmen können, da die kommunalen Gremien die Freigabe der Eigenmittel verweigern. Gründe hierfür sind zum einen eine starke Dominanz bestimmter politischer Richtungen in den Kommunalparlamenten, die so Einfluss auf eine vielfältige und diverse Kulturlandschaft nehmen. Ein anderer wichtiger Grund ist die angespannte Haushaltslage der Kommunen. Der Ersatz schwindender kommunale Mittel sollte durch ergänzendes privates Engagement ausgeglichen werden können.

Antrag KVW 3: Antrag für bezahlbare Führerscheine für alle – Mobilität darf kein Luxus sein

Laufende Nummer: 32

Antragsteller*in:	KV Zwickau
Sachgebiet:	KVW - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	6

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für*
2 *eine deutliche finanzielle Entlastung beim Erwerb des Führerscheins einzusetzen.*
- 3 Dazu sollen insbesondere Modelle geprüft werden, bei denen junge Menschen,
4 Auszubildende, Studierende und Menschen mit geringem Einkommen durch staatliche
5 Zuschüsse oder zinslose Kredite beim Erwerb des Führerscheins unterstützt werden.
- 6 1. Mobilität als Grundvoraussetzung für gesellschaftliche TeilhabeIn vielen
7 ländlichen Regionen Sachsens. Insbesondere im Landkreis Zwickau sind Menschen
8 auf ein Auto angewiesen, da der öffentliche Nahverkehr oft unzureichend
9 ausgebaut ist. Ein Führerschein ermöglicht den Zugang zu Bildung, Arbeit und
10 sozialem Leben.
- 11 2. Hohe Kosten als Barriere für junge Menschen und GeringverdienendeEin
12 Führerschein kostet mittlerweile zwischen 2.500 und 4.000 Euro. Viele junge
13 Menschen, insbesondere Auszubildende und Studierende, können sich diese Summe
14 kaum leisten. Auch Menschen mit geringem Einkommen stehen vor einer finanziellen
15 Hürde, die ihre beruflichen Chancen einschränkt.
- 16 3. Führerschein als Schlüssel für den ArbeitsmarktViele Berufe, insbesondere im
17 Handwerk, in der Pflege oder in der Logistik, setzen einen Führerschein voraus.
18 Ohne Unterstützung verlieren Jugendliche und Arbeitssuchende wertvolle
19 Beschäftigungsmöglichkeiten.
- 20 4. Erfolgreiche Modelle aus anderen LändernIn Österreich gibt es bereits Zuschüsse
21 für junge Menschen, um den Führerschein zu erwerben. In Deutschland gibt es
22 Pilotprojekte mit staatlichen Darlehen für Berufsschüler. Diese Ansätze sollten
23 auch in Sachsen geprüft und ausgebaut werden.
- 24 5. Entlastung für FamilienViele Eltern müssen die Kosten für den Führerschein ihrer
25 Kinder mittragen, was angesichts steigender Lebenshaltungskosten eine enorme
26 Belastung darstellt. Ein staatliches Unterstützungsmodell würde Familien
27 finanziell entlasten.
- 28 6. Förderung durch BildungsprogrammeDer Erwerb des Führerscheins sollte in
29 bestehende Bildungsprogramme integriert werden. Beispielsweise durch
30 Kooperationen mit Berufsschulen und Fahrschulen, sodass junge Menschen den
31 Führerschein mit ihrer Ausbildung verknüpfen können.

Forderungen:

- 32 1. Einführung eines staatlichen Förderprogramms für bezahlbare Führerscheine,
33 insbesondere für junge Menschen, Auszubildende, Studierende und Geringverdiener.
34

- 35 2. Prüfung von zinslosen Krediten oder Zuschüssen für den Führerscheinerwerb, um
36 finanzielle Hürden abzubauen.
- 37 3. Berücksichtigung des Führerscheinerwerbs in bestehenden Bildungs- und
38 Qualifizierungsprogrammen.
- 39 4. Prüfung von Kooperationen mit Fahrschulen und Unternehmen, um vergünstigte
40 Angebote für Führerscheinausbildungen zu schaffen.
- 41 5. Einbindung der kommunalen Ebene, um regionale Fördermodelle zu entwickeln, die
42 sich an den Bedürfnissen des ländlichen Raums orientieren.
- 43 6. Wir erkennen an, dass der Individualverkehr durch den ÖPNV einzudämmen ist,
44 zugleich aber der ländliche Raum noch Nachholbedarf hat und bis dahin der Erwerb
45 eines Führerscheins die einzige Lösung ist.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag KVV 4: Der Weg ist das Ziel – der Führerschein der Zukunft für alle

Laufende Nummer: 63

Antragsteller*in:	AG Jusos Sachsen
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	6

- 1 Der LPT der SPD Sachsen möge beschließen:
- 2 Der Führerschein bedeutet für viele junge Menschen, vor allem im ländlichen Raum,
3 eines – Freiheit. Diese Freiheit wird auf vielfältige Weise gestützt.
- 4 Viele Jugendliche warten Monate, in extremen Fällen sogar Jahre auf einen freien
5 Platz in der Fahrschule. Wenn jedoch keine regelmäßigen Fahrstunden stattfinden
6 können, geht nahezu sämtlicher bisher erreichter Fortschritt wieder verloren und muss
7 neu aufgearbeitet werden, was zudem finanziell kaum zu stemmen ist. Der Führerschein
8 wird immer teurer, die Plätze immer seltener und die Durchfallquote schnellst
9 exponentiell nach oben.
- 10 Der Führerschein bedeutet für viele junge Menschen eines – Freiheit. Diese Freiheit
11 wird auf vielfältige Weise gestützt.
- 12 Wir sind der festen Überzeugung: Fahrschule muss zukunftsfähig werden – bezahlbar,
13 klimaneutral und für alle zugänglich.
- 14 Gerade für den ländlichen Raum ist es entscheidend, als junger Mensch so schnell wie
15 möglich an einen Führerschein zu kommen – dies bedeutet Teilhabe an Kultur und dem
16 gesellschaftlichen Leben sowie eine Unterstützung für die ganze Familie.
- 17 Viele Jugendliche warten Monate, in extremen Fällen sogar Jahre auf einen freien
18 Platz in der Fahrschule. Wenn jedoch keine regelmäßigen Fahrstunden stattfinden
19 können, geht nahezu sämtlicher bisher erreichter Fortschritt wieder verloren und muss
20 neu aufgearbeitet werden, was zudem finanziell kaum zu stemmen ist. Der Führerschein
21 wird immer teurer, die Plätze immer seltener und die Durchfallquote schnellst
22 exponentiell nach oben.
- 23 Wir sind der festen Überzeugung: Fahrschule muss zukunftsfähig werden – bezahlbar,
24 klimaneutral und für alle zugänglich.
- 25 Klimaneutral zum Führerschein
- 26 Der Individualverkehr wird auch in Zukunft eine Rolle spielen. Besonders im
27 ländlichen Raum ist der völlige Verzicht auf Individualverkehr und die reine Nutzung
28 des ÖPNV in ferner Zukunft. Aber auch für Konzepte des Car-Sharings benötigt es einen
29 Führerschein. Handwerksunternehmen, Pflegedienste, Reinigungsfirmen und Weiteres sind
30 auf Fachkräfte mit Führerschein angewiesen. Der Führerschein der Klasse B ist
31 Voraussetzung für die weiterführenden Führerscheine: LKW, Bus. Fahrschulen werden
32 daher auch nach dem Verbrenner-Aus für den Individualverkehr, Rettungsdienste und dem
33 ÖPNV ausbilden.
- 34 Als erster Kontaktpunkt für junge Menschen als Fahrer:in müssen Fahrschulen Vorbild
35 für Klimaneutralität sein.

36 Wir fordern daher:

37 - Fahrschulen müssen bei der Anschaffung von E-Autos finanziell unterstützt werden.
38 Möglich wäre hier zum Beispiel der Erlass der Umsatzsteuer vom Kauf und Umbau von E-
39 Autos, die als Fahrschulauto genutzt werden.

40 - Fahrschulen werden bei der Anschaffung von Ladesäulen und weiteren Möglichkeiten
41 der Ladung finanziell unterstützt. Auch bei der Installation von Solaranlagen und
42 anderen erneuerbaren Energien werden Fahrschulen finanziell unterstützt.

43 Führerschein bezahlbar machen

44 Der Führerschein ist für viele Menschen mittlerweile unbezahlbar. Einen Führerschein
45 kann sich nur noch leisten, wer aus einem finanziell starken Haushalt kommt. Die
46 Preise für den Führerschein benachteiligen Menschen aus finanziell schwachen
47 Familien. Sie benachteiligen viele Menschen somit auch bei der Teilhabe an Kunst,
48 Kultur, Politik und vielen anderen gesellschaftlichen Ereignissen.

49 Um die Preise für Führerscheine zu deckeln, fordern wir:

50 - eine Führerscheinpreisbremse im Sinne einer Mietpreisbremse

51 - komplett Übernahme der Kosten des Theorie Teils inklusive Lernematerialien

52 - Beschäftigte können von der Agentur für Arbeit zusammen mit dem/der Arbeitgeber:in
53 im Rahmen der „Mitarbeiterqualifizierung“ während der Arbeitszeit qualifiziert
54 werden. Z.B. kann der „LKW“- Führerschein erworben werden. Der Führerschein der
55 Klasse B ist bisher nicht möglich. Wie oben genannt ist aber auch Dieser eine
56 wichtige kostenintensive Qualifizierung für die Arbeitswelt. Als Abstufung zu den C-
57 und D- Klassen, könnte für die B- Klasse gelten, dass sich die Förderung lediglich
58 auf die Ausbildungskosten erstreckt.

59 Wir fordern die Erweiterung des Angebots wie oben beschrieben. Um Azubis bestmöglich
60 zu unterstützen, soll dieses Angebot bereits nach der Unterzeichnung des
61 Ausbildungsvertrages und damit vor Beginn der Ausbildung bestehen.

62 Neue Fahrschulen braucht das Land

63 Ein Grund für die steigenden Kosten und langen Wartezeiten ist der Rückgang von
64 Fahrschulen und Fahrlehrer:innen.

65 Wir fordern daher:

66 - Ähnlich wie bei Volkshochschulen werden Kommunen bei der Gründung von
67 Gesellschaften mit dem Ziel des Führerscheinenerwerbs unterstützt. Eine Erweiterung des
68 Angebotes der Volkshochschulen oder anderer kommunaler/staatlicher Bildungsträger ist
69 ebenso möglich. Der Betrieb von Fahrübungsplätzen soll durch Kommunen ermöglicht und
70 unterstützt werden.

71 - Unternehmensgründungen im Bereich der Fahrschulen müssen vorangetrieben und
72 unterstützt werden. Der Freistaat muss hierfür bestehende Netzwerke und
73 Beratungsangebote-, , sowie Gründungs- und Betriebsübernahmeförderer ausbauen.

74 - Spezielle Gründungs- und Betriebsübernahmeförderungen, wenn ein/e Fahrlehrer:in
75 sich im ländlichen Raum niederlässt.

76 Den Weg zur Fahrlehrer:in verbessern

77 Alle Forderungen können nur mit genügend Fahrlehrer:innen umgesetzt werden. Dafür

- 78 braucht es mehr Fahrlehrer:innen. Die Kosten der Ausbildung sind mit durchschnittlich
79 12.000€ sehr hoch.
- 80 Fahrlehrer stehen regelmäßig in der Kritik. Besonders junge Frauen leiden regelmäßig
81 unter der Willkür von Fahrlehrern.
- 82 Um den Weg zur Fahrlehrer:in zu verbessern, fordern wir:
- 83 - die aktuellen Durchfallquote von 40 % muss die Ausbildung sowie die Prüfung neu
84 evaluiert werden um bessere Erfolgchancen zu garantieren
 - 85 - Bei der Ausbildung muss ein Teil zur Sensibilisierung der angehenden
86 Fahrlehrer:innen eingebunden werden. Ziel ist es, dass das Fahrschulauto ein sicherer
87 Ort für Schüler:in und Lehrer:in ist.
 - 88 - Die Kosten der Fahrlehrer:innenausbildung müssen stärker durch die Arbeitsagenturen
89 und Jobcenter kofinanziert werden. Die Erlasse beim Aufstiegs BAföG müssen erhöht
90 werden, das unterstützt nicht nur Fahrlehrer:innen.
- 91
- 92 - Die Förderung von Innenraumkameras um Fahrstunden sicher zu machen
- 93 Der Führerschein als Lebensretter
- 94 Ohne Führerscheine haben wir keinen funktionierenden Katastrophenschutz und
95 Rettungswagen und Feuerwehren bleiben im Notfall aus. Der im Großteil ehrenamtlich
96 organisierte Katastrophenschutz ist auf Führerscheine angewiesen. Die notwendigen
97 Führerscheine werden größtenteils durch die Kommunen oder Träger des
98 Katastrophenschutzes bezahlt. Im Ehrenamt wartet man jedoch sehr lang auf die
99 notwendige Ausbildung – noch länger wartet man als Frau im Katastrophenschutz.
- 100 Wir fordern daher:
- 101 - Die komplette Finanzierung des notwendigen Führerscheins durch die Kommunen und
102 Träger des Katastrophenschutzes. Die Kommunen müssen dafür mit ausreichend Mitteln
103 ausgestattet werden.
 - 104 - Frauen im Ehrenamt sollen gezielt angesprochen werden, Ausbildungen zu nutzen. Eine
105 verlängerte Wartezeit auf zwingend notwendige Fahrschul Ausbildung für Frauen ist
106 sofort zu beenden.

Antrag KVV 5: Wenn Fuß auf dem Gas, muss Handy aus der Hand

Laufende Nummer: 13

Antragsteller*in:	OV Hoyerswerda und Umgebung
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	6

1 *Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:*

2

3 In Anbetracht des hohen Verkehrssicherheitsrisikos durch „Handy am Steuer“ und der
4 fortschreitenden Technik, z. B. durch eine spezielle Kamera namens Monocam, die
5 erkennt, ob Führende eines Kraftfahrzeuges während der Fahrt mit dem Handy
6 beschäftigt sind, soll der Landesparteitag beschließen und an den Bundesparteitag zur
7 weiteren Behandlung in der Bundesregierung weiterleiten, dass folgende Änderungen
8 (siehe Bußgeldtabelle „Handy am Steuer“) im zukünftigen Bußgeldkatalog zur Anwendung
9 kommen, welche dem Fahren mit Alkohol am Steuer entsprechen.

10

11 Bußgeldtabelle „Handy am Steuer“:

12 • Als Kraftfahrer das Handy am Steuer genutzt

13 • Bußgeld: 528,50 Euro

14 • Punkte: 2

15 • Fahrverbot: 1 Monat

• ... mit Gefährdung

16 • Bußgeld: 1.053,50 Euro

17 • Punkte: 2

18 • Fahrverbot: 3 Monat

19 • ... mit Sachbeschädigung

• Bußgeld: 1.578,50 Euro

20 • Punkte: 2

21 • Fahrverbot: 3 Monat

22

23

24

Begründung

Immer mehr Menschen lenken sich beim Autofahren mit dem Handy ab, obwohl sie am Steuer sitzen. So hat sich der Anteil an Autofahrerinnen und -fahrern, die das Smartphone beim Autofahren in die Hand nehmen, um eine Textnachricht zu schreiben oder zu lesen, zwischen 2016 und 2022 von 15 auf 24 Prozent um fast zwei Drittel erhöht, was zu einem mehr als 50 Prozent erhöhtem Unfallrisiko führt [1]. Diese Zahlen sind für alle Verkehrsteilnehmer mehr als besorgniserregend, dennoch ist „Handy am Steuer“ in Deutschland bisher ein Kavaliersdelikt.

Für die Benutzung eines Smartphones während des Führens eines Kraftfahrzeuges (ohne Gefährdung und Beschädigungen) fällt laut Bußgeldkatalog ein Punkt, kein Fahrverbot und 128,50 EUR Bußgeld an [2]. In Italien muss man für das gleiche Vergehen bis zu 1000,00 EUR Strafe bezahlen [3].

Wer den Fuß auf dem Gas hat, sollte unbedingt das Handy aus der Hand legen, um nicht vom Straßenverkehr abgelenkt zu sein. Schließlich weisen Unfallforscher seit Langem darauf hin, dass Ablenkung eine der Hauptunfallursachen ist [4]. Doch hier-zulande ist die Abschreckung durch zu geringe Bußgelder zu niedrig.

Quellen:

[1] https://www.allianz.com/de/mediencenter/news/studien/230301_Allianz-Moderne-Technik-lenkt-Fahrer-zu-stark-ab.html (05.03.2025; 20.12 Uhr)

[2] <https://www.bussgeldkatalog.org/handy/> (05.03.2025; 20.18 Uhr)

[3] <https://www.adac.de/news/verkehr-italien-bussgelder-teurer/> (05.03.2025; 20.20 Uhr)

[4] Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 23.02.2025, Seite 47

Antrag KVV 6: Die Erstellung von INSEK/INGEKO* standardisieren und vollständig aus Landesmitteln finanzieren

Laufende Nummer: 51

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	6

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen, die Landtagsfraktion aufzufordern, den von der
- 2 Fachstelle für integrierte Gemeindeentwicklung zur Verfügung gestellten
- 3 Handlungsleitfaden zu einem landesweit verbindlichen Standard der INSEK/INGEKO
- 4 Erstellung weiterzuentwickeln und gleichzeitig im Rahmen der Haushaltsplanung dafür
- 5 Sorge zu tragen, dass die INSEKO/INGEKO-Erstellungen, die auf der Basis dieses
- 6 Standards erfolgen, vollständig aus Landesmitteln finanziert werden.

Begründung

Das Vorhandensein eines INSEK/INGEKO ist Voraussetzung für die Inanspruchnahme diverser Fördermittel der unterschiedlichen politischen Ebenen. Gleichzeitig fällt es den finanzschwachen Kommunen schwer, die notwendigen Eigenmittel zur Erstellung aufzubringen, diese Konzepte laufend zu evaluieren und fortzuschreiben. Dies führt dann in der Folge zu einer weiteren Verschlechterung der finanziellen Lage der Kommunen, da sie beim Fehlen eines solchen Konzeptes keine Fördermittel nutzen können. Mit "Frag doch INGE!" hat das Staatsministerium für Infrastruktur und Landesentwicklung einen Handlungsleitfaden und ein Beratungsinstrument entwickelt, das einen Standard bilden kann, dessen Einhaltung für ausreichend Transparenz und Bürgerbeteiligung sorgt. Somit kann auch Beratungsleistung zur Erstellung solcher Konzepte effizienter eingekauft und transparenter bepreist werden.

* INSEK und INGEKO sind in Sachsen verwendete Begriffe für ein Integriertes Stadt- und Gemeindeentwicklungskonzept. Sie sind strategische Planungsdokumente, die die Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung von Städten und Gemeinden festlegen.

Antrag KVW 7: Antrag zur Kulturerhaltung im Landkreis Zwickau – Sicherung der Zukunft des Theaters Plauen-Zwickau

Laufende Nummer: 33

Antragsteller*in:	KV Zwickau
Sachgebiet:	KVW - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	6

1 Die SPD Sachsen setzt sich auf kommunaler, landes- und bundespolitischer Ebene
2 verstärkt für die nachhaltige Sicherung und Förderung kultureller Einrichtungen im
3 Landkreis Zwickau ein. Dies betrifft insbesondere das Theater Plauen-Zwickau, das
4 seit Jahren unter massiven finanziellen Engpässen leidet und akut in seinem Bestand
5 gefährdet ist.

6 Kultur ist kein Luxus, sondern essenzieller Bestandteil einer lebendigen
7 Gesellschaft. Sie bietet Raum für Bildung, Inspiration und Gemeinschaft. Gerade in
8 Zeiten gesellschaftlicher Herausforderungen. Dennoch sehen sich viele
9 Kultureinrichtungen, insbesondere in strukturschwachen Regionen, mit finanziellen
10 Kürzungen konfrontiert.

11 Das Theater Plauen-Zwickau als eine der wichtigsten Kulturinstitutionen der Region
12 ist in seiner Existenz bedroht. Bereits in den vergangenen Jahren wurde massiv
13 eingespart:

- 14 • Zusammenlegung von Personalstellen, wodurch künstlerische und technische Abläufe
15 erschwert wurden.
- 16 • Steigende Kosten für Energie und Personal, während die Fördermittel auf
17 gleichbleibendem Niveau stagnieren.
- 18 • Weniger Planungssicherheit, was zu Vorstellungsausfällen führt und langfristig
19 das Publikum vergrault.

20 Ein kultureller Kahlschlag hätte nicht nur Folgen für die Beschäftigten des Theaters,
21 sondern auch für die gesamte Region: Bildungseinrichtungen, lokale Wirtschaft und das
22 gesellschaftliche Leben insgesamt würden massiv darunter leiden.

23

24 Forderungen:

- 25 1. Finanzielle Absicherung: Die SPD fordert von der Stadt, dem Landkreis sowie dem
26 Freistaat Sachsen eine verlässliche Finanzierung des Theaters Plauen-Zwickau, um
27 dessen langfristigen Erhalt zu sichern.
- 28 2. Evaluierung des sächsischen Kulturraumgesetzes: Die SPD setzt sich für eine
29 Anpassung des Kulturraumgesetzes ein, um eine gerechtere und bedarfsgerechte
30 Verteilung von Fördermitteln zu erreichen.
- 31 3. Breite politische Unterstützung: Die SPD arbeitet aktiv mit anderen Akteuren aus
32 Kultur, Politik und Wirtschaft zusammen, um das Theater als unverzichtbaren
33 Bestandteil der Region zu erhalten.
- 34 4. Sensibilisierung der Öffentlichkeit: Die SPD wird sich in der Öffentlichkeit und
35 in politischen Gremien für den Erhalt der Kultur stark machen und dabei auch

36 Initiativen wie Bürgerpetitionen und Spendenaktionen unterstützen.

Begründung

Kultur darf nicht zum Opfer von Sparmaßnahmen werden. Wer an Kultur spart, spart an der Zukunft unserer Gesellschaft. Die SPD Sachsen muss ein starkes Zeichen setzen und sich klar für die langfristige Sicherung des Theaters Plauen-Zwickau und der gesamten Kulturlandschaft in der Region positionieren.

Antrag KVV 8: Null-EURO Ticket für Rentner im ÖPNV

Laufende Nummer: 5

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Sachgebiet:	KVV - Kommunales, Verkehr und Wohnen
Antragsblock:	6

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die Landtagsfraktion*
2 *weiterleiten:*

3 Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, dass die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel
4 mittels Null-Euro-Ticket kostenfrei möglich ist.

5

6

Begründung

Mit zunehmendem Alter ist es ratsam, vom eigenen Auto auf Bus und Bahn zu wechseln. Transportkosten zum Arzt mittels Fahrdienstes erstatten Krankenkassen nur für stationäre Behandlungen. Niedrige Renten setzen der Mobilität im Alter Grenzen. Hier kann das Null-Euro-Rentner-Ticket Abhilfe schaffen.

Antrag P 1: Zukunftsfähigkeit und Netzwerkstärkung der SPD-Ochsentour

Laufende Nummer: 12

Antragsteller*in:	OV Hoyerswerda und Umgebung
Sachgebiet:	P - Parteileben
Antragsblock:	7

1 *Der Landesparteitag möge beschließen und an den SPD-Landesvorstand Sachsen*
2 *weiterleiten:*

3

4 Wir bitten den SPD-Landesvorstand Sachsen um die Erledigung zweier Arbeitsaufträge:

5

6 1. Fortführung der SPD-Ochsentour ab 2026 nach konzeptioneller Überarbeitung anhand
7 mindestens folgender Prämissen:

- 8 • a) Zielgruppenansprache - Vielfalt und Inklusion
- 9 • b) Inhalte der Module - Praktische Anwendbarkeit
- 10 • c) Zeitrahmen und Veranstaltungsformate
- 11 • d) Anpassungsfähigkeit auf aktuelle politische Ereignisse
- 12 • e) Motivation und langfristige Bindung
- 13 • f) Finanzierbarkeit und Förderung

14

15 2. Durchführung eines SPD-Ochsentour-Alumnitreffens für alle Jahrgangsteilnehmenden
16 ab 2017 zum 10-jährigen Jubiläum im Jahr 2027. Mit den Zielen:

- 17 • a) Netzwerkaufbau und -pflege
- 18 • b) Förderung politischer Initiativen
- 19 • c) Mentoring und Unterstützung

20

21 **Zu 1.) Mögliche Fragestellungen für die konzeptionelle Überarbeitung sind:**

- 22 • *Welche zusätzlichen Maßnahmen könnten ergriffen werden, um eine breitere Gruppe*
23 *von Menschen zu erreichen, z. B. Menschen mit Migrationshintergrund oder*
24 *Menschen aus ländlichen Regionen? Wie können die genderspezifischen Ziele weiter*
25 *ausgebaut werden?*
- 26 • *Die bisherigen Formate setzen auf klassische Präsenzseminare. Sollten auch*
27 *hybride Modelle (z. B. Online-Formate oder Webinare) angeboten werden, um eine*
28 *breitere Zielgruppe anzusprechen?*
- 29 • *Sollten die Modulinhalte stärker auf digitale Kommunikation in den sozialen*
30 *Medien fokussiert werden? Wie können neue Technologien und Kommunikationsformen*
31 *berücksichtigt werden?*
- 32 • *Wie flexibel sollten die Seminarkonzepte sein, um auf aktuelle politische*

33 *Ereignisse zu reagieren?*

- 34 • *Wie können die Module interaktiver und praxisorientierter gestaltet werden? Zum*
35 *Beispiel "Krisenmanagement und Führung in schwierigen Zeiten". Welche neuen*
36 *Herausforderungen müssen die Führungskräfte in der SPD ansprechen? Wie kann*
37 *Mitgliederüberzeugung aus Ausbildungsthema aufgenommen werden?*
- 38 • *Welche externen Expert*innen könnten als Berater*innen oder Seminarleiter*innen*
39 *eingebunden werden?*
- 40 • *Wie kann ein kontinuierlicher Austausch zwischen den Teilnehmenden gefördert*
41 *werden? Wie kann der Erfolg der Teilnehmer*innen langfristig verfolgt werden?*
42 *Wie kann die langfristige Bindung der Teilnehmer*innen an die SPD gestärkt*
43 *werden?*

44

45 Zu 2.) Alumni-Treffen:

- 46 • *Eine stärkere Nachbetreuung oder der Aufbau von Karrierenetzwerken könnte*
47 *helfen, die Teilnehmerinnen auch nach dem Seminar in der SPD aktiv zu halten.*
- 48 • *Die Ergebnisse der Seminarteilnehmer*innen, wie etwa politische Engagements oder*
49 *der Einstieg in öffentliche Ämter, sollten erfasst und gefeiert werden, um die*
50 *Motivation für zukünftige Generationen zu erhöhen.*
- 51 • *Praktische Erfahrung in der Politik ist entscheidend. Eine Zusammenarbeit mit*
52 *aktiven Politikern in realen Projekten und Kampagnen soll Teil des Programms*
53 *werden.*

Begründung

Nach den anstrengenden Wahljahren 2024 und 2025 soll die interne Qualifizierungsreihe „Ochsentour“ der SPD Sachsen ab 2026 in die nächste Runde starten. Um Talente zu fördern, die mehr Verantwortung in der SPD zu übernehmen wollen, ein öffentliches Amt oder Mandat zu bekleiden wollen oder im professionellen politischen Umfeld arbeiten wollen. Die motiviert auch bereits „etablierte“ Genoss*innen zur Weiterbildung.

Die alten Modulthemen sind überarbeitungswürdig:

- MODUL 1: Kommunikationsmanagement:
Sicher auftreten; überzeugend argumentieren; Gremien und Gruppen erfolgreich leiten und moderieren (Rhetoriktraining, Präsentationstraining, Moderieren und Leiten, Wissensmanagement)
- MODUL 2: Medientraining
Interviews geben; das eigene Thema verfolgen; Umgang mit schwierigen Fragen.
- MODUL 3: Gesprächsführung und Verhandlungstraining
Gesprächshaltung; Gesprächstypen; Wahrnehmen und Zuhören; Gesprächsvorbereitung; mit Fragen steuern; Verhandlungstechniken.
- MODUL 4: Veränderungsmanagement / Strategieentwicklung
Was sind Veränderungsprozesse? Was ist Strategie? --> Einflussfaktoren, Spannungsfelder, Voraussetzungen, Werkzeuge.
- MODUL 5: Führungspersönlichkeit, Individuelle Persönlichkeit & Kompetenzentwicklung

Führungsleitbild, Führungsrollen, Selbstreflexion & Selbst-Coaching, Führungskompass, Networking,
Motivieren und Integrieren.

Antrag P 2: Einführung einer Regionalquote zur Besetzung des Landesvorstandes der SPD Sachsen

Laufende Nummer: 35

Antragsteller*in:	KV Erzgebirge, UB Chemnitz, KV Mittelsachsen, UB Vogtland
Sachgebiet:	P - Parteileben
Antragsblock:	7

- 1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge nachfolgende Ergänzung des Statuts der SPD*
2 *Sachsen beschließen:*
- 3 **Einführung eines Absatzes 3a in § 11 des Statuts des SPD-Landesverbandes Sachsen:**
- 4 „Bei der Besetzung des Landesvorstands ist darauf zu achten, dass jede Gliederung
5 gem. § 3 Abs. 2 mit mindestens einem stimmberechtigten Mitglied im Landesvorstand
6 vertreten ist, soweit es Kandidierende aus den jeweiligen Gliederungen gibt
7 (Regionalquote). Ist eine Gliederung nach den Regelungen der Wahlordnung der SPD
8 nicht mit mindestens einem stimmberechtigten Mitglied vertreten, bleibt ein
9 Beisitzer-Posten im Landesvorstand in dieser Wahlperiode unbesetzt. Die Regelungen
10 zur Quotierung gemäß § 11 Abs. 2 Organisationstatut der SPD bleiben davon unberührt.“

Begründung

Der Landesverband wird vom Landesvorstand geleitet. Der Landesvorstand besteht in der Regel aus 22 stimmberechtigten Mitgliedern:

- Landesvorsitzende/r (ein oder zwei Personen, bei zwei, davon mind. eine Frau)
- zwei stellv. Landesvorsitzende/r (davon mind. eine Frau)
- 17 Beisitzer/innen (§ 5 Abs. 1 des Statuts der SPD Sachsen).

Kandidierende aus den Gliederungen können sich für einen Sitz im Landesvorstand bewerben.

Wir haben engagierte Genossinnen und Genossen in allen Teilen Sachsens, die sich im ganz überwiegenden Teil der Fälle ehrenamtlich vor Ort für bessere Lebensbedingungen der Menschen unter Beachtung der sozialdemokratischen Grundsätze einsetzen. Damit die SPD Sachsen den Bezug zu den jeweiligen Problemen und Themen vor Ort nicht verliert, halten wir es für erforderlich, dass im Landesvorstand der SPD Sachsen aus jeder Gliederung unseres Landesverbandes (aktuell 13 Unterbezirke bzw. Kreis-/Stadtverbände) mindestens ein stimmberechtigtes Mitglied vertreten ist.

Dies würde dafür Sorge tragen, dass alle sächsischen Regionen innerparteilich in der SPD Sachsen Gehör finden und in Hinblick auf die Aufgabenvielfalt des Landesvorstandes für ihre jeweilige Region zur Willensbildung beitragen können. Auch Bezug nehmend auf die Organisation von Wahlkämpfen halten wir die Einführung einer sogenannten „Regionalquote“ im Landesvorstand für sinnvoll, da sich die Anforderungen an Wahlkampfarbeit regional massiv unterscheiden können. Dies sollte von Beginn an bei der Wahlkampfstrategie, die der Landesvorstand berät und beschließt, mitgedacht werden.

Aktuell wird es so gehandhabt, dass nicht vertretene Unterbezirke als beratende Mitglieder im Landesvorstand auf Beschluss hinzugezogen werden. Dies stellt zwar sicher, dass die Themen des Landesvorstandes auch die Gliederungen erreichen, die nicht stimmberechtigt vertreten sind. Es ermöglicht jedoch keine parteipolitische Teilhabe, da diese Gliederungen keine Entscheidungsbefugnis haben.

Um die Wahlbefugnisse der Delegierten des Landesparteitages nicht zu untergraben, wird vorgeschlagen, dass bei Nichtwahl von mindestens einem Kandidierenden einer Gliederung, dann nicht ein/e Kandidat/in als dennoch automatisch gewählt gilt, nur damit die Gliederung vertreten ist, sondern, dass anstatt dessen ein Beisitzer-Posten für die kommende Legislatur unbesetzt bleibt. Liegt aus einer Gliederung nur eine Bewerbung für eine der fünf Funktionsebenen (Vorsitz, Stellvertretung, Generalsekretär/in, Schatzmeister/in, Beisitzer/innen) vor, bleibt bei Nichtwahl trotzdem nur ein Beisitzer-Posten frei.

Antrag P 3: Parteistrukturen im ländlichen Raum sichtbar und wirksam machen

Laufende Nummer: 47

Antragsteller*in:	SPD-Kreisverband Leipzig
Sachgebiet:	P - Parteileben
Antragsblock:	7

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen, dass innerparteiliche Maßnahmen zur Stärkung
- 2 der SPD-Strukturen im ländlichen Raum entwickelt und umgesetzt werden. Dies
- 3 beinhaltet insbesondere eine verbesserte Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit in
- 4 ländlichen Regionen, insbesondere durch die Nutzung mobiler Bürgerbüros, eine
- 5 gezielte Unterstützung bei der Mitgliedergewinnung sowie den Aufbau ortsbezogener
- 6 Informations- und Veranstaltungsformate. Der Landesvorstand wird aufgefordert, noch
- 7 im Jahr 2025 ein Interessenbekundungsverfahren innerhalb der SPD Sachsen zu
- 8 initiieren, mit dem Ziel der Gründung einer Lenkungsgruppe Ländlicher Raum.

Begründung

Die SPD darf den ländlichen Raum nicht den populistischen Parteien überlassen. Gerade in mitgliederschwachen Regionen braucht es sichtbare Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie eine kontinuierliche Präsenz der Partei. Mitgliedschaft darf nicht an Stadtgrenzen Halt machen. Es gilt, gemeinsam mit den Ortsvereinen vor Ort zu entwickeln, was gebraucht wird, um Menschen für sozialdemokratische Politik zu begeistern – unabhängig von geografischen oder demografischen Voraussetzungen.

Antrag P 4: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf Landesebene professionalisieren

Laufende Nummer: 43

Antragsteller*in:	OV Leipzig-Mitte
Sachgebiet:	P - Parteileben
Antragsblock:	7

- 1 Der **Landesparteitag** der SPD Sachsen möge beschließen:
- 2 1) Die Vorbereitungen für das Superwahljahr 2029 beginnen schon heute. Der
3 Landesverband Sachsen wird dazu aufgerufen, die Öffentlichkeitsarbeit auf Landesebene
4 und in den Unterbezirken personell und finanziell in geeigneter Weise zu stärken, um
5 die Reichweite bis 2029 zu verdoppeln und eine schlagkräftige, kampagnenfähige
6 Struktur zu etablieren.
- 7 2) Mindestens 25% der jährlichen Einnahmen auf Landesebene sollen für professionelle
8 Öffentlichkeitsarbeit investiert werden. Darunter sind z.B. hauptamtliche Mitarbeiter
9 und externe Dienstleister im Bereich Grafikdesign, Text, Werbung und Beratung zu
10 verstehen.

Begründung

Wir verlieren. Von Jahr zu Jahr und von Wahl zu Wahl verlieren wir als SPD – wenn schon nicht immer Stimmen, dann doch zumindest Aufmerksamkeit. In einer Welt, die zunehmend populistischer wird, erreichen aktuell nur die lauten, schrillen, extremen Stimmen anderer Parteien noch potentielle Wählerinnen und Wähler außerhalb der eigenen Blase. Dagegen kommt die Stimme der Vernunft, des Ausgleichs und des Miteinanders alleine nicht mehr an.

Wir sind bemüht. Natürlich geben wir nicht kampflos auf, sondern versuchen mitzuhalten. Jedoch sind die Ressourcen im Ehrenamt begrenzt und nach den harten, zermürenden Wahlkämpfen der letzten Monate mit wenig Erfolgsmeldungen sind die Kräfte dafür erschöpft. Gleichzeitig wird es immer anspruchsvoller, gute Inhalte zu produzieren, die Reichweite generieren. Wir wollen gewinnen. Und dafür braucht es professionelle Unterstützung. Es braucht Menschen, die sich hauptamtlich um gute Öffentlichkeitsarbeit kümmern. Das muss uns etwas wert sein, denn ohne eine gute Vermarktung kann das beste Personal und der beste Inhalt nicht gewinnen. Wir werden gewinnen. Mit mehr Sichtbarkeit und Reichweite, mit frischen Ideen und hochwertiger Umsetzung. Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit sind eine Investition in Wahlerfolge der Zukunft.

Wir stellen jetzt die Weichen für ein erfolgreiches Superwahljahr 2029 in Sachsen.

Antrag AS 7 -ÄÄ1

Laufende Nummer: 65 • Änderungsantrag zu AS 7

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Sachgebiet:	AS - Arbeit und Soziales

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und über den SPD-Bundesparteitag*
2 *an die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag weiterleiten:*

3 Durch die Abwanderung von Millionen von Menschen aus der DDR in die BRD, entstand in
4 den 1960er Jahren ein großer Mangel an Arbeitskräften. Zwischen 1967 und 1986 wurden
5 daraufhin Abkommen zur „Ausbildung und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte“
6 zwischen der DDR und sogenannten „sozialistischen Bruderstaaten“, wie Algerien,
7 Mosambik, Angola, China, Kuba, Vietnam, Ungarn und Polen abgeschlossen. Die Situation
8 der sogenannten Vertragsarbeiter*innen in der DDR war enorm prekär: Arbeiter*innen
9 lebten auf sehr engem Raum, meist in gesonderten Wohnheimen, und waren sowohl im
10 Betrieb als auch im Alltag vom Rest der Gesellschaft weitestgehend abgegrenzt und
11 ausgeschlossen. Ihr Aufenthalt wurde strikt auf eine Zeitspanne von zwei bis fünf
12 Jahren begrenzt, der Nachzug von Familienangehörigen war fast ausnahmslos verboten.
13 Wurden Vertragsarbeitende schwanger, drohte ihnen bis 1988 eine direkte Abschiebung,
14 andernfalls wurden sie zu Schwangerschaftsabbrüchen gedrängt. Imperialistische
15 Vorbehalte der damaligen Außenpolitik der DDR können am Beispiel der
16 Vertragsarbeitenden aus Mosambik demonstriert werden.

17 Am 24. Februar 1979 wurde zwischen der DDR und der sozialistischen Volksrepublik
18 Mosambik ein Staatsabkommen unterschrieben. Dieser vereinbarte Staatsvertrag regelte
19 die wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen untereinander. Zentrale Rolle
20 haben dabei aber allerdings die zukünftigen Vertragsarbeitenden gespielt. Durch die
21 Lieferungen von Waffen sollte Mosambik die Schulden, welche bei der DDR gemacht
22 wurden, begleichen. Noch im selben Jahr wurden die ersten Vertragsarbeitenden in die
23 DDR gebracht. Diese sollten laut der mosambikanischen Regierung in eine produktive
24 Ausbildung gehen, um diese später im eigenen Staat als Fachkräfte für die
25 Produktionsindustrien beschäftigen zu können. Allerdings kam es nicht dazu. In der
26 DDR wurden diese Arbeitskräfte für die Produktion in VEBs an Maschinen angelehrt.
27 Dazu kam, dass 25 % monatlich des Lohns von 1979 bis zum Jahresende 1985 als
28 Lohnpflichttransferleistung einbehalten wurden. Ab 1986 bis 1990 wurden 60 % des
29 Lohnes einbehalten. Diese sollten laut DDR-Regierung für die mosambikanischen
30 Vertragsarbeitenden im Land verfügbar sein. Allerdings wurden damit die Schulden
31 getilgt. Die Erhöhung der Einbehaltung ist gestiegen, weil Mosambik aufgrund der
32 Bürgerkriege gegen Portugal und RENAMO keine Steinkohle mehr für die DDR verkaufen
33 konnte. Die DDR nutzte die Steinkohle als Schuldentilgung, indem sie diese billig
34 aufkaufte und teurer auf dem internationalen Markt verkaufte, um daraus die Devisen
35 zu erhalten.

36 Seit 1990 bis heute demonstrieren diese jeden Mittwoch in der Hauptstadt Maputo für
37 die Zahlung der bis heute einbehaltenen Lohnpflichttransferleistungen. 1990 zahlte
38 die Bundesrepublik ca. 75 Millionen DM an die mosambikanische Regierung, um die
39 Lohnzahlungen auszuführen. Allerdings wurde dieses Geld für andere Zwecke genutzt.
40 Auch den hier noch lebenden Vertragsarbeitenden wurde kein einziger Cent gezahlt. Von
41 2004 bis 2006 gab es Scheinzahlungen der mosambikanischen Regierung. In dieser Zeit

42 befand sich Mosambik in einer starken Inflation, welche die Folge hatte, dass es in
43 dieser Zeit auch eine Währungsreform gab. Meist beliefen sich die Zahlungen auf ca.
44 200 Medicaïs, was heute nur etwa 2,87 € entspricht. Demzufolge klar unter dem, was
45 den Vertragsarbeitenden zusteht. Bis heute warten diese auf eine gerechte Entlohnung,
46 um endlich mit diesem Thema abzuschließen. 2019 fand anlässlich des 40. Jahrestages
47 der Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen der DDR und Mosambik die Magdeburger
48 Konferenz statt. Zu dieser wurde die damalige Bundesregierung, ehemalige SED-
49 Funktionärinnen und die ehemaligen Vertragsarbeitenden eingeladen. Auch im letzten
50 Jahr vertrat die SED-Opferbeauftragte der Bundesregierung zusammen mit Adelino
51 Massuvira João die ehemaligen Vertragsarbeitenden im Menschenrechtsausschuss des
52 Deutschen Bundestages. Adelino Massuvira João betonte, dass aufgrund der geringen
53 Lebenserwartung in Mosambik viele Betroffene in seinem Alter bereits verstorben sind.
54 Allerdings sollen diese Zahlungen direkt an die nachfolgende Generation ausgezahlt
55 werden, da diese ebenfalls marginalisiert werden. Laut ihm sollten die ehemaligen
56 Vertragsarbeitenden alle rund ca. 10.000 € bekommen, da dies eine angemessene Summe
57 sei, mit der jeder ehemalige Arbeitende zufrieden sei. Die SED-Opferbeauftragte
58 spricht sich für eine ähnliche Summe aus. Diese beläuft sich auf ca. 7.000 €.

59 Die mosambikanische Geschichte geht auf viele Jahrhunderte zurück. Erst als Sultans-
60 Staat zur Kolonie Portugals bis zu einem Ende der Kolonialherrschaft und der Gründung
61 eines sozialistischen Landes. Der Name Mosambiks geht auf die Entdeckung der
62 Portugiesen zurück, welche auf den Sultan Mussa Al Biq trafen. Durch ein
63 Missverständnis mit dem Namen des Herrschers dachten die Portugiesen, dies sei der
64 Name des Landes. Nach über 500 Jahren Kolonialgeschichte versuchten am 16. Juni 1960
65 Hafearbeitende für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen, denn das faschistische
66 Portugal unter der Herrschaft Salazars sah die Mosambikaner*innen als eigen an. 1962
67 gründete sich die Frente de Libertação de Moçambique (FRELIMO), welche früher eine
68 Rebellenorganisation war und heute Staatspartei in Mosambik ist, im Nachbarland
69 Tansania, nachdem 600 Menschen durch die Proteste gestorben sind. Die FRELIMO wurde
70 dabei insbesondere durch die DDR und die Sowjetunion militärisch unterstützt. Am 25.
71 April 1974 begann die Nelkenrevolution in Portugal, wobei fast alle portugiesischen
72 Kolonien, einschließlich Mosambik, unabhängig wurden. Am 25. Juni 1975 übernahm
73 FRELIMO entsprechend die Amtsgeschäfte der ehemaligen Kolonie und gründete den Staat,
74 welcher sozialistisch wurde.

75 Die Wiedervereinigung 1990 war ein Wendepunkt für viele Vertragsarbeitende, die
76 mit geringen Abfindungen zurückkehrten oder massenhaft abgeschoben wurden. Die
77 gleichen Menschen, die sich in Deutschland ein Zuhause geschaffen hatten und den
78 Mangel an DDR-Arbeitskräften ausgeglichen hatten, mussten nun weiter um ihre
79 Existenzen und ihre Daseinsberechtigung kämpfen.(Z. 25-29) Um einen Aufenthaltstitel
80 hier zu erhalten, waren die Voraussetzungen, dass man mindestens acht Jahre in der
81 DDR gelebt hat, einen festen Arbeitsvertrag besitzt und Kenntnisse der deutschen
82 Sprache aufwies. Rund 1000 Mosambikaner*innen blieben in den neuen Bundesländern, da
83 diese in den Betrieben weiterhin gebraucht wurden. 1991 kamen einige ehemalige
84 Vertragsarbeitende zurück, da sie bereits in Deutschland Beziehungen geknüpft und
85 Familien gegründet hatten. Den nach Mosambik Zurückgekehrten wurde schnell klar, dass
86 sie betrogen wurden. Die Sozialversicherungspässe wurden ihnen entzogen und
87 eigentlich rechtmäßig zustehende Lohnpflichttransferleistungen von der DDR und der
88 mosambikanischen Regierung einbehalten. Schnell wurden diese eine marginalisierte

89 Gruppe im eigenen Land . (Z. 40-50) Trotz der Herausforderungen entschieden sich auch
90 20.000 Vietnamesinnen und Vietnamesen, in Deutschland zu bleiben. Oftmals aufgrund
91 fehlender Alternativen gründeten sie eigenständig kleine Unternehmen, darunter
92 Gemüse- und Blumengeschäfte. Erst im Jahr 1997 wurde ihnen ein sicherer
93 Aufenthaltsstatus gewährt. Der Fall der Familie Pham zeigt jedoch, dass trotz ihres
94 Einsatzes ihr Leben in Deutschland nicht gleichwertig ist. Pham Phi Son kam 1987 als
95 Vertragsarbeiter in die DDR und erhielt im Jahr 2011 eine unbefristete
96 Niederlassungserlaubnis in Deutschland. Im Jahr 2015 heiratete er in Vietnam, und
97 seit 2016 lebt seine Frau Hoa Nguyê mit ihm in Deutschland, wo 2017 ihre Tochter
98 Emilia geboren wurde. Im Jahr 2016 überschritt Pham jedoch die erlaubte
99 Auslandsaufenthaltsdauer von sechs Monaten durch einen neunmonatigen Aufenthalt in
100 Vietnam, wo er sich wegen einer Knieverletzung, die sich im vietnamesischen Klima
101 verschlimmert hatte, stationär behandeln lassen musste. Diese Überschreitung führte
102 dazu, dass ihm die Chemnitzer Ausländerbehörde sämtliche Aufenthaltsrechte entzog.
103 Pham legte gegen diese Entscheidung Einspruch ein, unterlag jedoch vor Gericht. Trotz
104 zweier Entscheidungen der Härtefallkommission gegen ihn in den Jahren 2018 und 2023,
105 soll sich die Kommission nun ein drittes Mal mit seinem Fall befassen.

106 Auch im Hinblick auf rechte Gewalt war die Wiedervereinigung eine Zäsur. Schon in der
107 DDR waren Vertragsarbeiterinnen mit gesellschaftlichem und strukturellem Rassismus
108 konfrontiert, der sich auch in tätlichen Angriffen widerspiegelte, jedoch von der
109 DDR-Führung vertuscht wurde. Nach der Wiedervereinigung in den 90er-Jahren war rechte
110 Gewalt Alltag für migrantisierte Menschen, die dem gesellschaftlichen Rassismus
111 schutzlos ausgeliefert waren. Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, aber auch Thiendorf,
112 Freital und Tambach-Dietharz sind nur einige Beispiele für rechtsextreme
113 Anschlagorte. Das strukturelle Unrecht gegenüber den Vertragsarbeiterinnen in der
114 DDR ist bis heute nicht ausreichend aufgearbeitet.

115 Deshalb fordern wir:

- 116 • Den Vertragsarbeiter*innen, die nach der Wiedervereinigung in Deutschland
117 geblieben sind, sollte eine dauerhafte und planungssichere Option zum Verbleib,
118 wie die Staatsbürgerschaft, ermöglicht werden, um Fälle wie den der Familie Pham
119 zu verhindern.
- 120 • Anerkennung und Aufarbeitung der Ausbeutung der Arbeiter*innen durch die DDR.
- 121 • Die fehlenden Lohn- und Rentenansprüche müssen umgehend an die ehemaligen
122 Vertragsarbeiter*innen oder ihre Angehörigen ausgezahlt werden.
- 123 • Doppelt belogen und betrogen, Mosambikaner*innen steht das Geld zu! Die von der
124 DDR-Staatsführung einbehaltene Lohnpflichttransferzahlungen müssen von der
125 Bundesregierung als Rechtsnachfolger endlich ausgezahlt werden. Die Höhe der
126 Zahlungen soll mit der*dem amtierenden SED-Opferbeauftragten, dem
127 „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“-Projektes des Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrums der
128 Evangelische Kirchen Mitteldeutschlands (Madjermanes: Trabalhadores Moçambicanos
129 contratados na RDA), der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag vereinbart
130 werden. Ideal nach der Forderung des Projektes „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“
131 sollen sich diese Zahlungen auf 10.000 € belaufen. Für die Aufarbeitung sind
132 bereits die jeweiligen SED-Opferbeauftragten der Länder und
133 Vereine/Organisationen tätig. Deswegen schließen wir uns dieser Forderung an! Es
134 ist auch wichtig sicherzustellen, dass das Geld auch tatsächlich bei den

- 135 Betroffener ankommt und nicht in den Konten von Mosambikanischen Staatsbeamten
136 landet (siehe 1990-1992).
- 137 • Verbesserung der Studien- und Datenlage über die Anzahl der in Deutschland
138 beschäftigten Vertragsarbeiter*innen und ihre Lebenssituationen, auch in
139 Mosambik und anderen Herkunftsländern.
- 140 • Ehemalige Wohnheime sollten nach der Renovierung, ihre Vergangenheit nicht
141 verlieren und als Bestandteil der DDR-Erfahrungen sollten Tafeln, Wandgestaltung
142 an ihre ehemaligen Bewohner*innen erkennen.
- 143 • Dass eine intersektionale Erinnerungskultur, besonders an Jahres- und
144 Gedenktagen, wobei auch explizit die Perspektive der ehemaligen
145 Vertragsarbeitenden beleuchtet wird und Zeitzeug*innen verschiedener Gruppen zu
146 Wort kommen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag BJ 5 -ÄA1

Laufende Nummer: 66 • Änderungsantrag zu BJ 5

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen
Sachgebiet:	BJ - Bildung und Jugend

1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2 **Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Weiterentwicklung des**
3 **sächsischen Bildungssystems mit folgenden ergänzenden Maßnahmen einzusetzen:**

4 **1. Verpflichtendes und kostenfreies Vorschuljahr**

5 Zur frühzeitigen Förderung insbesondere sprachlicher und sozialer Kompetenzen wird
6 ein verpflichtendes, gebührenfreies Vorschuljahr eingeführt. Es dient der gezielten
7 Vorbereitung auf die schulische Bildung und soll die Synergieeffekte zwischen
8 frühkindlicher und schulischer Bildung optimieren sowie die Startbedingungen zum
9 Schuleintritt aller Kinder, unabhängig vom Bildungshintergrund der Eltern,
10 verbessern.

11 **2. Einführung eines systematischen Unterrichtsmoduls „Lebens- und Berufskompetenz“**

12 In allen weiterführenden Schularten ist ein fächerübergreifendes Modul zu verankern,
13 das praktische Fähigkeiten und Sozialkompetenz vermittelt, darunter Alltagsrecht,
14 Bürgerpflichten, Umgang mit Finanzen, Behördenkontakte usw. . Zentrale Schwerpunkte
15 sind signifikante Erweiterungen berufsvorbereitender Maßnahmen sowie die Förderung
16 der Persönlichkeitsentwicklung, Selbstermächtigung und Strategien zur Konflikt- und
17 Problembewältigung.

18 **3. Etablierung von „Caregroups“ an Schulen**

19 Analog zum Klassenverband sind in allen, insbesondere in weiterführenden, Schulen
20 durch eine Lehrkraft pädagogisch betreute feste Schülergruppen („Caregroups“)
21 einzurichten. In diesen festen Gruppen werden die Schüler: innen bei sozialen und
22 psychischen Herausforderungen begleitet und unterstützt. Zusätzlich werden die
23 Teamfähigkeit, Gruppenzusammenhörigkeit und sozialverträgliches Verhalten gefördert
24 sowie schulorganisatorische Fragen eingehend behandelt. Dieses pädagogische Setting
25 ist in den

26 Unterrichtszeitraum eingebunden. Damit haben Klassenlehrer:innen bzw. Caregroup-
27 Leiter:innen außerhalb des Fachunterrichts ausreichend Zeit, fächerübergreifende den
28 Schul- und Unterrichtsalltag betreffende Themen zu behandeln.

29 **4. Verknüpfung von Schulsozialarbeit mit Unterrichtsinhalten**

30 Schulsozialarbeit soll nicht nur ergänzende Begleitung sein, sondern in Lehrpläne und
31 den Schulalltag strukturell eingebunden werden – insbesondere in Bereichen der
32 Persönlichkeitsentwicklung, Konfliktbewältigung und Demokratieförderung. Dabei können
33 Synergieeffekte in der Zusammenarbeit mit den Caregroups und den
34 Fachunterrichtsgruppen sinnvoll genutzt werden. Als fester Bestandteil in der
35 Unterrichtszeit wird die Umsetzung der Ziele von Schulsozialarbeit verbessert und
36 Klarheit in der Zusammenarbeit zwischen der Schule und Schulsozialarbeit zum Wohl der
37 Schüler*innen und aller am Prozess Beteiligten geschaffen.

38 **5. Gezielte Maßnahmen zur Reduzierung der Schulabbrecherquote**

39 Es sind schulinterne Maßnahmen und Konzepte durch individuelle Förderung zu
40 entwickeln und umzusetzen, um die Schulabschlussquote zu erhöhen. Entsprechend der
41 Priorisierung der einzelnen Schulen können auch die GTA dazu verstärkt genutzt
42 werden. Ziel ist es, allen Jugendlichen durch die Schulbildung eine realistische
43 Perspektive auf Ausbildung, Beruf und damit gesellschaftliche Teilhabe zu eröffnen.
44 Darüber hinaus sind noch in der Schule mit den Jugendlichen, den Eltern und anderen
45 unterstützenden Akteuren Übergangsmodelle und verbindliche Anschlussoptionen zu
46 entwickeln. Im Zuge dessen sind innerhalb der Schule über das Abschlusszeugnis hinaus
47 aussagekräftige Fähigkeits- und Begabungsprofile zu erstellen, um die Vielzahl im
48 Laufe der Schulzeit erworbenen fachlichen und überfachlichen Kompetenzen zu erfassen.
49 Diese Informationen sind wichtig, um für Schülerinnen und Schülern ohne
50 Schulabschluss die Chancen auf eine Ausbildung zu verbessern.

51 **6. Stärkung der Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Eltern**

52 Zur Verbesserung der Bildungschancen soll die Erziehungspartnerschaft systematisch
53 ausgebaut werden. Schulen erhalten Leitlinien und Moderationsressourcen, um bei
54 Konflikten mit Eltern konstruktiv vermitteln, Eskalationen vermeiden und die
55 gegenseitigen Schuldzuweisungen durchbrechen zu können.

56 **7. Demokratieförderung als durchgängiges didaktisches Prinzip**

57 Neben punktueller politischer Bildung wird eine demokratieorientierte Didaktik als
58 Querschnittsprinzip in der Unterrichtsgestaltung eingeführt, um demokratische
59 Haltung, Diskursfähigkeit und gesellschaftliche Verantwortung in allen Fächern zu
60 fördern. Im Unterrichtskontext des Bildungs- und Lebensraums Schule spielen dabei für
61 die Schüler:innen die Themen Beachtung, Beteiligungsangebote und Mitbestimmung durch
62 die Möglichkeit der Verantwortungsübernahme eine zentrale Rolle.

Begründung

Die bestehenden bildungspolitischen Konzepte der SPD Sachsen adressieren zentrale Herausforderungen bereits umfassend.

Ergänzend hierzu zielt dieser Antrag auf strukturelle und verbindende Maßnahmen, die insbesondere die Übergänge von Kita – Schule – Beruf, die Synergieeffekte der interdisziplinären Zusammenarbeit, die Kooperation zwischen Eltern und Schule, die psychosozialen Unterstützungsstrukturen sowie die demokratische Resilienz von Schüler:innen systematisch stärken. Damit wird ein Beitrag zur tatsächlichen Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit im Freistaat Sachsen geleistet.

An der Aufzählung der einzelnen Punkte des Antrages wird die Schlüsselrolle der Schule im Kontext von Bildungschancengerechtigkeit nochmals verdeutlicht.

Um eine chancengerechte Bildung zu ermöglichen, die individuelle Lernfortschritte und Entwicklungsphasen sowie die unterschiedlichen sozioökonomischen Lebenshintergründe der Schülerschaft berücksichtigt, besteht die Notwendigkeit das sächsische Schulsystem der frühzeitigen Selektion und Separation durch den fördernden Ansatz des längeren gemeinsamen Lernens flächendeckend umzustellen (siehe dazu Oberschule+ und Gemeinschaftsschule).

Im Hinblick auf die Neuordnung geht es bei diesem Antrag nicht explizit um die Schaffung von neuen Schulfächern, Bildungsplänen oder zusätzlichen Vorschriften. Es geht hauptsächlich um die Priorisierung der Bildungsziele: Wieviel Zeit wird für welche Inhalte und Zielsetzungen verwendet und wie kann mit der Wissensvermittlung eine schulische Demokratiebildung sowie ein Schulabschluss möglichst aller

Schüler:innen erfolgreich umgesetzt werden.

Antrag P 2 -ÄÄ1

Laufende Nummer: 67 • Änderungsantrag zu P 2

Antragsteller*in:	KV Mittelsachsen, KV Erzgebirge
Sachgebiet:	P - Parteileben

- 1 **Titel des Antrages: Stärkung des Landesparteirats zur besseren regionalen Teilhabe**
- 2 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge nachfolgende Änderung und Ergänzung des*
- 3 *Statuts der SPD Sachsen beschließen:*
- 4 **Stärkung des Landesparteirates**
- 5 Der § 6 des Statuts des SPD-Landesverbandes Sachsen wird wie folgt geändert bzw.
- 6 ergänzt:
- 7 1. **§ 6 Abs. 2** wird wie folgt neu gefasst: „Der Landesparteirat gibt Empfehlungen
- 8 für die Politik des Landesverbandes, *kann mit einfacher Mehrheit Beschlüsse zu*
- 9 *politischen und organisatorischen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung fassen,*
- 10 *die dem Landesvorstand als Handlungsauftrag vorgelegt werden. Der Landesvorstand*
- 11 *kann diesen Beschlüssen nur mit Zweidrittelmehrheit widersprechen.* Er fördert
- 12 durch eigene Initiativen die Willensbildung im Landesverband. Er ist vor
- 13 grundlegenden Entscheidungen des Landesvorstandes zu hören, insbesondere: [...]“
- 14 2. **§ 6 Abs. 3 Satz 1** wird ersetzt durch: „Der Landesparteirat tagt mindestens
- 15 **viermal jährlich.**“
- 16 3. **Ein neuer Absatz 5 wird eingefügt:** „Der Landesparteirat erhält ein
- 17 Initiativrecht gegenüber dem Landesvorstand. Wird ein Antrag mit Mehrheit
- 18 beschlossen, ist er vom Landesvorstand in angemessener Frist zu behandeln und
- 19 das Ergebnis der Beratung schriftlich dem Landesparteirat mitzuteilen.“

Begründung

Mit der beantragten Stärkung des Landesparteirates verfolgen wir das Ziel, die politische Mitbestimmung innerhalb des Landesverbandes strukturell gerechter und zukunftsfähiger auszugestalten. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass sich die regionale Heterogenität Sachsens – insbesondere der Gegensatz zwischen urbanen Zentren und ländlichen Räumen – auch innerhalb der Parteistrukturen niederschlägt. Während einige Unterbezirke wie Leipzig oder Dresden über stabile Mitgliederzahlen, hauptamtliche Strukturen und hohe mediale Sichtbarkeit verfügen, arbeiten viele ländlich geprägte Gliederungen unter deutlich schwierigeren Bedingungen. Gerade dort leisten ehrenamtlich Aktive wertvolle Basisarbeit, die für die Verankerung sozialdemokratischer Politik im Alltag der Menschen unerlässlich ist – jedoch häufig wenig systematische Berücksichtigung auf Landesebene findet.

Der Landesparteirat ist das Gremium, in dem alle Unterbezirke paritätisch vertreten sind. Er bildet damit das Rückgrat der innerparteilichen Demokratie im Landesverband und ist der Ort, an dem die regionale Vielfalt Sachsens abgebildet werden kann. Um dieser Funktion gerecht zu werden, muss der Parteirat auch die nötigen Rechte, Aufgaben und Gelegenheiten zur Einflussnahme erhalten.

Die derzeitige Stellung des Parteirates im Statut ist jedoch relativ schwach: Er gibt Empfehlungen, kann aber keine bindenden Entscheidungen treffen. Er tagt nur zweimal im Jahr, was angesichts der Vielzahl politischer Herausforderungen zu selten ist, um wirksam gestalten zu können. In der Praxis führt dies dazu, dass politische Schwerpunkte und strategische Entscheidungen maßgeblich im Landesvorstand getroffen werden – einem Gremium, dessen Zusammensetzung stärker durch Wahltaktik, Listenproporz

und personelle Kontinuität als durch regionale Ausgewogenheit bestimmt wird.

Mit einer Stärkung des Landesparteirates können wir:

- **die demokratische Teilhabe insbesondere der kleineren und ländlichen Unterbezirke substanziell verbessern**, ohne das Wahlrecht der Delegierten zum Landesvorstand einzuschränken;
- **eine regelmäßigere, verbindlichere Rückkopplung** zwischen Landesvorstand und Unterbezirken erreichen;
- **einen Raum für programmatische und strategische Debatten etablieren**, der über Tagespolitik hinausweist und langfristige Orientierung bietet;
- **die innerparteiliche Legitimation von Beschlüssen erhöhen**, indem ein breit zusammengesetztes Gremium mit fundierten Entscheidungen betraut wird.

Auch für die großen Unterbezirke, insbesondere Leipzig und Dresden, ergibt sich ein unmittelbarer Mehrwert:

Dadurch können vorhandene personelle und fachliche Ressourcen wirksamer in die Parteiarbeit auf Landesebene eingebracht werden. Zudem sorgt ein handlungsfähiger Parteirat für mehr Dynamik, Kreativität und Kooperationsfähigkeit im Landesverband insgesamt – was wiederum die Chancen auf erfolgreiche Wahlkämpfe, wirksame Öffentlichkeitsarbeit und eine klare sozialdemokratische Handschrift in Sachsen erhöht.

Nicht zuletzt ist die Stärkung des Parteirates ein Signal an die Basis: Wir wollen nicht über die Regionen hinweg agieren, sondern mit ihnen gemeinsam Zukunft gestalten. Das stärkt Vertrauen, Motivation – und letztlich unsere gemeinsame Handlungsfähigkeit als sozialdemokratische Partei.

Antrag Ini 1: Sachsen braucht einen neuen Aufbruch

Laufende Nummer: 68

Antragsteller*in:	SPD-Landesvorstand Sachsen
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

1 *Der Landesparteitag möge beschließen:*

2

3 Der Freistaat Sachsen ist ein wirtschaftlich starkes Land. Engagierte Beschäftigte
4 und innovative Unternehmen leisten dafür tagtäglich ihren Beitrag. Diese Stärke ist
5 keineswegs selbstverständlich, sondern auch das Ergebnis von ordentlichen
6 Rahmenbedingungen: Ohne exzellente und praxisnahe Forschung, eine leistungsfähige
7 Infrastruktur und eine zukunftsfähige Ausbildung wären viele Fortschritte der letzten
8 Jahrzehnte nicht denkbar gewesen. Viele Grundlagen dafür wurden in der Nachwendezeit
9 gelegt. Trotz großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten wurde flächendeckend massiv
10 investiert. Und das hat sich trotz erheblicher Ausgaben und einiger Rückschläge
11 letztlich auch bezahlt gemacht. Auch wenn nicht alles richtig gemacht wurde: **Der**
12 **Freistaat hat damals – zusammen mit den Menschen im Land – einen Aufbruch gewagt und**
13 **erfolgreich vollzogen.**

14 Seitdem ist viel Zeit vergangen und sowohl die **gesellschaftlichen als auch die**
15 **wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** haben sich **stark verändert**. Anstelle von
16 Massenarbeitslosigkeit dominieren zunehmend der vom demographischen Wandel geprägte
17 Fachkräftemangel. Branchen wie die Mikroelektronik sind nach wie vor Zugpferde und
18 werden in nächster Zeit massiv expandieren. Parallel dazu erleben wir einen starken
19 Wandel der internationalen Absatzmärkte und es geraten wichtige Bereiche wie die
20 wichtige Automobilindustrie und deren Zulieferer unter Druck. Auch in diesen Tagen
21 bangen Beschäftigte um ihre berufliche Zukunft. Zugleich hängt Sachsen bei der
22 Tarifbindung weiter hinterher und die Beschäftigten profitieren nicht ausreichend von
23 wirtschaftlicher Prosperität. Der Ausbau erneuerbarer Energien schreitet voran, muss
24 aber durch entsprechenden Ausbau von Leitungsnetzen und Speichermöglichkeiten
25 begleitet werden, damit durchweg Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Und
26 vielerorts gibt es bei unserer öffentlichen Infrastruktur – Kitas und Schulen,
27 Krankenhäuser und Pflegeheime, Schienen und Straßen – weiterhin erheblichen
28 Aufholbedarf. Kurzum: **Der Freistaat hat sich gut entwickelt, aber es zeigen sich**
29 **nunmehr große Herausforderungen.**

30

31 **Deswegen braucht Sachsen einen neuen Aufbruch.**

32 Dieser Aufbruch ist nicht nur eine Notwendigkeit, sondern für uns eine
33 Herzensangelegenheit. Wir werden als SPD nicht kampflös akzeptieren, dass Standorte
34 geschlossen werden und Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren. Wo es Chancen gibt,
35 müssen Unternehmen, Beschäftigte, Gewerkschaften und Staat beherzt gemeinsam an einem
36 Strang ziehen und nach **tragfähigen Zukunftslösungen** suchen. Als SPD unterstützen wir
37 den Ausbau und die Neuansiedlung von Unternehmen, die Wohlstand und Arbeitsplätze im

38 Freistaat sichern und schaffen. Dabei muss Sachsen – auch im Sinne der Beschäftigten
39 und guter Arbeitsbedingungen – mehr als eine verlängerte Werkbank sein.

40

41 Es ist nicht akzeptabel, dass Neuansiedlungen nur einzelnen Kommunen zugutekommen und
42 dort zu massiven Problemen beim bezahlbaren Wohnen und der öffentlichen Infrastruktur
43 führen. Wir brauchen Ansiedlungen und Wachstumsimpulse im ganzen Land und wollen sie
44 zu **einem gemeinsamen Erfolg** machen. Und wir werden als SPD nicht akzeptieren, dass
45 notwendige **Investitionen in mehr Sicherheit und Resilienz** gegen **Investitionen in**
46 **Schulen und Krankenhäuser** ausgespielt werden. **Wir brauchen beides** und der Freistaat
47 kann sich auch beides leisten.

48 **Investitionen als Grundpfeiler unserer Zukunft**

49

50 Die Menschen in Sachsen haben klare Erwartungen: Der Alltag muss funktionieren, der
51 Staat muss klug in die Zukunft investieren, und zwar auch dann – und das gehört zur
52 Wahrheit dazu – wenn er in anderen Bereichen konsolidieren muss. Damit die kommende
53 Generation in einem wirtschaftlich starken und gerechten Land leben kann, müssen wir
54 heute handeln und die Weichen in die richtige Richtung stellen. Wirtschaftliche und
55 gesellschaftliche Transformation gelingt nicht, wenn der Staat in den kommenden
56 Jahren weiter bei Instandhaltung und Reparatur spart. Die Sperrung und der Einsturz
57 von Brücken haben ein tieferliegendes Problem offengelegt: **Der Bund und auch der**
58 **Freistaat haben zu wenig investiert**. Wer nicht investiert und die Ausgaben für
59 Instandhaltung und Reparatur herunterfährt, produziert erst recht Schulden –
60 Infrastrukturschulden. Diese Folgekosten betragen später ein Vielfaches der
61 unterlassenen Investitionskosten.

62

63 Infrastruktur ist für uns als SPD weit mehr als Beton – sie ist das Rückgrat für
64 Mobilität, Wirtschaft und Innovation sowie Daseinsvorsorge und sozialen Zusammenhalt.
65 Mit Blick auf Klimaschutz, Digitalisierung, demografischen Wandel und geopolitische
66 Risiken brauchen wir eine klare und **klug durchdachte Investitionsstrategie**. Diese
67 umfasst auch Katastrophenschutz, Verteidigungsfähigkeit und Versorgungssicherheit,
68 denn die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass Stabilität und Sicherheit keine
69 Selbstverständlichkeiten mehr sind. Ob Stadt oder Land, Chemnitz oder Vogtland – wir
70 wollen, dass alle Menschen Zugang zu guter Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum
71 und Mobilität haben. Wir spielen unterschiedliche Zukunftsaufgaben nicht
72 gegeneinander aus. Nur so können wir letztlich Angriffe auf unsere freiheitlich
73 demokratische Grundordnung abwehren und rechtsradikalen Narrativen das Wasser
74 abgraben. Gute Arbeit, bezahlbarer Wohnraum, verlässliche Daseinsvorsorge – all das
75 stärkt auch die Demokratie.

76

77 Investitionen in die Infrastruktur sind für uns die Grundlage für **gleichwertige**
78 **Lebensverhältnisse**, die den Alltag in allen Teilen Sachsens lebenswert machen.
79 Digitalisierung, Veränderungen in der Arbeitswelt und die erneuerbaren Energien

80 können gerade auch ländliche Räume wieder attraktiver machen, die ansonsten nicht so
81 im Fokus stehen.

82 Nicht zuletzt sind Investitionen für uns viel mehr als nur Ausgaben. Sie sind
83 **Voraussetzungen für wirtschaftliche Prosperität** und der **Garant für die**
84 **Steuereinnahmen der Zukunft**. Wenn sich Unternehmen dynamisch entwickeln können und
85 die Beschäftigte davon profitieren, Infrastruktur in all ihren Facetten auf einem
86 modernen Standard ist und die Gesellschaft mit Zuversicht in die Zukunft blickt,
87 fühlen sich die Menschen in Sachsen wohl, kommen Menschen gerne nach Sachsen und
88 bleiben auch dauerhaft hier.

89 **Der Sachsenfonds – unser Erfolg**

90

91 Das notorische Sparen zulasten der Zukunft wurde jahrelang von den Konservativen
92 vorangetrieben und der politischen Rechten bejubelt. Auch die Sozialdemokratie hat
93 sich davon an manchen Stellen beeinflussen lassen. Die SPD Sachsen hat jedoch schon
94 vor fünf Jahren erkannt, dass es so nicht weitergehen kann. Deswegen hat die SPD-
95 Landtagsfraktion den Sachsenfonds vorgeschlagen – einen **Fonds für Sachsens Zukunft**,
96 der langfristig angelegt ist und Investitionen planungssicher macht.

97

98 Anfangs stießen wir auf Ablehnung und Ignoranz. Die Notwendigkeit wurde bestritten,
99 Probleme kleingeredet. Zunächst wollte die politische Konkurrenz wenig von einer
100 langfristigen Investitionsstrategie wissen. Doch wir haben uns nicht beirren lassen
101 und **kontinuierlich die dicken Bretter gebohrt**. Der gesellschaftliche Druck wuchs, und
102 selbst Konservative konnten die Notwendigkeit einer langfristigen Investitionspolitik
103 nicht mehr leugnen. Eine Lebenslüge vieler vermeintlich Marktliberaler ist angesichts
104 der heutigen Herausforderungen wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen. Heute ist
105 der Sachsenfonds ein zentraler Bestandteil der Koalitionspolitik von CDU und SPD in
106 Sachsen. **Das 'S' im Sachsenfonds steht für SPD.**

107

108 Grundlage für diesen Erfolg war nicht nur unser Druck in Sachsen: Im Bund konnte die
109 SPD während der Sondierungs- bzw. Koalitionsgespräche eine **Reform der Schuldenbremse**
110 **und ein großes Sondervermögen** durchsetzen. Damit haben die Länder und Kommunen nun
111 zusätzliche Spielräume für Investitionen. Jetzt gibt es eine starke
112 parteiübergreifende Einigkeit, die Vorbild für entschlossenes politisches Handeln
113 werden kann.

114

115 Nach dem eindeutigen Mitgliedervotum ist klar: Die SPD wird im Bund weiter
116 Verantwortung tragen und Teil der Bundesregierung sein. Als SPD Sachsen werden wir
117 uns in Berlin zusammen mit unseren Bundestagsabgeordneten dafür einsetzen, dass ein
118 **möglichst großer Teil der zusätzlichen Investitionen und Ausgaben des Bundes in**
119 **Sachsen** umgesetzt werden. Denn auch die Bundesmittel für Zukunftsprojekte, die der
120 Bund selbst vergibt, können zusätzliche Wertschöpfung in Sachsen ermöglichen – und

121 somit sächsische Unternehmen unterstützen und Arbeitsplätze sichern.

122

123 **Planbar und verlässlich: Mehr Investitionen für den Freistaat**

124

125 Der Sachsenfonds ist unser zentrales Instrument zur Stärkung von Wirtschaft,
126 Infrastruktur und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Mit ihm haben wir eine **Strategie**
127 **aus einem Guss**, die genau die Aufgaben adressiert, die anstehen.

128

129 Vorerst stehen voraussichtlich **gut 391 Millionen Euro pro Jahr** für Schlüsselbereiche
130 zur Verfügung – gespeist aus dem neuen Sondervermögen des Bundes, das über zwölf
131 Jahre hinweg dem Freistaat und den Kommunen zugutekommt und Investitionen absichern
132 soll.

133

134 Mit dem Sachsenfonds werden wir für den Freistaat Sachsen besonders bedeutsame
135 Projekte realisieren. Er soll als Sondervermögen auch zur Verfahrensvereinfachung und
136 Verfahrensbeschleunigung beitragen. Zudem gehen wir über den üblichen
137 Finanzplanungszeitraum hinaus, um Verlässlichkeit und Planbarkeit zu schaffen. Der
138 Sachsenfonds wird der klassischen **Verkehrsinfrastruktur** – öffentlicher
139 Personennahverkehr, Straßenbau und andere Mobilitätsprojekte – zugutekommen, aber
140 auch weit darüber hinaus wirken. Auch Maßnahmen im Bereich **Bildung, Sport und Kultur**,
141 Projekte im **Krankenhausbau**, der **Hochschulmedizin und Pflegeeinrichtungen**, die
142 **Wohnräumförderung** sowie der staatliche **Hochbau** können zukünftig damit finanziert
143 werden. Nicht zuletzt wird damit ein Teil der Grundlage für die wirtschaftliche
144 Zukunft unseres Freistaats gelegt: Wir digitalisieren damit unsere Verwaltung,
145 fördern zentrale Projekte **zur Stärkung des Wirtschafts- und Innovationsstandorts** und
146 unterstützen die Schaffung der notwendigen **Energieinfrastruktur**.

147

148 Wer angesichts der großen Herausforderungen von einem "Schattenhaushalt" spricht, hat
149 den Ernst der Lage nicht verstanden. Der Sachsenfonds ist die Grundlage für eine
150 langfristige, abgestimmte Investitionsstrategie. Wir brauchen **gesellschaftliche**
151 **Entschlossenheit**, damit sich die Kräne bald drehen.

152 **Spielräume für Sachsens Zukunft nutzen**

153

154 Die zusätzlichen Mittel des Bundes, die in den Sachsenfonds fließen, sind ein
155 wichtiger erster Schritt – doch darauf dürfen wir uns nicht ausruhen. Unser Ziel ist
156 es, den **Sachsenfonds aus weiteren Quellen zu speisen**. Der Sachsenfonds bildet die
157 Grundlage für eine neue wirtschaftliche Dynamik, die sich auch in höheren
158 Steuereinnahmen widerspiegeln wird

159

160 Darüber hinaus wollen wir die **Rückzahlung der Corona-Kredite** nicht überstürzt
161 angehen, sondern – wie viele andere Bundesländer – über eine Generation strecken. So

162 lässt sich das CDU-geführte NRW dafür ganze 50 Jahre Zeit. Durch eine Streckung der
163 Tilgung entstehen finanzielle Spielräume, die gezielt genutzt werden können.

164

165 Auch eine **reduzierte Zuführung in den Beamtenpensionsfonds** kann einen Beitrag
166 leisten, ohne die Sicherheit der Pensionen zu gefährden. Diese sind gesetzlich
167 abgesichert, sodass sich keine Beamtin und kein Beamter um die Altersabsicherung
168 sorgen muss. In den letzten Jahren wurden hier de facto Verluste eingefahren, da die
169 Erträge des Pensionsfonds teilweise unterhalb der Inflation lagen – ein Zustand, den
170 wir nicht weiter hinnehmen können. Dabei geht es nicht nur aber auch um die
171 Anlagestrategie des Fonds. Darüber hinaus ist es auch inkonsequent, für die
172 Verpflichtungen bei den Pensionen eine umfassende Vorsorge zu betreiben, aber für
173 notwendige Investitionen in Krankenhäuser und Brücken nicht.

174

175 Für uns als SPD ist es wichtig, dass der Sachsenfonds nicht nur ein Instrument der
176 Landespolitik bleibt, sondern ebenso die Kommunen zielgerichtet unterstützt.
177 Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir vor kurzem einen Vorschlag
178 eingebracht, wie das gelingen kann. Nach dem Vorbild des erfolgreichen Programms
179 „Brücken in die Zukunft“ soll die **kommunale Investitionskraft** unbürokratisch gestärkt
180 und langfristige Planungssicherheit geschaffen werden.

181

182 Klar ist aber auch: Der Freistaat Sachsen wird in dieser Wahlperiode nicht ohne die
183 **Aufnahme von Krediten** auskommen. Alle Bundesländer planen, die neuen Spielräume im
184 Grundgesetz zu nutzen, um ihre Infrastruktur und insbesondere ihre Kommunen zu
185 stärken. Es wäre fatal, wenn Sachsen als einziges Bundesland davon ausschert. Die
186 Folge wäre, dass Städte und Gemeinden in Sachsen im Vergleich zu anderen
187 Bundesländern ins Hintertreffen geraten. Viele Rückmeldungen der kommunalen Ebene in
188 den letzten Wochen bestärken uns in dieser Einschätzung.

189

190 Unser Ziel ist und bleibt klar definiert: Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse
191 in allen Regionen und handlungsfähige Kommunen in ganz Sachsen. Und daher muss die
192 **Wende in der Finanzpolitik des Freistaats** weitergehen. Was beim privaten Hausbau und
193 bei jedem Unternehmen gang und gäbe ist – nämlich zielgerichtet und
194 zukunftsorientiert Kredite aufzunehmen – darf beim Staat nicht weiter verteufelt
195 werden. Natürlich ist ein ausgeglichener Haushalt erstrebenswert. **Aber was nützt die**
196 **Schuldenfreiheit, wenn wichtige Aufgaben aufgeschoben und Zukunftsvorsorge**
197 **vernachlässigt werden?** Auf die Balance kommt es an. Sachsen hat schon heute die
198 deutschlandweit geringste Pro-Kopf-Verschuldung. Den baufälligen oder gesperrten
199 Brücken, maroden Schulgebäuden und von Schließung bedrohten Krankenhäusern in Sachsen
200 hat das nicht geholfen.

201

202 Um die Möglichkeit für Zukunftsinvestitionen im Grundgesetz zu nutzen, braucht es
203 zügig die erforderliche Rahmengesetzgebung auf Bundesebene. Dabei brauchen wir
204 Klarheit und Geschlossenheit für die Verhandlungen im Bundestag und Bundesrat im
205 Sinne sächsischer Interessen, denn die Lage der Länder ist bundesweit sehr heterogen.

206 Zeitliche Fortschreibung des Kreditvolumens und maximaler Spielraum bei der Tilgung
207 muss das Ziel sein. Es wäre ein Fehler, sich darauf zu verlassen, dass Konservative
208 oder finanzverfassungsliberalere Länder für den Freistaat „mitdenken“. Nur so kann
209 Sachsen ab 2026 mit Investitionen in unsere Infrastruktur beginnen und selbstbestimmt
210 darüber entscheiden, wann und wofür Kredite aufgenommen werden. **Mit dem von der SPD**
211 **durchgesetzten Sachsenfonds sind wir dafür bestens vorbereitet.**

212

213

214 **Investitionen aus Europa – Sachsens Wirtschaft im Wandel sichern**

215 Die Bedeutung von Investitionen für den Wohlstand und die Entwicklung einer Region
216 kann an der Entwicklung der letzten 35 Jahre gemessen werden. Seit 1991 flossen rund
217 16 Milliarden Euro nach Sachsen, um hier vor Ort in Infrastruktur und Fachkräfte zu
218 investieren. Diese Investitionen haben den wirtschaftlichen Aufbau maßgeblich
219 unterstützt. Sachsen hat seit der Wiedervereinigung stark von den **Europäischen**
220 **Strukturfonds** profitiert. Und ohne ausreichende europäische Strukturfondsmittel ist
221 das Investitionsniveau in Sachsen auch künftig nicht zu halten.

222

223 Mit Blick auf die nun beginnenden Verhandlungen zur kommende Förderperiode ab 2028
224 setzen wir uns dafür ein, die Kohäsionspolitik als eigenständiges Politikfeld in
225 geteilter Mittelverwaltung zu erhalten: Die **Bundesländer** müssen die **zentralen Akteure**
226 in der Ausgestaltung der Regionalpolitik und der Verteilung ihrer Mittel bleiben.
227 Wir lehnen eine Zentralisierung der Förderentscheidungen ab.
228 Kohäsionspolitik ist ein **europäisches Solidaritätsversprechen**, das alle Regionen
229 erreicht. Einer Verengung der Kohäsionsmittel auf die ärmsten Regionen der EU
230 zulasten Ostdeutschlands treten wir entgegen.

231

Wir wollen die Strukturfonds – EFRE, ESF und JTF – erhalten, und zwar mit

232

größtmöglicher inhaltlicher Gestaltungsfreiheit und unter Wahrung des

233

Partnerschaftsprinzips. Dabei streben wir eine **bestmögliche Mittelausstattung und**

234

attraktive Förderkonditionen an, einschließlich einer Anhebung der EU-

235

Kofinanzierungssätze. Zudem befürworten wir einen **Ausbau der Strukturfonds zu einem**

236

echten Transformationsinstrument – nicht nur für die Kohlereviere, sondern auch für

237

Regionen, die etwa durch den Wandel der Automobilindustrie oder durch digitale und

238

ökologische Umbrüche besonders betroffen sind.

239

240

In die Zukunft sächsischer Beschäftigter investieren

241

242 Investitionen zur Stärkung der Wirtschaft tragen auch zur Sicherung von
243 Arbeitsplätzen bei. Dabei hat der Freistaat auch ein großes Interesse an guten
244 Arbeitsbedingungen für die sächsischen Beschäftigten.

245

246 Unser vornehmliches Ziel ist es, die Tarifbindung in Sachsen deutlich zu erhöhen und
247 die rote Laterne im bundesweiten Vergleich weit hinter uns zu lassen. Dafür gehen wir
248 die Novellierung des Vergabegesetzes zügig an. Wir wollen, dass öffentliche Vergaben
249 im Land und den Kommunen nur noch an **Unternehmen mit Tarifbindung** vergeben werden.
250 Mindestens werden wir aber für einen ordentlichen Vergabemindestlohn bei der
251 Gesetzesnovelle sorgen. Mehr tarifliche und betriebliche Mitbestimmung sind für die
252 SPD ein Beitrag zum Schutz unserer Demokratie.

253

254 Investitionen helfen den sächsischen Unternehmen bei der Gestaltung der
255 bevorstehenden Herausforderungen. Wir stehen dazu, alle Beteiligten an einen Tisch zu
256 holen. Dafür haben wir den **Transformationsdialog** im Koalitionsvertrag verankert und
257 drängen auf einen zügigen Start der Gespräche. Denn die Transformation der Wirtschaft
258 ist schon längst im Gange. Wir müssen dafür sorgen, dass in diesem Prozess auch die
259 Beschäftigten profitieren.

260

261 Unternehmen und Beschäftigte haben gerade in Zeiten des Wandels einen Vorteil von
262 Weiterbildung. Dies greift der Volksantrag „5 Tage Bildungszeit für Sachsen“ auf, den
263 wir gemeinsam mit den Gewerkschaften und 55.600 Unterschriften auf den Weg gebracht
264 haben. Jetzt gilt es, so nah wie möglich am vorgelegten Gesetzentwurf des
265 Volksantrags, den Rechtsanspruch auf **bezahlte Bildungsfreistellung** in Form der
266 Qualifizierungszeit zum 1. Januar 2027 an den Start zu bringen.

267

268 Mit dem Landesprogramm „Berufliche Bildung“ investieren wir auch in Zukunft in die
269 berufliche Weiterbildung und die **duale Ausbildung**, um die Fachkräfte von morgen zu
270 gewinnen. Um ihnen eine moderne Bildungsinfrastruktur und bezahlbaren Wohnraum für
271 Auszubildende zu bieten, werden wir ebenso die Möglichkeiten des Sachsenfonds nutzen
272 und den Bau von Azubiwohnheimen in ganz Sachsen fördern.

273

274 **Steuerdumping verhindern – Vermögen endlich gerecht verteilen**

275 Deutschland kann sich eine höhere Verschuldung zugunsten von mehr Investitionen
276 leisten. Kaum ein Industriestaat dieser Größe hat eine ähnlich geringe Schuldenquote.
277 Angesichts des riesigen und weiterwachsenden Investitionsbedarfs stellen viele
278 Menschen zurecht die Frage, wie diese Lasten zukünftig verteilt werden.

279

280 **Wer in Deutschland Gewinne macht, muss auch hier Steuern zahlen** – das ist eine Frage
281 der Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Akzeptanz. Die Menschen haben kein
282 Verständnis dafür, dass Konzerne Milliardengewinne erzielen, aber kaum zum Gemeinwohl
283 beitragen, weil sie ihre Profite in Briefkastenfirmen oder Patentboxen verschieben.
284 Deshalb befürworten wir ein **entschiedeneres Vorgehen der EU gegen sogenannte**
285 **Steueroasen.**

286

287 Die von Olaf Scholz verhandelte **globale Mindeststeuer für Unternehmen** (zweite Säule
288 des OECD-Rahmens) ist ein Meilenstein für mehr Steuergerechtigkeit. Wir verteidigen
289 sie gegen Versuche der US-Regierung und anderer Staaten, sie aufzuweichen oder ganz
290 abzuschaffen. Gleichzeitig erwarten wir von der EU und ihren Mitgliedstaaten, dass
291 sie die vereinbarten Maßnahmen gegen Unterbesteuerung vollständig und verbindlich
292 umsetzen.

293

294 Auch die erste Säule des OECD-Rahmens zur **gerechten internationalen Steuerzuteilung**
295 muss zügig umgesetzt werden. Sie soll sicherstellen, dass multinationale Unternehmen
296 – nicht nur Digitalkonzerne – dort Steuern zahlen, wo sie wirtschaftlich aktiv sind
297 und ihre Umsätze erzielen. Wenn eine globale Einigung weiter auf sich warten lässt,
298 darf Europa nicht länger tatenlos bleiben. Dann braucht es eine europäische Lösung,
299 etwa in Form einer **Digitalsteuer**, um eine faire Besteuerung sicherzustellen.

300

301 Die von der Bundesregierung für 2028 geplante **Senkung der Körperschaftsteuer** mag
302 Investitionen anreizen – sie birgt jedoch die Gefahr, bestehende Ungleichheiten zu
303 verschärfen. Eine solche Maßnahme darf nur in einem funktionierenden internationalen
304 Rahmen gegen Steuerdumping erfolgen und muss von gezielten weiteren Steuermaßnahmen
305 begleitet werden, die eine Umverteilung von unten nach oben verhindern.

306

307 Denn Fakt ist: Deutschland belastet höchste Einkommen, Erbschaften und Vermögen
308 vergleichsweise gering, während durchschnittliche Arbeitseinkommen einen recht hohen
309 Abzug erfahren. Wer Tag für Tag hart arbeitet, muss verhältnismäßig viel abgeben,
310 während leistungsloses Erben privilegiert wird. **Die Vermögen in unserem Land sind**
311 **extrem ungleich verteilt.** Die zehn Prozent der vermögendsten Haushalte verfügen über
312 54 Prozent des Vermögens, während die vermögensärmere Hälfte der Bevölkerung über
313 ganze drei Prozent verfügt.

314

315 Die Folgen dieser Ungerechtigkeit sind offensichtlich: Gesellschaftlicher und
316 wirtschaftlicher Einfluss sind ungleich verteilt. Zukunftschancen hängen nicht am

317 eigenen Tun, sondern am Besitz und Kontostand der Eltern. Ob sich junge Familien eine
318 eigene Wohnung oder ein Haus kaufen können, hängt auch in Sachsen viel zu oft an den
319 finanziellen Möglichkeiten der Verwandtschaft und nicht am eigenen beruflichen
320 Fortkommen. Das ist ungerecht. Selbst wer sich massiv anstrengt, kann diese
321 unterschiedlichen Startchancen nur schwer wettmachen.

322 **Die Grenzlinie zwischen denen, die viel und denen, die wenig Vermögen haben, ist aber**
323 **auch immer noch eine Trennlinie zwischen Ost und West, zwischen Frauen und Männern.**

324 Die konservativen und rechten Kräfte in unserem Land haben sich mit diesen Ungerechtigkeiten
abgefunden oder unterstützen sie sogar – für uns als SPD ist das aber keine
325 Option. Eine gerechte Vermögensverteilung ist schließlich die Grundlage dafür, dass
326 das gesellschaftliche Aufstiegsversprechen Realität werden kann. Wir wollen Vermögen
327 gerechter verteilen und damit auch einen Beitrag zum Zusammenwachsens Deutschlands
328 und zur Gleichberechtigung in unserem Land leisten.

329

330 Als SPD Sachsen setzen wir uns daher für ein **Maßnahmenpaket** ein, das die
331 **Zukunftslasten gerecht verteilt** und die Richtigen in unserer Gesellschaft entlastet.
332 Dazu gehören zweifelsohne die **Entlastungsmaßnahmen bei der Einkommensteuer** für
333 geringere und mittlere Einkommen, auf die sich Union und SPD im Koalitionsvertrag auf
334 Bundesebene verständigt haben. Wir unterstützen auch den Vorschlag unserer
335 Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas, die **Finanzierung der Sozialversicherung auf**
336 **breitere Füße zu stellen** – zum Beispiel durch die Einbeziehung von Beamt:innen,
337 Abgeordneten und Selbständigen sowie die deutliche Erhöhung der
338 Beitragsbemessungsgrenze. Wenn mehr Menschen in die Solidarsysteme einzahlen, werden
339 diese stabilisiert und es können auch Spielräume entstehen, um die Breite der
340 Bevölkerung zu entlasten.

341

342 Darüber hinaus wollen wir die 1997 in Westdeutschland ausgesetzte **Vermögensteuer** in
343 moderner Form in ganz Deutschland reaktivieren. Diese soll bei Betrieben nicht als
344 Substanzsteuer wirken und durch hohe Freibeträge erst Privatvermögen ab 1 Million
345 Euro erfassen. Wir wollen sicher gehen, dass diese zusätzlichen Einnahmen z.B. über
346 den Finanzausgleich der Länder in angemessener Form in Sachsen ankommen. Auch eine
347 **einmalige Vermögensabgabe** kann eine Möglichkeit sein, um die Superreichen angemessen
348 an gesellschaftlichen Aufgaben zu beteiligen. Gerade sie haben in den Jahren der
349 hohen Inflation teils enorme Vermögenszugewinne verbucht.

350 In gleichem Maße braucht es eine **Reform der Erbschaftssteuer**. Hier existieren derzeit
351 zu viele Schlupflöcher und Unternehmenserben werden strukturell bevorteilt. Auch wenn
352 ein erhaltenes Erbe für viele Menschen eine große Freude ist: Im Kern handelt es sich
353 um leistungsloses Einkommen, das der begünstigten Person rein zufällig zugutekommt.
354 Eine Mindestbesteuerung unter Wahrung entsprechender Freibeträge ist überfällig und
355 ein Beitrag zur Leistungsgerechtigkeit. Daneben können auch Maßnahmen wie ein
356 Grunderbe für junge Menschen aus unserer Sicht einen Beitrag leisten, allen jungen
357 Leuten gleichermaßen und unabhängig von den Eltern ein Startkapital für den eigenen
358 Lebensweg zu geben.

359

- 360 **Maßnahmen zur gerechteren Verteilung von Vermögen haben in Deutschland breite**
361 **gesellschaftliche Mehrheiten – dies sollten auch die Konservativen endlich**
362 **anerkennen!**

Begründung

mündlich

Antrag Ini 2: Die SPD als moderne Bündnispartei

Laufende Nummer: 69

Antragsteller*in:	SPD-Landesvorstand Sachsen
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

1 *Der Landesparteitag möge bitte beschließen:*

2

3 Die parlamentarische Demokratie – nicht nur in Sachsen – steht unter Druck. Als SPD
4 kämpfen wir seit über 160 Jahren für eine **fortschrittliche, demokratische Politik**,
5 die Menschen Möglichkeiten verschafft und für Gerechtigkeit sorgt. Umso schmerzlicher
6 ist das Bundestagswahlergebnis vom Februar 2025. Mit dem schlechtesten Wahlergebnis
7 seit 1887 befindet sich die Sozialdemokratie in Deutschland in einer Krise. Das sorgt
8 für verständlichen Frust und bewegt alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

9

10 Jetzt ist aber auch der Moment, aus dieser Krise **die richtigen Schlüsse** zu ziehen,
11 wieder aktiv zu werden und die Voraussetzungen für eine SPD der Zukunft zu schaffen.
12 Dabei sind wir in Sachsen besonders gefordert: Einerseits, weil die SPD im Freistaat
13 seit 1990 strukturell schon immer große Probleme hatte. Dies hat sich auch in
14 Wahlergebnissen und Mitgliederzahlen bemerkbar gemacht. Andererseits haben wir uns in
15 den letzten Jahrzehnten immer durch Innovationsfähigkeit ausgezeichnet und konnten
16 nicht zuletzt deswegen den Verlust weiterer Mandate zur Landtagswahl 2024 verhindern
17 und uns dem allgemeinen Mitgliederschwund in der SPD weitestgehend entziehen. Das
18 macht uns nicht zufrieden. Aber wir wissen, dass wir durch eigene Kraft Dinge zum
19 Besseren verändern können.

20

21 Die Krise sozialdemokratischer Parteien ist kein rein deutsches und erst recht kein
22 sächsisches Phänomen. Trotzdem sehen wir Ansatzpunkte, um die SPD in Sachsen bis zum
23 Jahr 2029 strukturell zu stärken. Klar ist aber auch: **Gelingen wird das nur mit euch**
24 **allen zusammen.**

25 **Wir müssen mehr werden**

26 Zentrale Aufgabe der SPD Sachsen bleibt auch in Zukunft die **Gewinnung neuer**
27 **Mitglieder** und die **Pflege unserer bestehenden Mitgliedschaft**. Unsere Mitglieder sind
28 die Grundlage für ehrenamtliches Engagement, für unsere finanzielle
29 Handlungsfähigkeit und unsere politische Sichtbarkeit. Nur wenn wir mehr werden, kann
30 die SPD in möglichst allen Teilen Sachsens für die Menschen ansprechbar sein. Unsere
31 Mitgliedschaft ist die natürliche Basis für aktive Wahlkämpfe vor Ort und trägt zu
32 gut gefüllten Listen zu Kommunalwahlen bei.

33

34 Erfahrungsgemäß ist die Gewinnung neuer Mitglieder aber keine Sache, die mit einer

35 zentralen Kampagne getan ist. Das Begeistern, Ansprechen und Überzeugen von
36 Interessierten muss auf allen Ebenen **integraler Bestandteil der Parteiarbeit werden**.
37 Um das zu erreichen, wollen wir auch in Sachsen Best-Practice-Beispiele von besonders
38 erfolgreichen Gliederungen – in ländlichen wie urbanen Bereichen – identifizieren
39 und verbreiten. Wir wollen zudem die Funktions- und Mandatsträger:innen unserer
40 Partei bei diesem Prozess besonders in die Pflicht nehmen. Dass dafür Potenzial da
41 ist, haben Phasen mit erheblichem Mitgliederzuwachs in der SPD Sachsen, aber auch
42 erstaunliche Mobilisierungserfolge anderer Parteien im progressiven Lager gezeigt.
43 Wir streben an, den Ansatz „20 unter 25“ wieder aufleben zu lassen und in
44 Zusammenarbeit mit den Unterbezirken, Mandatsträger:innen und den Jusos
45 zielgerichtete Angebote zur Gewinnung neuer Mitglieder anzubieten. Wenn es vor Ort
46 innovative Ansätze zur erfolgreichen direkten Ansprache von Netzwerkpartner:innen
47 gibt, wird der Landesverband diese Konzepte natürlich unterstützen und in die Breite
48 tragen.

49

50 Wir wollen die gute **Mitgliederarbeit** im Landesverband – die in den letzten Jahren in
51 zahlreichen Neumitglieder- und Mitgliedersamstagen mündete – weiter auf diesem Niveau
52 fortsetzen. Neue Mitglieder müssen sich schnell zurechtfinden und wissen, wie sie
53 sich konkret engagieren können. Der Landesvorstand kann hierbei unterstützen, aber
54 ebenso wichtig bleiben entsprechende Aktivitäten in den Ortsvereinen und
55 Unterbezirken sowie bei den Jusos. Damit die Ansprache von Neumitgliedern gesichert
56 stattfindet und Standards folgt, werden wir die Rolle der einzelnen Ebenen
57 definieren, Mitgliederbeauftragte qualifizieren und zur Vernetzung der
58 Mitgliederbeauftragten beitragen.

59

60

61 **Wir ziehen die richtigen Konsequenzen**

62

63 Eine glaubwürdige Aufstellung der SPD nach den letzten Wahlergebnissen setzt eine
64 **ehrlche Auswertung auf allen Ebenen** voraus. Die Wahlkämpfe der letzten 15 Monate –
65 Kommunal-, Europa-, Landtags- und Bundestagswahl – waren für uns alle extrem
66 schwierig. Nur wenn wir die Erfahrungen nutzen und die richtigen Schlüsse ziehen,
67 können wir die Wahlen 2029 erfolgreicher gestalten.

68

69 Um diesem Anspruch auf sächsischer Ebene gerecht zu werden, hat der Landesvorstand im
70 **März eine breit aufgestellte Projektgruppe** zur Wahlauswertung eingesetzt. Diese wird
71 strategische und operative Empfehlungen für zukünftige Wahlkämpfe entwickeln und
72 dabei auch die sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den verschiedenen Regionen
73 Sachsens im Blick haben. Ein Abschlussbericht wird zur Klausurtagung des neugewählten
74 Landesvorstands vorliegen und damit unmittelbar in die weiteren politischen und
75 organisatorischen Prozesse einfließen.

76

77 Eine nach vorne gerichtete Auswertung darf aber nicht isoliert auf Landesebene
78 stattfinden. Wir legen auch allen Gliederungen vor Ort nahe, entsprechende Prozesse

79 abzuschließen bzw. durchzuführen. Nicht zuletzt sehen wir auch die **Bundespartei in**
80 **der Pflicht**. Bei Europa- und Bundestagswahlen werden in Berlin die maßgeblichen
81 strategischen und organisatorischen Entscheidungen getroffen. Die erneute
82 Regierungsbeteiligung im Bund darf nicht dazu führen, dass die Auswertung der letzten
83 Wahlen und die damit verbundenen Konsequenzen ins Hintertreffen geraten.

84

85

86 **Wir schmieden weiter Bündnisse und Netzwerke**

87

88 Als progressiver Teil der sächsischen Landesregierung hat die SPD eine **besondere**
89 **Verantwortung für die sächsische Gesellschaft**. Wir sind für viele Vereine,
90 Initiativen, Betriebsräte und die Gewerkschaften schon heute der zentrale politische
91 Ansprechpartner. Dieses Netzwerk wollen wir weiter zielgerichtet ausbauen. Die SPD
92 Sachsen muss eine **Bündnis- und Netzwerkpartei** sein. Dies ist aus unserer Sicht ein
93 evolutionärer Schritt einer progressiven Partei im 21. Jahrhundert. Die SPD war immer
94 eine Bewegungspartei und muss der gewachsenen Bedeutung der Zivilgesellschaft – auch
95 im Kontrast zu älteren Großorganisationen, die oft Mitgliederprobleme haben –
96 Rechnung tragen.

97

98 Die Pflege entsprechender Netzwerke sehen wir als Aufgabe aller Mitglieder und
99 insbesondere der Funktionsträger:innen und Arbeitsgemeinschaften. Solche Bündnisse
100 entstehen oft über Einzelpersonen, aber wir wollen dafür Sorge tragen, dass diese
101 auch bei personellen Veränderungen weiter Bestand haben. Das Schmieden von Bündnissen
102 und Netzwerken soll auch ein zentrales Element unserer Veranstaltungsplanung sein.
103 Dazu streben wir eine **Neuaufgabe unseres Debattencamps** an. Dieses Format hat schon
104 einmal bewiesen, dass wir so Austausch organisieren und Impulse für
105 zukunftsgerichtete inhaltliche Debatten aufgreifen können.

106

107

108 **Wir unterstützen unsere Basis**

109

110 Das ehrenamtliche Engagement in unserer Partei ist unser größter Schatz. Damit sich
111 möglichst viele Mitglieder gerne in der SPD einbringen, wollen wir auch weiter eine
112 **sehr enge Kommunikation mit den Ortsvereinen und Unterbezirken** pflegen. Mit den
113 mindestens halbjährlichen Ortsvereins- und Unterbezirksvorsitzenden-Konferenzen haben
114 wir etablierte Formate geschaffen, um sowohl organisatorische als auch politische
115 Fragen regelmäßig zu diskutieren und die Meinungsbildung in der Partei auch abseits
116 von Parteitag voranzutreiben. Das wollen wir fortsetzen.

117

118 In Zukunft möchten wir die hauptamtliche Unterstützung der Arbeit in den
119 Unterbezirken, Kreis- und Stadtverbänden stärker auf die **vor Ort vorhandenen Bedarfe**
120 fokussieren. Auch wenn unsere Ressourcen begrenzt bleiben, sollen Verwaltungsaufgaben
121 – wo sinnvoll möglich – zentralisiert werden und mehr Zeit für die Stärkung

122 politischer Prozesse sein. Gerade in Sachsen muss die SPD auch außerhalb der Wahlen
123 mit ihren Positionen, aber auch auf der Straße **öffentlich sichtbar sein**. Die
124 wahlfreie Zeit bis 2029 verschafft uns zudem die Möglichkeit, das Parteileben stärker
125 zu fördern. Nicht zuletzt wollen wir auch innovative Ansätze wie ein mobiles SPD-Büro
126 prüfen, um der SPD auch abseits klassischer Bürostrukturen eine stärkere Sichtbarkeit
127 zu verschaffen.

128

129

130 **Wir modernisieren unsere Kommunikation**

131

132 Die Art und Weise, wie Parteien kommunizieren, hat sich in den letzten Jahren massiv
133 verändert. Neben klassischen analogen Formaten – die es auch weiterhin geben wird –
134 haben vor allem die sozialen Medien in ihrer Vielfalt erheblich an Bedeutung
135 gewonnen. Dem muss auch die sächsische Sozialdemokratie in der **Verteilung von**
136 **Ressourcen** Rechnung tragen.

137

138 Wir arbeiten weiter an einer **einheitlichen Kommunikationsstrategie**, die sich nicht
139 nur auf die Partei selbst beschränkt, sondern alle relevanten Akteurinnen und Akteure
140 umfasst. Die Menschen differenzieren oft nicht zwischen Ebenen, sondern sehen am Ende
141 eine SPD. Wir denken dabei nicht in Wahlperioden eines Landesvorstands, sondern haben
142 den kompletten Zeitraum bis zur Landtagswahl im Sommer 2029 im Blick. Wir brauchen im
143 Mega-Wahljahr 2029 eine **schlagkräftige, kampagnenfähige Struktur**, die uns zu deutlich
144 höheren Reichweiten verhilft.

145

146

147 **Wir bleiben finanziell handlungsfähig**

148

149 Politische Arbeit kostet Geld. Gerade als vergleichsweise kleiner Landesverband ist
150 das Aufrechterhalten leistungsfähiger Strukturen eine besondere Herausforderung. Dies
151 können wir aber meistern, da die SPD Sachsen in den letzten Jahren **sehr solide**
152 **gewirtschaftet** hat. Dadurch ist es uns möglich, die **Regionalgeschäftsstellen** trotz
153 der schwierigen Wahlergebnisse zu erhalten, ohne Abstriche an unserer politischen
154 Arbeit machen zu müssen.

155

156 Wir sind dadurch auch in der Lage, weiterhin Schwerpunkte zu setzen. Die
157 **Unterstützung von Bürgermeister- und Landratswahlkämpfen**, auch außerhalb der Reihe,
158 ist uns ein besonderes Anliegen. Gerade die Verankerung in den Rathäusern ist zentral
159 für die kommunalpolitische Sichtbarkeit der SPD und ein Fundament für die Gemeinde-,
160 Stadt- und Kreistagswahlen 2029. Mit den Oberbürgermeisterwahlen in Leipzig und
161 Chemnitz stehen 2027 zudem zwei zentrale Entscheidungen in kreisfreien Städten an,
162 bei denen wir die Rathäuser in Sachsens größter und drittgrößter Stadt verteidigen
163 wollen. Wir werden uns auf diese Wahlkämpfe in den Großstädten sowie dem ländlichen
164 Raum differenziert vorbereiten und unseren Weg einer diversifizierten

165 Wahlkampfführung fortsetzen.

166

167 Mit einem **Innovationsbudget** werden wir in den kommenden drei Jahren besonders kluge
168 Ansätze, Formate und Ideen in der SPD-Arbeit nach innen, aber vor allem nach außen,
169 fördern. Unsere Qualifizierungsarbeit richten wir gemeinsam mit unseren Partnerinnen
170 und Partnern der Erwachsenenbildung neu aus.

171

172 Nichtsdestotrotz setzen uns die letzten Wahlergebnisse finanziell unter Druck. Um
173 unsere Strukturen aufrecht zu erhalten, **braucht es 2029 bessere Wahlergebnisse als**
174 **2024/25**. Die nächsten Jahre müssen genutzt werden, um wieder ausreichend Rücklagen
175 für eine überzeugende Landtagswahlkampagne 2029 zu bilden. Daher werden wir
176 kontinuierlich prüfen, wie interne Ausgaben angepasst werden können, ohne unsere
177 politische Sichtbarkeit zu minimieren. Auch die Erhöhung von Einnahmen,
178 beispielsweise durch Spenden, die Einführung von Mandatsträger:innenabgaben auf
179 lokaler Ebene und ein fortwährendes Werben für mehr Beitragsehrlichkeit, ist eine
180 Aufgabe für die gesamte Partei. Kurzum: Es braucht ein **kluges Gleichgewicht**
181 unterschiedlicher Maßnahmen.

Begründung

erfolgt mündlich